6 Mark

DOKUMENTATION

zur AUSEINANDERSETZUNG

RAF <> politische Gefangene <> Widerstand

zusammengestellt von

AGITARE BENE

gut schütteln

Die autonomen Rhein-Main Startbahnzusammenhänge erklärten dagegen, daß "es nichts begreifbar zu machen gibt an diesem eiskalten Mord, den wir nicht verurteilen, weil wir den Tod dieses einen GI`s beweinen, sondern weil er weder politisch noch moralisch zu verantworten ist, weil der Tod des Edward Pimental, wie es eine Gruppe formulierte "im internationalen Klassenkampf keinen Platz hat".
Wie, frage ich mich seitdem immer wieder, ward ihr ganz persönlich dazu fähig ? Ich will mich nicht davon überzeugen lassen, daß die Konfrontation mit der Schreckensherrschaft des Anspruchs enthebt, in jedem Augenblick Auskunft geben zu können über die Mittel, die wir verwenden.Es wäre tödlich für uns, die wir für etwas Zukünftiges kämpfen, wollten wir eine Haltung einnehmen, von der sich die nach uns kommen, lossagen müßten. 19)

Nach einem ersten Schock und scharfen internen Kontroversen übten später "Frankfurter Antiimperialisten", die zuvor jeden Zusammenhang zwischen der Air Base - Aktion un der Tötung des GI weit von sich gewiesen hatten, in einem Flugblatt Selbstkritik. Sie bedauerten, "wie tief bei einigen unter uns der bürgerliche Humanismus noch steckt, der die US-Soldaten hauptsächlich als Opfer begreift, nicht als das, was sie tatsächlich sind: Kriegsführender Teil.."Soweit ich weiss, haben sich diese "Frankfurter Antiimperialisten" seitdem niemals öffentlich mit diesem Flugblatt auseinandergesetzt, geschweige denn es kritisiert. Wir empfanden unser Ausgeliefertsein gegenüber einer unbeeinflußbaren, alle individuellen Erwägungen niederwalzenden Politik. Das Alpdruckhafte lag darin, daß ein irreal erscheinendes Gebilde Anspruch darauf erhob, die alleingültige Wirklichkeit zu vertreten. Wir hatten uns daran gewöhnt, das Deformierte, das nichts anderes als ein Abbild unserer eigenen Geringfügigkeit und Denkschwäche war, hinzunehmen. Die Parteifunktionäre waren gerüstet, in der Zusammenstellung von unvereinbaren Elementen eine Notwendigkeit zu sehn, sie erkannten die schiefen, brüchigen Konstruktionenan, als Notbehelf, um in einem Bereich, der sich dem Fassungsvermögen entziehen wollte, überhaupt einen Halt zu gewinnen. 2o)

Zur Kritik des Kriegsbegriffs der RAF

Heute schreibt ihr in eurer Selbstkritik:
Unser Beitrag, die Grenze, auf die der weltweite Befreiungskampf gestoßen war, doch noch zu durchbrechen und zu verhindern, daß der Imperialismus durchkommt, war der Versuch, in seinen Machtzentren, von wo die Kriege ausgehen, seine Strategien zu blockieren. Das war der Kern unserer Bestimmung: Die Front in Westeuropa aufbauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront. Einer eurer Grundgedanken dieser Jahre sei gewesen, das Niveau, auf dem die Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kräften und Imperialismus hier in der Metropole stattfindet aus der Schärfe der internationalen Konfrontation abzuleiten. 21) 1986 schreibt ihr von der"politischen, ökonomischen und militärischen Strategie des imperialistischen Gesamtsystem". 22)

Mit ein paar Worten produziert ihr einen quasi personifizierten Apparat, dessen Widerspruchslinien zusammengeschoben sind und der als Einheit funktioniert. "Der schematische Begriff von "Gesamtsystem" und "Angleichung der Bedingungen" erschlägt alle notwendigen Differenzierungen und verstellt den Weg für genauere Analysen. Gleichzeitig entstehen daraus abstrakte und schematische Vorstellungen von revolutionärer Praxis in der Metropole, wonach die Entwicklung der Kämpfe, die Entwicklung von Klassenbewußtsein im jeweiligen Land weder als Ausgangspunkt noch als Ziel für die konkrete revolutionäre Praxis begriffen werden. Was dann nur noch zählt, ist ein genauso schematischer und undifferenzierter Bezug auf "Frontabschnitt" im internationalen Klassenkrieg." 23)

Heute macht ihr Anstrengungen zu einem Prozeß von Kritik und Selbstkritik. Dennoch habe ich das Gefühl, daß keine Änderung der Denkweise stattfindet, sondern ihr nur andere Schlußfolgerungen macht. Ihr schreibt, daß ihr im Rahmen der Neuorientierung eurer Politik das Konfrontationsverhältnis auf eine Ebene außerhalb des Krieges stellen wollt. 24) Das bedeutet für euch praktisch, wenn ich es richtig verstehe: Einstellung der Angriffe auf führende Repräsentanten von Staat und Wirtschaft, soziale Basisbewegungen, Gegenmacht von unten .
Im Umkehrschluß würde das heißen: Das Sich-Bewegen im tatsächlichen Kräfteverhältnis bedeutet: Wiederaufnahme dieser Angriffe, Gegenmacht von unten zweitrangig usw.
Diesen Schluß, aus dem Begreifen des globalen Kräfteverhältnisses als Krieg (das seht ihr immer noch so, ob es sich wirklich so darstellt, und ob das überhaupt eine Bedeutung hat, wäre zu diskutieren) zur Ebene des Aktionsniveau: bewaffnet zu kommen, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Ich denke, es geht darum, sich einen Begriff von der tatsächlichen Situation zu verschaffen, und dann entsprechend der konkreten Bedingungen und Möglichkeiten zu handeln. So kann eine Druckmachine in bestimmten Situationen wichtiger sein als ein Gewehr. Die Gestapo zum Beispiel hat seinerzeit mehr nach illegalen Druckereien gesucht als nach Waffenverstecken. Nicht die Eindimensionalität, erst die Vielfalt der Methoden und die Beweglichkeit in der Strategie ohne das Ziel zu verlieren verschaffen einer Bewegung Stärke und Widerstandskraft. 25)

Die Brüche mit der Bewegung

Die autonomen Rhein -Main Startbahngruppen schrieben:
"Die Schärfe, mit der wir hier die Aktion, die damit verbundene Politik der RAF kritisieren, resultiert nicht zuletzt aus der Nähe, die wir zu entwickeln versucht haben..Air Base/Pimental kennzeichnet für uns einen Bruch, den wir so nicht wollten, sondern vollziehen müssen, und der für uns bestehen bleibt, wenn diese Aktion so stehenbleibt.."
Der Bruch, der aufgerissen war, ging tief und wirkt bis heute. Der Inhalt des selbstkritischen Diskussionsprozesses der Gruppe nach dem August 85 sind nicht allgemein bekannt. 26)
Ob die auf autonomer Seite noch aktiven Genossinnen heute dazu bereit sind, die Gräben wieder zuzuschütten, können sie nur selbst sagen. Euch aber dürfte doch wirklich klar sein, daß ihr die Auseinandersetzungen um die Air Base - Aktion und die Erschießung des GI nicht mit ein paar dürren Sätzen klären könnt. Oder nehmt ihr nicht ernst, was Leute schreiben und denken.

(B) Die Gefangenen in der Klemme

Wie selbstverständlich schrieb ich in diesem Brief an die RAF auch einen Teil an euch. Denn ich gehe davon aus, daß die RAF nach 23 Jahren zu einem politischen Projekt des Widerstands in der Metropole gewachsen ist, zu dem nicht nur die illegale Gruppe, sondern ebenso die Gefangenen und die im legalen Land draußen lebenden Aktivistinnen und antiimperialistischen Gruppen gehören. Alle diese Sektoren haben enge politische Bezüge zueinander (durchaus auch kritischer Art), sodaß das eine nicht ohne das andere diskutiert werden kann.
Mir wurde entgegengehalten, daß ihr als Gefangene eben nicht mehr RAF wärt, einige von euch schon seit Jahren Widersprüche zur Politik der illegalen Kommandos haben.Daß, selbst wenn es diesen politischen Zusammenhang zur RAF draußen noch gibt, als Gefangene ganz eigene Forderungen, Bedürfnisse habt, und eure Kämpfe sich an der Veränderung eurer konkreten Bedingungen als Gefangene orientieren.
Diesen Widerspruch sehend, möchte ich euch dennoch ansprechen.

1989, zu Beginn des 1o. Hungerstreiks, erklärte Helmut Pohl für die Gefangenen aus der RAF:
"Das Ziel der Isolation war von Anfang an, die Gefangenen zu zerstören, um die Politik der RAF zu ersticken. Damit sind sie an uns gescheitert - aber wir er tragen es auch nicht mehr..Es gibt eine Grenze, an der der permanente Kampf der Einzelnen und die ständig weit reduzierte Lebensweise als gefangene politische Gruppe für uns nicht mehr gehen. Die ist jetzt da.."
Forderungen des Hungerstreiks waren nicht nur die Zusammenlegung, die Freilassung der Haftunfähigen, die freie politische Information und Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen: Erstmals wurde als Perspektive, die Freiheit der politischen Gefangenen zu erkampfen, anvisiert.
Obwohl dieser Hungerstreik explizit auf Mobilisierung in die politische Breite angelegt war, gelang der Durchbruch wieder nicht.

Der Brief von Helmut Pohl

Im Verlauf der Jahre 92 und 93 traten in der Frage des Umgehens mit der sogen. Kinkel - Initiative 27) zunehmend schärfere Widersprüche zwischen den Gefangenen selbst und einem Teil der Gefangenen und der Politik der RAF draußen auf.

Im August 93 macht Helmut Pohl in einer Erklärung diese Widersprüche offen.
Er schreibt, daß sich die Kampagne um die Kinkel-Initiative auf einige wenige Gefangene stützen konnte, die darauf eingestiegen sind und draußen auf die neue Politik der RAF. Diesen gegenüber stünde eine Fraktion namentlich genannter Gefangener.In seiner Erklärung spricht er von der Übernahme des langjährigen Gefangenenprojekts durch den Staat (und meint damit wohl das Scheitern ihrer mit dem Hungerstreik 89 eingeleiteten neuorientierten Gefangenenpolitik).Die bewaffnete Aktion und die Militanz werde nun auf dem Hintergrund der absehbaren gesellschaftlichen Chaotisierung und Brutalisierung in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen stattfinden, egal was die Raf und die Gefangenen sagen. Er werde aus diesem Grund einen Teufel tun, den bewaffneten Kampf abzusagen.

Wenn mir auch schon vorher der schärfer werdende Ton in der Diskussion aufgefallen war, so offen wurden die derzeitigen Brüche und Gräben bisher noch nicht dokumentiert.
Die Verbitterung, die aus ihm spricht, die Schuldzuweisung und die individualistische Konsequenz am Schluß (früher ging es immer darum, was alle machen) scheint das vorläufige Ergebnis einer Entwicklung, die in den Knästen schon vor 89 begann, Stichwort: Neuorientierung, und in die die Gefangenen große Hoffnungen gesetzt hatten. Zumindest was eine Veränderung der Situation in den Knästen betrifft, war aber ab 92 die Gegenseite initiativ und am Drücker. Jahrelang vorbereitete Versöhnungsinitiativen (Kinkel) gingen einher mit harter Haltung (neue Kronzeugenprozesse) und fein dosierten Häppchen (Freilassung von Günter Sonnenberg, Haftaussetzung für Bernd Rösner).Die Orientierung auf eine mögliche Freilassung aller Gefanenen in absehbarer Zeit entpuppte sich Illusion, die jetzt schmerzhaft zerplatzt ist.
In diesem Wechselbad von Druck und Angebot gelang es den Gefangenen nicht, ihre 89 begonnene Initiative offenzuhalten und der Isolation und zerstückelten Kommunikation zum Trotz, eine einheitliche Position zu entwickeln. Helmut Pohls Brief scheint mir so auch als Ausdruck einer Eigendynamik, die den Beteiligten gerade völlig aus dem Ruder läuft.

Das Umgehen mit der Kinkel - Initiative

Im Nachhinein ist immer gut kritisieren.
Ich denke, zunächst mal ist es ein Unterschied, ob und wie eine aktive Guerilla oder Gefangene mit so einer Initiative umgehen. Das müßte getrennt besprochen werden und die jeweiligen Interessen und Vorstellungen klar formuliert.
Zur Bestimmung des Standorts müßten die Gefangenen, die sich auf die Kinkel - Initiative einließen, dies politisch darlegen, genauso wie die, die dies nicht taten.
Von außen erscheints mir so: Hinter dem Einlassen, unter anderem der Celler Gefangenen, mag die Vorstellung gestanden haben, statt Nichtverhalten 28) die Initiative des Gegeners mit Eigeninitiative zu kontrollieren.
Ich denke aber, um sich einem so weiten Entwurf der Geheimdienste stellen zu können, wären zwei Vorraussetzungen nötig und vorher zu klären gewesen:
- Handeln aus einer Position der Stärke
- Klarheit darüber, was alle wollen.

Diese Vorraussetzungen waren nicht gegeben.Es war die Gegenseite, die aus einer starken Position heraus agierte und die Haltung der Gefangenen war nicht klar diskutiert.
So ist das Ergebnis ziemlich niederschmetternd:Ein zerstrittenes Gefangenenkollektiv und eine in der Glaubwürdigkeit angeschlagene RAF draußen.

Schlimm, das tut auch weh, einen solchen Abschnitt beenden zu müssen, ohne konkrete Perspektiven für die Zukunft.So lange ihr aber eure Situation nicht klärt und wir draußen nicht wieder zu mehr Stärke finden, werden nur schwerpunktmäßige Aktionen und Kampagnen möglich sein für diejenigen, die am Härtesten betroffen sind. Das zumindest ist von einer Linken zu verlangen - in jeder Situation !

(C) Die Diskussion weiterführen

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat den Bezugsrahmen, innerhalb dessen sich die Auseinandersetzung Revolution - Konterrevolution der letzten siebzig Jahre bewegt hat, völlig verändert. Trotz vorgeblich imperialistischem Triumph bewegen sich beide Seiten auf schwankendem Boden, unerforschtem Terrain. Entblättert auf unsere Grundwerte gilt es, die veränderte Wirklichkeit zu begreifen und unter einem Berg von Schrott Kontinuität zu entdecken.
Im Folgenden möchte ich kurz auf einige Aspekte gegenwärtiger linker Diskussion eingehen (Patriarchat, Rassismus, unser Widerstand) 29). An der Patriarchats- und Rassismus -Diskussion knüpfe ich deshalb an, weil sich hier deutlich zeigt, daß es immer eine äußere und eine innere Unterdrückungsstruktur ist, das äußere und innere Band gesellschaftlicher Macht, mit dem wir konfrontiert sind. Beide sind real erfahrbar, bestimmen den Alltag. Revolutionäre Politik, die mehr sein will als Phrase, die greifen soll, sucht die Auseinandersetzung mit immer beiden Unterdrückungssphären gesellschaftlicher Macht.

1.) Das Problem mit den Männern

Die täglichen Konflikte auch in der Szene zwischen Frauen und Männern lassen ahnen, daß die Überwindung des Patrarchats eine der schwierigsten, vielleicht die tiefste Dimension menschlicher Befreiung ist. Sei es in den reichen Metropolenländern oder in den Armuts -und Kriegszonen dieser Welt: Patrarchale Strukturen zwingen die Frauen auf Platz zwei.
Ich denke, alle linken, revolutionären Organisationen, auch die Guerilla 30) müssen sich inhaltlich, praktisch und von ihrem Selbstverständnis her, damit konfrontiren. Ihr, die RAF, habt euch ja bezüglich der Patriarchatsauseinandersetzung bisher etwas bedeckt gehalten.
In unserer Szene stimmt mich bedenklich, wenn ich beobachte, wie einhergehend mit einem Tiefstand der Frauenbewegung, selbst die antipatriarchalen Parolen, die noch vor zwei, drei Jahren den Schluß fast jeden autonomen Flugblatts zierten und zumindest den Anspruch breiterer inhaltlicher Auseinandersetzung vermittelten, völlig am verschwinden sind. Das Wiederaufleben offen mackerigen Verhaltens ist nicht nur auf die dahingehend vielkritisierten Antifa -Gruppen beschränkt. Die Bewegung gegen den §218 scheint zum Stillstand gekommen. Weder Frauen, geschweige denn wir Männer brachten nennenswertes auf die Straße.

Sind wir nicht wachsam, schwach, dann lauert sie auf, zieht zurück, setzt sich durch. Es ist die herrschende Norm, die das Verhältnis der Geschlechter zueinander festlegt, mit der wir leben und die in uns lebt.Sie ist kein "erfundenes Konstrukt, daß den Menschen irgendwann aufgezwungen wurde und das mittels besserer Einsicht und guten Willens beseitigt werden könnte. Sie basiert vielmehr auf tiefverwurzelten Ängsten und Bedürfnissen..Sie ist träge wie die Materie, sie zieht selbst den revolutionären Impetus auf "die Erde" zurück. Sie kann auf unabsehbare Zeit nur unermüdlich in stetigen und beharrlichen Kämpfen thematisiert und damit infrage gestellt werden.." 31)

Frauen haben diesen Kampf, wie unvollkommen auch immer, schon lange aufgenommen. Die Männer dagegen krebsen noch ganz am Anfang.Die Frage für mich: Geht eine solche Auseinandersetzung für uns Typen ohne nur Selbstanklage und schlechtes Gewissen. Ist sie, wie auch immer organisierbar, ohne schlechte Kopie der Frauenbewegung zu sein. Ist es eine adäquate Form der Auseinandersetzung mit Patriarchat und eigenem Sexismus, wenn Gruppen organisierter Männer Sex -Shops einwerfen. Sind Männergruppen Alternativen, oder bedeuten sie nur die Flucht vor der Konfrontation in gemischten Zusammenhängen und machen bestenfalls Sinn als therapeutische Selbsterfahrungsgruppe. Ist für Männer im Gegensatz zu Frauen aufgrund des bestehenden Herrschaftsverhältnisses Veränderung nur möglich in der Konfrontation und Kritik gemischter Gruppen. Alles Fragen, die in der Diskussion dieses Textes hochkamen.
Ich denke, dauerhaften, auch gutgemeinten Nur -Männerzusammenhängen gegenüber ist von Seiten der Frauen her immer Mißtrauen angebracht.Es kann allerdings schon sinnvoll sein, daß sich Männer auch gesondert treffen und klärend miteinander reden, wenn patriarchale und sexistische Gewalt aufgekommen ist.
Zumindest in unseren Zusammenhängen sollten wir beginnen zurückzutreten in die zweite Reihe. Nicht, um sich der Konfrontation zu entziehen oder Frauen zu besseren Menschen zu deklarieren und ihnen den ganzen Schlamassel zu überlassen - so kam sofort die Kritik einer Genossin. Sondern nur mal: Die Klappe halten, wenn Mann nichts zu sagen hat, und zuzuhören, wenn Frauen sprechen und was sie zu sagen haben.Oder in Beziehungen mit Kindern den Lastenausgleich vornehmen und als Hausmann arbeiten. Als Mann gegen gesellschaftliche Gewaltverhältnisse leben.Das Einfache, das so schwer zu machen ist.

2.) Die multinationale Veränderung - das Wachsen einer anderen Bevölkerung

Die rein weiße, deutsche Bevölkerung gehört in vielen Regionen, zumindest der alten BRD, der Vergangenheit an. Hier sind die Deutschen zwar noch Mehrheit, aber angesichts dieses multinationalen Konglomerats nicht mehr überall erdrückend übermächtig.
Es ist bekannt: Heute lebt die Mehrheit der Migrantinnen in diesem Land in konkreter oder diffuser Angst. Mit den Demonstrationen und Blockaden, die dem Brandanschlag in Solingen folgten verließ der türkische Bevölkerungsteil massenhaft die Position des Opfers, des schwachen Unten. Es wurde deutlich: Es gibt in diesem Land mitlerweile große Bevölkerungsgruppen, die als täglich diskriminierte, sichtbare Minderheiten existenziell darum kämpfen werden, sich gegen Rassismus und Faschismus in der neu sich formierenden multinationalen Gesellschaft zu behaupten.Allerdings: Die vielfach stolz gezeigten türkischen Fahnen und das Wiederauftreten der Grauen Wölfe zeigen, wie wenig bruchlos diese Entwicklung ist.

3.) Rassismus, Faschismus und unser Widerstand

Wohin wir schauen: Der Rassismus sucht sich überall auf der Welt seine Opfer.
In Deutschland hat er eine besondere Geschichte: Auschwitz.
Dennoch sind beileibe nicht alle Rassisten Nazis.
Es gibt eine unter bestimmten Bedingungen mobilisierbare

rassistische Grundströmung. Ein unterschiedlich stark geknüpftes und nicht zu allen Zeiten gleich dickes Netz 32) rassistischer Denk -und Fühlmuster innerhalb und zwischen den einzelnen Menschen, innerhalb und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren. Auch die Linke ist davon nicht frei.
Sofort steigt die Frage auf: Wo sind Knoten, die gelöst, Fäden, die zerrissen werden können ? Wie ist es möglich, den rassistischen Konsens zu brechen ?
Wilhelm Reich 33) fragte 1933 nach dem Sieg der Nationalsozialisten, wie es kommt und welche Mechanismen wirken, daß in Zeiten tiefer Krise trotz kommunistischer Aufklärungsarbeit auch viele Arbeiterinnen, statt zur KPD zu gehen, mit wirklicher Begeisterung faschistischen Führern zujubelten.
Jede, die mit Rassisten diskutiert hat, wird die argumentative Grenze gemerkt haben, an der es nicht weitergeht. Wo der Eindruck hinterbleibt, daß da noch ganz Anderes ist, was geknackt werden muß: Eine durch Versagung und Verzicht erzwungene Struktur, der Terror Ventil ist für angestauten Haß, Kompensation für eingesperrte Wünsche und gelebtes Leben. Weg muß, was anders ist und daran rührt. 34)
Die RAF schreibt: "Die Zerstörung des Sozialen unter den Menschen ist die Vorraussetzung für Rassismus". 35)
Damit sagt ihr ja nicht nur was über diese Leere. Der Gedanke führt hin zu sozialen Kampfinitiativen, in denen Staat und Kapital als Gegner identifiziert werden (und nicht die Fremde, der Flüchtling). Damit will ich sagen: Rassistisches Bewußtsein wird nicht in erster Linie frontal, durch die Praxis der antirassistischen, antifaschistischen Aktion gebrochen, sondern durch die Verankerung von wie auch immer sozialrevolutionärer Politik in der multinationalen Bevölkerung.

Dennoch: Die antifaschistische Aktion, auch Aufklärung bleiben wichtig. Sie setzen Grenzen, verlangen Verhalten.
Die nur -reaktive Mobilisierung allerdings erlahmt irgendwann. Um das umzudrehen find ichs wichtig, langfristig und bewußt unsere Treffpunkte zu halten, an unseren Initiativen dranzubleiben, unsere Zentren zu stärken. Uns von da aus, zusammen mit Genossinnen und Genossen aus Migrantinnengruppen in und wenn nötig auch gegen diese soziale Umgebung auszuweiten. Damit auch in Zeiten der Kälte Alternativen sichtbar und lebbar sind und irgendwann der revolutionäre Geist, inmitten auch dieses Landes, wieder seine Stimme erhebt.

(D) Wir und Ihr und was zusammen geht 36)

Mit dem, was ich sagen möchte, wende ich mich in beide Richtungen. Darin ist der Mangel augenscheinlich und der Zweifel schwingt mit. Wie oft allerdings in den letzten 25 Jahren hat sich die konsequente Linke im Bereich des Trotzalledem bewegt ?!

1. An Uns:
Wir geben schon ein eigenartiges Bild ab: Formation Schildkröte. Es gibt sowas wie eine nichtformulierte Überlebensstrategie. Die reduzierten Aktivistinnen versuchen Strukturen zu halten, Initiativen und Zusammenhänge nicht aufzugeben. Eine organisierte, kontinuierliche inhaltliche Diskussion auf breiter Ebene findet nicht statt. Die Nerven liegen einigermaßen blank. Außer in Antifa -Aktionen tauchen wir derzeit höchstens in lange vorbereiteten Kampagnen (Zuletzt WWG in München, Tag X in Bonn, Nolympia regional hier in Berlin) aus der Versenkung auf. Die Antifaschistischen Gruppen sind die einzigen, die in den letzten Jahren kontinuierlich stärker wurden. Sie sind allerdings vollauf mit ihrer konkreten Praxis und deren Anforderungen beschäftigt.

So verfahren wie unsere eigene Situation scheint die der RAF. Das ist wie ein Spiegelbild. Nur: Eine Guerilla, nach 23 Jahren Kampf und mit Gefangenen im Knast verschwindet nicht mal eben wie eine unserer Initiativen, um sich irgendwann vielleicht neu zu gründen. Das sind schon weiterreichende Entscheidungen. Dabei geht es nicht nur um Kontinuität, Einstellung oder Neubestimmung des bewaffneten Kampfes, sondern auch um Beibehaltung oder Ende einer antistaatlichen Kampfposition, die immer in einem sich gegenseitig stärkendem oder konfrontativen Verhältnis mit der übrigen linken Bewegung gestanden hat. Wenn wir die angebotene Auseinandersetzung nicht annehmen, stehen die Genossinnen alleine. Dann darf sich allerdings keine wundern, wenn sie so handeln, wie sies für richtig halten und wie es für sie möglich ist. Deshalb möchte ich euch fragen:
Denkt ihr, daß bewaffneter Kampf in der Metropole weiterhin seinen Stellenwert hat ? Wenn ja, welchen ? Glaubt ihr, daß als Folge von Umorientierung Guerilla (wieder) eine Basis in den legal lebenden Widerstandszusammenhängen, perspektivisch auch in der Bevölkerung bekommen kann. Oder geht das nicht mehr? Ist die Kampfphase von RAF und auch Revolutionären Zellen abgeschlossen und kann sowas nur völlig neu von Unten her wieder wachsen.Oder geht es sowieso um ganz Anderes ?
Was ist mit den Gefangenen und unserer Verantwortlichkeit ?
Was können sie tun für uns und wir tun für sie ?
Und was sagt ihr zu diesem Text und zu den anderen Beiträgen der letzten Jahre? Könnt ihr euch dazu was vorstellen ?
Den Krieg ansagen bedeutet heute aus der Lage der eigenen Schwäche heraus die Handlungsfähigkeit zurückzuerobern. Das setzt den Willen voraus, wirklich in die Diskussion einsteigen zu wollen. 37)
Haben wir den ? Raus mit der Sprache, Genossinnen !

2. An euch, Genossinnen und Genossen der RAF:
Ich denke mir, eure derzeitige Lage ist schwierig und das ganze Haus scheint in Unordnung (woran auch ihr Verantwortung tragt). Aktuell sehe ich es als notwendig an sobald es euch möglich ist, auf die drängenden Fragen einzugehen über alles, was mit dem V-Mann Klaus Steinmetz und der Polizeiaktion in Bad Kleinen zu tun hat. Die Verunsicherung ist sehr groß.

Die Sprengung des Superknastes Weiterstadt hat breit Genugtuung und Freude ausgelöst. Der Rückenwind, der uns von da erreicht hat, war mutmachend. Auf unserer Seite allerdings wurde die Ausstrahlung dieser Aktion von den grassierenden Paralyseerscheinungen recht schnell eingeholt. Zu einsam auch die Aktion, vielleicht auch zu unklar ihr Stellenwert in einer weiteren Konzeption.
Zur weiteren Diskussion möchte ich euch fragen, ob es noch gilt, was ihr im August 92 geschrieben habt:" Wir brauchen hier eine Bewegung, die in der Lage ist, von einer gemeinsamen

Grundlage aus und der Verständigung über die kurzfristigen und die langfristigen Ziele auch gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie gekämpft werden muß." Ich möchte euch auch fragen, ob für euch das Projekt RAF/bewaffneter Kampf in der Metropole im Grunde gelaufen ist und ihr nur noch nach einer akzeptablen Lösung sucht und eurer Verantwortung für die Gefangenen gerecht werden wollt ? Ob ihr die Diskussion weiter als eine für alle offene und politisch durchschaubare Auseinandersetzung bestimmt ? Wie ihr heute die eineinhalb Jahre nach eurer Erklärung im April 92 erreichte Etappe definiert ?

Und wie ihr heute zu den **Ausgangspositionen bewaffneter Politik** steht, die unter anderem besagten

- Daß der Aufbau illegaler, bewaffneter Kerne von Anfang an Strukturelement der revolutionären Bewegung sein muß, will diese sich nicht gänzlich der Gefahr der Vernichtung durch die Konterrevolution aussetzen.
- Daß das Kontroll -und Überwachungsinstrumentarium des imperialistischen Staates derartig weit entwickelt ist, daß auf Legalität beschränkte Opposition dem Staat und dessen Repressions -und Manipulationsmöglichkeiten chancenlos ausgeliefert ist.
- Daß die sorgfältig bestimmte Aktion breit Ohnmachtserfahrungen aufreißen und Selbstbewußtseinsprozesse voranbringen kann, wenn sie undurchschaubare Unterdrückungsstrukturen beispielhaft offenmacht und verletzt. "Das Herz des Staates ist das Bewußtsein der Unterdrückten" (RZ) .
- Daß ein dialektisches Sich -Aufeinanderbeziehen der legalen Bewegung und der politisch -militärischen Kerne der revolutionären Linken, der Stadtguerilla, erst die Möglichkeiten eines langfristigen revolutionären Prozesses eröffnet.

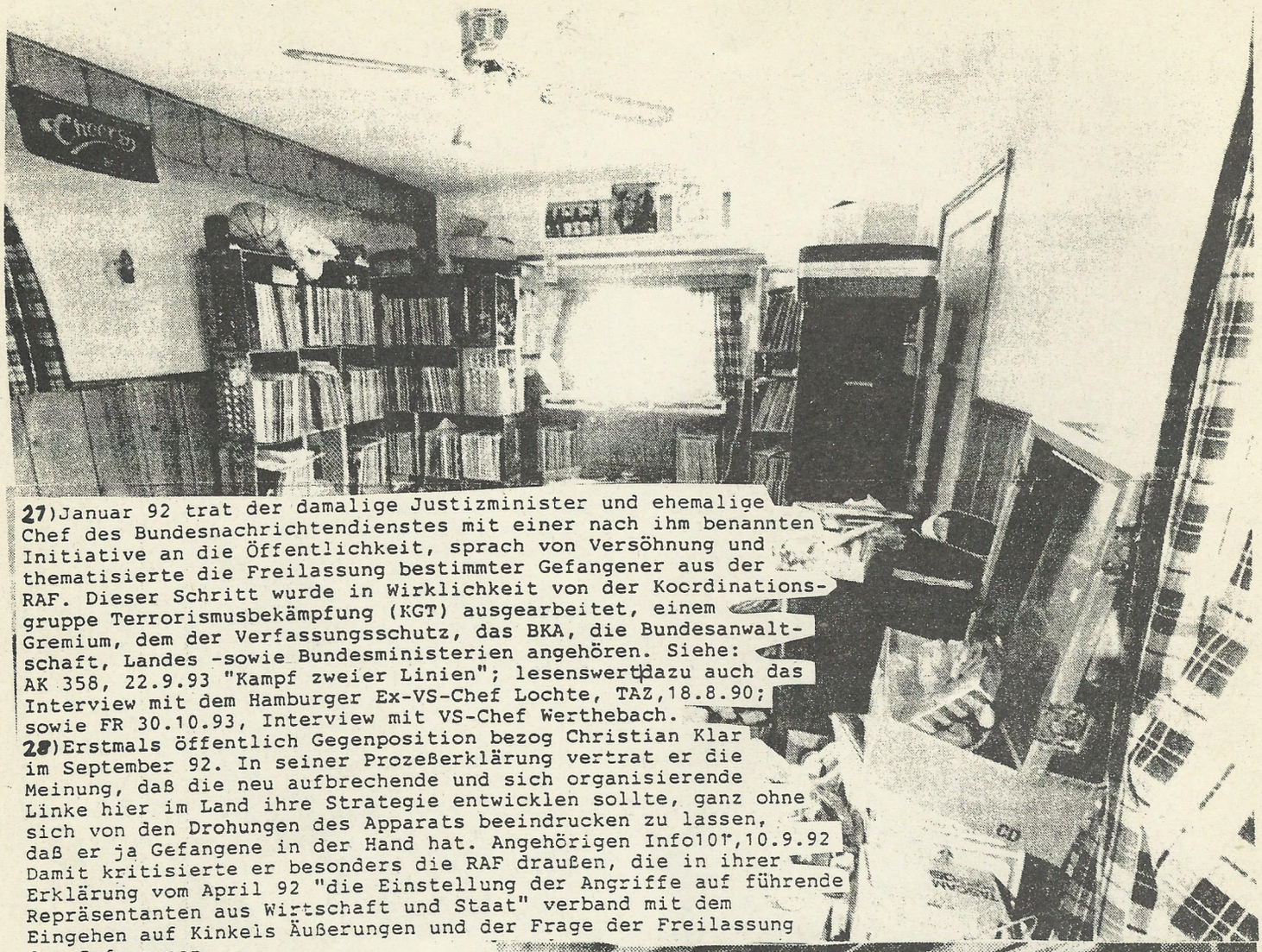
Ich denke, für die vor uns liegenden Auseinandersetzungen werden wir die Erfahrungen auch der Stadtguerillagruppen dringend brauchen.
Strategieformulierungen und bundesweite Organisationsversuche, wie sie verschiedentlich unternommen werden halte ich für verfrüht. Damit wird nur notdürftig zugekleistert, was an Fragen, so auch an Möglichkeiten hochgekommen ist. Das trifft aus meiner Sicht, trotz der eingangs beschriebenen Sympathie, auch euch. Zu schnell und unbegründet war für mich der Schwenk vollzogen, und ist es auch heute noch, von einer ultra -antiimperialistischen Position hin zu Gegenmacht von unten und sozialen Basisbewegungen.

Mein Traum ist der Aufstand .
Meine Hoffnung: Niemals aufgeben !
Trotzalledem .

Ich umarme euch ! Besos y Abrazos !

La Cabeza de la Gata, Oktober 1993

1) RAF: Erklärung zur Erschiessung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Herrhausen, 2.12.89
2) RAF: Erklärung zur Sprengung des Knasts Weiterstadt, 30.3.93
3) Anführungszeichen und Auslassungspunkte habe ich im Text wegen der besseren Lesbarkeit zum Teil weggelassen. Die Quellen sind immer angegeben und sollten, falls ihr Zitate aus dem Text wiederholt, nachgelesen werden.
4) Z.B. Michael Dietiker, Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen: Über das Schleifen von Messerrücken, Juli 92
Kein Friede: Die Mühen der Ebene, Anfang 93
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah, 5.9.93
5) PIZZA: Odranoel, Die Linke zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation, 1992
6) RAF: August 92
7) Über die politischen Erfahrungen, die Schlüsse aus der Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Guerilla-Gruppen habt ihr bisher noch nichts geschrieben. Immerhin gibts ja noch eine gemeinsame Erklärung von RAF und Roten Brigaden aus dem Sept. 88. Bezüglich der Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit legal lebenden Widerstandskernen, z.B. den Kämpfenden Einheiten,wärs vielleicht auch wichtig, daß sich diese Genossinnen in die derzeitige Auseinandersezung einbringen.
8) RAF: August 92
9) RAF: Mai 82
10)Siehe auch Karl Heinz Roth: Moral, Gehirnwäsche und Verrat, aus: Klaut Sie iva, 1980
11)Kein Friede: Die Mühen der Ebene
12)RAF: August 92
13)RAF: August 92
14)Letzte Texte von Ulrike
15)Das ursprüngliche Konzept der RAF beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Aufgrund der polizeilichen Kontrolle über die legalen Gruppen, konnten die Einzelnen die legale Arbeit nicht mit der Illegalen verbinden. Siehe: Konzept Stadtguerilla, in Texte der RAF.
16)RAF: Mai 82
17)RAF: August 92
18)Alles Folgende in diesem Kapital über die Air Base -Aktion, außer den hier vermerkten Quellen aus: Rau Ruck Nr.6 - Autonomes Starbahninfo. Unterstreichungen von mir.
19)Nach Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands I, S.249, edition Suhrkamp.Aus einer Auseinandersetzung über politische Moral zwischen deutschen Internationalisten im spanischen Bürgerkrieg.
20)Nach Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands II,S.167, edition Suhrkamp. Aus einer Darstellung einer Diskussion deutscher Kommunistinnen bei Bert Brecht nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes der Sowjetunion mit Nazideutschland.
21)RAF: August 92
22)RAF: Erklärung zur Erschiessung des Siemens-Managers Beckurts, 9.7.86
23)Für den Kommunismus, Flugschrift zum antiimperialistischen Kongreß in Frankfurt, 1986
24)RAF: August 92
25)Prozeßerklärung Klaus Viehmann, 1980
26)Erklärung von Eva Haule, Gefangene aus der RAF, Angehörigen-Info 115, 25.3.93Die Briefe von Eva Haule nach draußen, in denen sie versuchte, diese Diskussion an Besucherinnen und andere Gefangene zu vermitteln, sind jetzt Gegenstand eines neuen Haftbefehls.



27)Januar 92 trat der damalige Justizminister und ehemalige Chef des Bundesnachrichtendienstes mit einer nach ihm benannten Initiative an die Öffentlichkeit, sprach von Versöhnung und thematisierte die Freilassung bestimmter Gefangener aus der RAF. Dieser Schritt wurde in Wirklichkeit von der Koordinationsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) ausgearbeitet, einem Gremium, dem der Verfassungsschutz, das BKA, die Bundesanwaltschaft, Landes -sowie Bundesministerien angehören. Siehe: AK 358, 22.9.93 "Kampf zweier Linien"; lesenswert dazu auch das Interview mit dem Hamburger Ex-VS-Chef Lochte, TAZ,18.8.90; sowie FR 30.10.93, Interview mit VS-Chef Werthebach.

28)Erstmals öffentlich Gegenposition bezog Christian Klar im September 92. In seiner Prozeßerklärung vertrat er die Meinung, daß die neu aufbrechende und sich organisierende Linke hier im Land ihre Strategie entwicklen sollte, ganz ohne sich von den Drohungen des Apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja Gefangene in der Hand hat. Angehörigen Info101,10.9.92 Damit kritisierte er besonders die RAF draußen, die in ihrer Erklärung vom April 92 "die Einstellung der Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat" verband mit dem Eingehen auf Kinkels Äußerungen und der Frage der Freilassung der Gefangenen.

29)Zur Untersuchung der gegenwärtigen kapitalistischen Krise: Karl Heinz Roth: "Die Wiederkehr der Proletarität", AK 356, 7.7.93. Überlegungen und Schlußfolgerungen wären in meinen Augen auch wichtig zur Niederlage in Bischofferode als Niederlage der Linken.

30)Die Organisation der Roten Zora als Frauengruppen in den Revolutionären Zellen begründet ihre Existenz auch als Ausdruck davon, daß auch bei den Revolutionären Zellen "die Auflösung des Widerspruchs zwischen Geschlechterkampf und Klassenkampf" nicht gelungen war. Lesenswert,nicht nur für Frauen: Die Rote Zora

31)Ingrid Strobl, Beitrag zur Diskussion: Was ist das Patriarchat

32)Dazu auch Klaus Viehmann: "Drei zu eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus

33)Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus

34)Dazu auch Klaus Theweleit: Männerphantasien, rororo

35)RAF: Erklärung zu Weiterstadt

36)Lesenswert zur Auseinandersetzung mit der Guerilla eine Kritik in Interim an der Auflösungserklärung einer Revolutionären Zelle aus Nordrhein-Westfalen vom März 92.
Diese RZ schrieb, daß sie nicht mehr "stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 7o-iger weitermachen will. Jetzt käme es vor allem darauf an, eine historische Etappe abzuschließen, verkrustete Strukturen und Kampfmittel aufzugeben, um überhaupt wieder eine Chance zu bekommen, als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftliche Prozeß eingreifen zu können.
Die Genossin kritisiert die RZ wütend als Gruppe, die ihre fehlende Verankerung beklagt, aber seit Jahren die Diskussion zwischen ihr und der Szene als Einbahnstraße begriffen hat... "Jetzt werden nur noch Ergebnisse vorgeknallt, wo Kampf und Kontinuität als lebendiger Prozeß angesagt wäre".Sie fragt u.a.: Welche Momente waren am wichtigsten in eurem Verselbstständigungsprozeß gewesen? Wie ist es dazu gekommen, daß in dem Kampf "um die Herzen und Köpfe der Menschen" nur noch in Anschlagsdimensionen gedacht wurde ?

37)Kein Friede: Die Mühen der Ebene

Erklärung von Brigitte Mohnhaupt

Wir machen jetzt eine sache offen, die für uns der bruch ist im zusammenhang der gefangenen und in der politischen beziehung zur raf. der inhalt der beziehung ist zerstört. eine andere entscheidung als die trennung nicht mehr möglich. wir haben den endpunkt der entwicklung in die politische agonie erreicht, die 1992 damit anfing, daß die grundlagen unserer politik weggekippt wurden, und heute damit aufhört, daß unser leben und unser kampf hinter unserem rücken abgewickelt werden sollen.

seit mai haben die gefangenen in celle die abwicklung von raf und gefangenen in gang gesetzt, mit einverständnis der illegalen.

wir wissen das alles selbst erst seit kurzem, und auch nur durch einen zufall. es war nicht vorgesehen, daß wir davon erfahren, weil für die celler wie für die raf klar war, daß niemand von uns anderen gefangenen diesen weg mitgehen wird. wir sollten vor vollendeten tatsachen stehen, friß oder stirb.

genau in dieser bedeutung: wer dann nicht „mitmacht", bleibt für immer im knast.

die täuschung ist nicht nur uns gegenüber gelaufen, sondern zu allen, die mit dem kampf der raf und der gefangenen verbunden sind, solidarisch sind, mit uns die freiheit der gefangenen erkämpfen wollen. auf die eine oder andere weise waren wir alle einsatzmaterial im deal.

diesen fahrplan schneiden wir jetzt ab. die situation muß für alle vollkommen klar sein, alles andere wäre verantwortungslos und politisch irre. jede/r muß genau sehen können, was ist und wohin er oder sie jetzt will. und für uns selbst geht es anders sowieso nicht weiter, wir könnten dann unser leben und alle erfahrungen in unserem kampf gleich selbst zertreten.

ich sage jetzt zuerst das zugrunde liegende konzept für die abwicklung und dann die fakten, soweit wir sie kennen.

ausgangspunkt ist die überlegung, kohl könne ein interesse daran haben, sich vor den wahlen als derjenige darzustellen, der die „politische lösung" gebracht und 23 jahre konfrontation beendet hat. deswegen wird rechtzeitig, bevor die wahlstrategien festgelegt sind, am kohl die bereitschaft von seiten der raf und der gefangenen signalisiert und ein konkretes angebot gemacht.

außerdem sollen personen in wichtigen gesellschaftlichen funktionen über diese bereitschaft informiert und darauf angesprochen werden, ihrerseits bei kohl für eine solche lösung einzutreten. das langfristige kalkül dabei ist, daß — falls kohl auf nichts eingeht — diese personen wissen, daß die raf sozusagen nur noch gezwungenermaßen zur konfrontation zurückkehrt. ihnen gegenüber soll eindeutig vermittelt werden, daß allein der staat für eine fortsetzung von aktionen verantwortlich ist. die raf wollte ja, aber kohl nicht.

eine eigene politische bestimmung und konzeption der raf gibt es damit nicht mehr, alles ist nur noch darauf ausgerichtet, „druck" zu machen, um die abwicklung zu besseren bedingungen zu kriegen. wie es schon mit weiterstadt war.

so oder so ist das das ende der politik, für die die raf über 20 jahre gestanden hat, revolutionäre intervention in der metropole. und das war noch nie eine frage der mittel allein, sondern eine des inhalts. wo der inhalt hingekommen ist, sehen wir daran, daß die bewaffnete aktion heute als ware definiert wird.

soweit das konzept. es gibt einen vermittler bei der ganzen sache, einen früheren anwalt von uns. er ist der meinung, er tue damit was für uns alle, und das sei sowieso unsere letzte chance, jemals aus dem knast zu kommen. irmgard und ich haben mit ihm gesprochen, von ihm wissen wir jetzt auch den ungefähren ablauf.

als erster soll edzard reuter als führender vertreter der wirtschaft angesprochen werden. das ist im mai. aber reuter läßt sich nicht sprechen, der vermittler kommt nur bis zum sicherheitschef durch. erst nachdem er zu „benz" vom verfassungsschutz geht und dessen behörde über den zweck informiert ist und grünes licht gibt, bekommt er reuter ans telefon.

die von karl-heinz dellwo fixierte linie für das gespräch ist, reuter anzudienen, daß eine beendigung des konflikts raf — staat auch im interesse der wirtschaft sei, deren zentrale leute mit zu den hauptbetroffenen der auseinandersetzung gehören. ein schlußstrich sei möglich, der staat wolle jedoch weiter die militärische lösung, was nur die verlängerung des konflikts bedeutet. deswegen sei es notwendig, daß wirtschaftsführer wie reuter den eigenen einfluß einsetzen, um eine lösung zu forcieren.

reuter ist abweisend, redet schließlich mit schnarrenberger, später mit kohl. kohls antwort ist negativ.

das ist kurz vor bad kleinen.

wolfgang wird erschossen, brigit verhaftet. steinmetz, der dem staat die ganze raf ausliefern sollte, fliegt auf.

der vermittler geht zu birgit, um sich zu vergewissern, ob ihre und die zustimmung der illegalen auch jetzt noch besteht. birgit ist einverstanden, daß er weitermacht.

reuter wird erneut angerufen, das ganze sei durch bad kleinen nicht überholt, nur noch dringlicher. aber reuter will nicht mehr und lehnt ab.

als nächster versucht der vermittler, die unterstützung von ignatz bubis zu gewinnen, und damit eine weitere person, deren einfluß und gewicht dem celler konzept entspricht.

bei einem weiteren treffen sagt bubis zu, gespräche in bonn in dieser richtung zu führen. beweggrund ist für ihn seine einschätzung der politischen entwicklung in deutschland, daß die gefahr von rechts so gravierend ist, daß der staat sich ganz darauf konzentrieren muß.

er spricht mit schnarrenberger, kinkel, kohl. sein vorschlag, einen besuch in celle zu machen, um das ganze von den gefangenen selbst zu hören, wird von kohl abgelehnt, der abwarten will, was sich aus den ermittlungen nach bad kleinen ergibt, wie weit sie mit der steinmetz-ernte kommen. kohls interesse heißt fahndungserfolg, nicht abwicklung. und damit sähe auch die wirtschaft ihrem interesse genüge getan.

ein für ende september angesetztes gespräch von bubis mit kohl und kanther findet ebenfalls nicht statt.

das ist der uns bekannte stand.

wie die abwicklung konkret vor sich gehen soll, wissen wir nur teilweise. als zeichen, daß der staat auf das angebot eingeht, soll er die gefangenen, die am längsten in haft sind, freilassen, birgit nach frankfurt verlegen, die übrigen gefangenen zusammenlegen. danach käme die „gesamtlösung", die die illegalen einschließt. wir wissen nicht, was sie sich vorstellen, wahrscheinlich legalisierung nach begrenztem exil oder kurzem knast oder was für die übrig gebliebenen gefangenen geplant ist.

egal auch. sollen sie ihren weg gehen, aber offen. nicht indem versucht wird, andere für eine sache zu benutzen, die sie weder überblicken können noch sollen.

es ist jetzt keine zeit mehr, viel zu schreiben. aber kurz will ich noch etwas sagen.

wir versinken nicht in bitterkeit. die bitterkeit war im letzten jahr, als sichtbar wurde, daß die „zäsur" für die raf nicht die öffnung zur neubestimmung radikaler und revolutionärer politik war, suche und kampf um die eigenen vorstellungen, sondern der schritt in die anpassung und blanke entpolitisierung. das war nicht aufzuhalten, nicht weil sie nicht verstanden haben, wovon wir reden, sondern weil sie etwas anderes wollen.

sicher ist, daß revolutionäre politik hier nur wieder fuß fassen können wird in einer ganz neuen entscheidung und im bewußten bruch mit dieser hinterlassenschaft.

wir haben alle jetzt jede menge zu sagen. das kommt als nächstes. sinn und inhalt unserer politik sind teil unseres lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existentielle einheit, und genauso kämpfen wir darum.

brigitte mohnhaupt
für die gefangenen aus der raf in lübeck, köln, frankfurt, schwalmstadt, frankenthal, bruchsal, aichach

Erklärung von Christian Klar

„mit der machtfrage verstecken zu spielen, bringt jedoch niemanden weiter — nur sozialdemokratische politiker."

„unter dem aphoristischen stichwort ‚mammut' warnte theodor w. adorno schon vor jahren vor den gefahren des ‚jurassic park', eines magisch-neumythischen und vollkommen künstlichen freizeitgeländes für alle phantasie, der nur noch das falsche als richtig erscheinen kann."

für die vielen, die die widersprüche zwischen gefangenen für abgehobene ideologische schlachten halten, seien hier ein paar informationen vorangestellt. daß die genannte sicht sich verbreitet, dafür sprechen reaktionen aus den letzten tagen, worin der ton angeschlagen wird: eigentlich wollen doch alle weiterhin das gleiche.

seit mai dieses jahr versucht sich karlheinz dellwo bzw. die celler gefangenen in der abwicklung der gefangenen und gleich auch der illegalen mit. in bezug auf die letzteren seit ihrer verhaftung mit der zustimmung von birgit hogefeld. alle anderen gefangenen haben erst vor wenigen wochen das erste mal von dieser sache erfahren. eine mittelsperson ist von dellwo zu mercedes-benz-reuter und zu ignaz bubis geschickt worden, die vorschläge für einen deal zu schnarrenberger, kohl und schäuble tragen sollten und das auch getan haben. eine „gesamtlösung" wird vorgeschlagen, die so aussehen soll: für die illegalen zugestandenes exil oder kurzer knast und anschließende legalisierung — zuvor solle jedoch geklärt sein, was aus den gefangenen werde. die „verhandlungslinie" entwirft dellwo, indem er sich staatliche ordnungssorge aufsetzt und die vorzüge einer „repolitisierung des staatsverhältnisses" ausmalt. die rolle stärkster initiative für die „gesamtlösung" wird bei den deutschen wirtschaftseliten vermutet und erwartungsvoll beschworen. kohl wird das angebot angedient, daß dieser so doch vor den nächsten wahlen als derjenige glänzen könnte, der „das problem" erfolgreich beendet hätte.

dies ist also die sache zusammengefaßt. so weit, so gute operette.

ich meine, auch übertragen in das licht der häuser, wo das menschenglück in chips und spielkarten ausgegeben wird, wäre das die trennung. an den tischen sitzt ein staatsschutzapparat, dessen niveau repressiver wissenschaften höher entwickelt ist als das niveau politischen bewußtseins der gegenübersitzenden. sie schätzen ja zumindest in bezug auf die ein, die heute draußen als raf agieren, daß ihre ideologische selbstentwaffnung ihnen absehbar den strategischen atem rauben wird, der für den revolutionären krieg existentiell ist.

es gibt aber zu dieser geschichte grundsätzliches zu sagen. allerdings, nach meinem empfinden, ganz ohne aufregung über die bestimmten personen (gefangenen), die bei einer vermeintlichen gemeinsamen vernunft von kerkermeistern und gefangenen zuflucht suchen. der punkt ist vielmehr, diese geschichte ist beispielhaft und betrifft die gesamte linke der nach-wendezeiten, weil ihr da ja lediglich der spiegel vorgehalten wird. das eigentliche thema sind also die massenhaften wende-biografien in der deutschen linken, die am golfkrieg, an der ddr-annexion, am zusammenbruch des ostblocks und am „humanitären" interventionismus ihre anlässe gefunden haben und deren subjektive grundlagen noch unter einem berg von unausgesprochenem, von resignation, verblödung und unehrlichkeit begraben liegen.

müßte man zur klärung vielleicht mit der gorbatschow-zeit anfangen, in der das „gattungsthema" die weltweite politische diskussion ergriffen hatte?

es kann nicht mehr als ein schwacher anstoß sein. die notwendigkeit, sich ja immer auch mit dem alltäglichen knastterror auseinandersetzen zu müssen, läßt nicht zu, das viele material, das sowieso auch nur teilweise die mauern passiert, konzentriert durchzuarbeiten, ausgiebig zu zitieren usw. — und alles noch gedanklich in eine ordnung zu bringen. hier deshalb nicht mehr als einige bilder aus den letzten 2 jahren angesprochen. die überschrift müßte heißen, die einkehr des kapitalismus in die köpfe der linken:

— im bild von isoliertsein und einem verlust an attraktivität. die falsch aufgeworfene frage, auf die die selbstblendung und das angepaßte neusprech gefolgt sind: die „rückkehr in die gesellschaft". man müßte dagegen die bewußte entscheidung für das konzept einer politik der bewußten minderheit und der verankerung im emanzipationsprozeß der weltmassen erneuern. auch einen der stärksten gedanken der „marxistisch-leninistischen" kampfgeschichte: das politische (das klassenbewußtsein) als „von außen" zu verstehen. in deutschland gehören da aber auch folgende worte (h. müller) rein:

„. . . man kann nur noch von den minderheiten aus denken. gedacht wird nur noch an den rändern, denn bewegung gibt es nur noch von den rändern aus. man muß . . . vom punkt derjenigen aus denken, die selektiert werden."

„. . . es gibt in den herrschenden strukturen kein rationales argument gegen auschwitz. wenn das nicht gefunden wird, geht diese zivilisation unter. das ist die grundfrage, und die kann nur beantwortet werden durch die mobilisierung der ränder." die rede vom isoliertsein, wie im raf-text von april 92 eröffnet, ist nur scheinbar (selbst)kritische aneignung, es ist in wahrheit das auftauchen an die oberfläche geworden, und die wortreichen verwechslungen von wesen und erscheinung seitdem sind nachzulesen. linkes biedermeier als zusätzlicher faktor der vergrößerung rechter jugendbewegung. attraktivität wird seither innerhalb (!) der kapitalistischen mentalitäten gesucht, der politische opportunismus, die revolutionäre als die guten menschen, die begriffslosigkeit am thema avantgarde. die politischen kriterien für attraktivität verschwinden so. es stellt sich das trugbild ein, im beifall isoliertsein aufzuheben, der für unterstützung gehalten wird. derweil entwickelt sich überhaupt keine attraktivität für die unterdrückten, für die es um eine andere ginge: sie zu befähigen, hinter die erscheinungen der herrschaftsverhältnisse zu blicken, um sie aufbrechen zu können, sie mit der eigenen verfügbarkeit fürs kapital zu konfrontieren, ihre erfahrungen von ohnmacht durch das beispiel kollektiver organisierung und aktion aufzuheben, die entfaltung unterdrückter innerer potentiale möglich zu machen.

— im bild von den soldaten des guten, die dem ruf der ungerechtigkeit der verhältnisse folgen. „eigentlich", oder wären die verhältnisse nicht so, wäre man den im gängigen verständnis schönen dingen des lebens zugewandt. in dieser vorstellung erscheinen die wirklichkeit und ihre herrschenden gewaltverhältnisse als „böse" äußere welt, die zu verändern in angriff genommen wird über den zwischenschritt der entscheidung für eine bessere moral. aktionen sind dabei „ganz viel arbeit". es ist die spaltung zwischen „welt" und „subjekt", die dann auch konsequent in einer eigenen art spaltung zwischen politischem/r kämpferIn und privatmensch reduziert wird. die ausbeutungs- und gewaltverhältnisse sind aber nicht einfach äußere welt, sie sind vielmehr „die lebensbedingungen", auch die revolutionäre leben ganz innerhalb dieser verhältnisse, und ihre auflehnung (und ihre organisierte aktion als höchste form) gegen sie ist schon die gesamtheit ihrer lebensausdrücke, die ihrem inhalt nach aus der alternative, also aus einem begriff von herrschaftsfreier vergesellschaftung des menschen und aus aneignungen historischer erfahrung geformt sind. indem die revolutionäre den revolutionären prozeß leben, nicht einfach etwas ihnen selbst äußere bearbeiten, bringen sie die kraft auf, die das alte aufsprengen kann.

unter den bedingungen der imperialistischen metropole ist mit diesem ansatz die bürgerliche mystifikation der illegalität als beschränkung von lebensentfaltung überhaupt erst aufgehoben worden. konfrontiert der imperialistische staat die illegalen sofort mit einer reaktionären entfesselung von ausnahmezustand, kommt dieser bei ihnen so aber nicht an, kann er das befreite gebiet qualitativ nicht in frage stellen.

— in der übernahme der kolonialen sicht, nach der die bestimmung der schwarzen und farbigen völker die dienstleistung für den weißen herren ist. lutz taufer hat diese übernahme in seinem *konkret*-beitrag (8/92) in einem grüner-tisch-szenario ausgeführt. dort tauchen die afrikanischen menschen als diejenigen auf, die damit, daß sie die militärs der imperialistischen länder, die gegenwärtig für die „neue weltordnung" in stellung gebracht und ausgeschickt werden, in särgen zurücksenden, den bevölkerungen der weißen zentren zur ausbildung eigenen revolutionären bewußtseins verhelfen. wieviele menschenverluste der trikontländer aber der erfahrung nach für jeden ausgeschalteten okkupanten erst einmal zu erleiden sind, die modernisierungen der imperialistischen militärstrategien, das alles ist ausgeblendet.

— im bild von „der wirtschaft", die entgegen den „aussitzenden politikern" oder dem nur an „selbstlegitimation orientierten repressionsapparat" das größte interesse an einem nicht-polizeilichen umgang mit dem inneren feind haben könnte. hier kommen das subjektive interesse von militanten, die neuerdings ein bedürfnis nach einem happy end in sich entdecken, und ihre politische konstruktion am engsten zusammen, die eine grundlage dafür ist, daß — siehe zur attraktivität — der kapitalismus ins eigene hirn eingezogen ist. so vollzieht sich dann die wendung von antagonistischer kraft zur einforderung „politischer anerkennung", zur vision legalisierter reichsopposition, zur einforderung der „beendigung des ausmerzverhältnisses" von einem staat, von dem ein eingehen darauf auf grund seines wesens schlecht zu erwarten ist. in einer konstruktion, in der die imperiale expansion über „die wirtschaft" und, anders als während der nazi-phase des deutschen imperialismus, nicht-militärisch angesehen wird, könnte auch gewendet das oppositionelle selbstverständnis gewahrt bleiben, gleichzeitig würde der extraprofit der verlängerten 500jährigen weißen expansion die ökonomische basis abgeben, die notwendig ist, um die oppositionellen freiräume in den imperialistischen zentren zu finanzieren. so ist die logik des appells an den staat, „das ausmerzverhältnis aufzuheben", dann auch nur eine sache der respektabilität unter weißen, sozusagen mit blick auf den horizont der festung europa.

in dieser unaufrichtigen übertaktik kann das thema der sich verschärfenden armut innerhalb der imperialistischen zentren selbst, die angebliche priorität der „neuen politiker", dann auch nur so wie in den neueren texten gehandelt werden: das wachsende heer der armen in den imperialistischen zentren gezeichnet als figuren einer spielfilmkulisse. ja, das ist überhaupt das stichwort, wir sind in einen film getreten.

christian klar, 16. 10. 93

Erklärung von Sigrid Happe und Gabi Hanka

der von den gefangenen in celle, birgit und der raf schon in die wege geleitete versuch, dem staat das ende des bewaffneten kampfes im austausch gegen unsere freiheit anzubieten und im gegenzug bewaffnete aktionen und hungerstreiks als druckmittel für die verbesserung der verhandlungsposition einzusetzen, drückt vor allem eins aus:

die absolute entpolitisierung und kapitulation vor der macht des staates!

der glaube, durch den handel mit dem staat eine „lösung"?? zu erreichen, ist größer als der wille, zusammen weiter für unsere ziele zu kämpfen.

darin kommt also jetzt die konsequenz der falschen politischen bestimmungen, die schon in der 10.4.-erklärung der raf angelegt waren und stetig weitergeführt wurden, auch von den gefangenen in celle in dem tenor — wir wollen ja keine konfrontation mehr, aber der staat läßt es nicht zu — auf den punkt. weiterstadt steht genau in dem kontext. es ist nicht nur politisch ganz grundsätzlich einfach falsch, taktisch so mit dem bewaffneten kampf zu hantieren, um ihn letztendlich nur noch als druckmittel für uns gefangene aufrechtzuerhalten — ohne daß er seine eigene bestimmung hat —, sondern zudem auch ein völliger trugschluß, zu erwarten, das würde irgend was anderes „bringen" als die noch weitere verschärfung der geiselhaft.

das geht von einem falschen begriff der situation und konfrontation aus, in der wir uns befinden!

die reaktion des staates auf den schritt der raf, vor allem auf den fehler der verknüpfung mit der situation von uns gefangenen in der begründung, sprach bände.

der druck gegenüber uns wurde verstärkt, und sie haben ständig aufs neue klargemacht, daß sie ihre macht grenzenlos gegen uns einsetzen — jüngstes beispiel, daß ali trotz seiner schweren krankheit 4 monate vor seiner „regulären" entlassung ohne das offen vom gericht verlangte „abschwören" nicht rauskommen soll, — daß die anhörung bei irmgard schon wieder verschoben wurde, und ingrid ist eine woche, bevor sie rausgekommen wäre, zu weiteren sechs jahren verurteilt worden.

die beispiele lassen sich endlos fortsetzen, nicht nur im zusammenhang mit uns, und man braucht sich nur die debatte um die aufstellung des zukünftigen bundespräsidenten heitmann, der die polarisierung des rechten lagers vorantreiben soll, anzusehen, als weitere bestätigung dafür, daß dieser staat nichts andres im sinn hat, als die gesamtkrise weiterhin reaktionär zu „lösen", und immer offener faschistisch und rassistisch agiert.

die raf hat selbst die politische basis, die in einer kontinuität von über 20 jahren erkämpft wurde, in den letzten zwei jahren zerstört, und das nicht nur nur durch den fehler der verknüpfung, sondern durch ihre in allen erklärungen vermittelte „vorstellung", die niemals ein relevanter faktor in den laufenden auseinandersetzungen werden konnte (z. b. den antifa-kämpfen, weil sie losgelöst von politischen *realitäten* nichts andres als opportunismus und dadurch die anpassung an die gesellschaftlichen verhältnisse vermittelt).

die auflösung revolutionärer politik fing aber schon viel früher an, nicht erst 92 und nicht erst mit den texten der raf —

die ganzen ehemaligen zusammenhänge

aus dem anti-imperialistischen widerstand waren schon vorher auseinandergebrochen oder haben sich von ihrer eigenen geschichte distanziert, um in der umdrehung die gleichen fehler zu wiederholen, statt eigenständige bestimmungen und verbindliche strukturen zu entwickeln, wurde die individualisierung und oberflächlichkeit immer größer —

und die raf hat sich im grunde in diesen zerfallsprozeß „nur" eingereiht. der boden dafür war da.

wenn dann jetzt aktionen à la weiterstadt durchgeführt werden, ist das nichts als purer aktionismus, für dessen begründung dann auch noch wir genommen werden.

wir haben einen anderen begriff von kämpfen!

auch für uns ist es so, daß uns nichts mehr mit der raf, den gefangenen in celle und birgit politisch verbindet, denn wir wollen mit dieser politik des ausverkaufs nichts zu tun haben; auch wenn es in erster linie um den bewaffneten kampf geht, betrifft es uns aus unserer ganzen politischen geschichte und als gefangene direkt.

wir wollen jetzt einen neuen abschnitt beginnen, und die entpolitisierte auseinandersetzung, die die letzten jahre geprägt, uns immer mehr in die defensive gebracht und eine kontinuität von über 20 jahren kampf gebrochen hat, hinter uns lassen.

für uns bedeutet das heute um so mehr, daß wir weiter für einen kollektiven prozeß kämpfen und politische vorstellungen und bestimmungen mit den anderen gefangenen aus der raf weiterentwickeln werden, denn das ist unser politischer zusammenhang, in dem wir leben und den wir brauchen.

die politische situation ist sehr schwer, darüber macht sich niemand etwas vor, und daß es ein kraftakt ist, mut und hoffnung nicht zu verlieren, haben wir täglich gespürt, genau deswegen ist es auch so existentiell, daß wir auf unsere ureigenste kraft vertrauen, daraus und als offensives verhältnis gegenüber der herrschenden macht weiter für unsere ziele kämpfen.

denn, und das ist historische erfahrung seit jahrhunderten, der innere motor, aus dem bewegung entsteht, das sind die subjekte selbst.

wir finden es notwendig, daß jetzt politische klarheit geschaffen wird, denn der Riß geht auch durch politische zusammenhänge draußen und weit über unterschiede in den vorstellungen, wie eine mobilisierung für unsere freiheit aussehen kann, hinaus. der kern liegt tiefer und führt letztendlich auf die frage zurück, wie man weiter kämpfen will, also ob man vor der konfrontation, die *ist*, zurückweicht oder sich ihr stellt und von da aus eigene bestimmungen entwickelt.

diese auseinandersetzung ist für uns zentral, und daran ändert auch die tatsache nichts, daß für uns im dezember 2/3-termin ansteht, weil wir uns weder jetzt noch in den anhörungen taktisch verhalten werden, sondern so, wie wir es aus unserem politischen begriff und verhältnis für richtig und notwendig halten.

wir lassen an der vorstellung eines politischen prozesses mit menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen gruppen und zusammenhängen, denen es genauso wie uns darum geht, sich offensiv überall gegen die reaktionäre entwicklung zu stellen und eine umwälzung der bestehenden verhältnisse zu erreichen, nicht los.

in diesem zusammenhang werden wir den kampf um unsere freiheit weiter bestimmen, und nicht im taktieren mit dem staat!

sigrid happe, gabi hanka

gefangene aus dem widerstand. 25. 10. 93

Richtigstellung

wir haben in unserem text, der im letzten info veröffentlicht wurde, gesagt: „auch für uns ist es so, daß uns nichts mehr mit der raf, den gefangenen in celle und birgit politisch verbindet, denn wir wollen mit dieser politik des ausverkaufs nichts zu tun haben."

wir nehmen das zurück, weil es in dieser grundsätzlichkeit „nichts mehr" nicht stimmt.

uns verbindet die politische geschichte und vor allem, daß wir als politische gefangene ganz grundsätzlich in der gleichen konfrontation im verhältnis zum staat stehen.

wir wollen die bedeutung der unterschiede, die jetzt in ihrer ganzen materialität zum vorschein gekommen sind, nicht abschwächen, aber genausowenig geht es uns darum, ein grundlegendes verhältnis wegzukippen und der entsolidarisierung, die draußen schon angefangen hat, noch zusätzlich futter zu geben durch aussagen von uns.

das war nicht unsere absicht, und so haben wir auch keinen moment lang gedacht, aber in seinem sinn vermittelt dieser satz genau das und darf deswegen nicht so stehenbleiben.

und wir sagen es auch deshalb ausdrücklich (denn eigentlich ist es eine selbstverständlichkeit, daß es eine grundsolidarität gegen die angriffe und das vernichtungsprogramm des staates gibt), weil wir mitgekriegt haben, daß z. b. menschen dafür angemacht werden, weil sie

initiativen gegen birgits verschärfte haftbedingungen entwickeln.

das ist nur noch übel und ausdruck von zerstörung im gesamten verhältnis.

ein verhältnis, das grundlage von revolutionärer politik sein muß und einfach auch teil unserer identität ist. das geben wir nicht auf, weil wir damit auch von uns etwas aufgeben würden, und außerdem ist es ja wohl das allerletzte, den staat sein vernichtungsprogramm durchziehen zu lassen.

wir werden uns jedenfalls für diese entsolidarisierung nicht benutzen lassen und fordern, daß das aufhört.

8. 11. 93, Gabi Hanka, Sigrid Happe

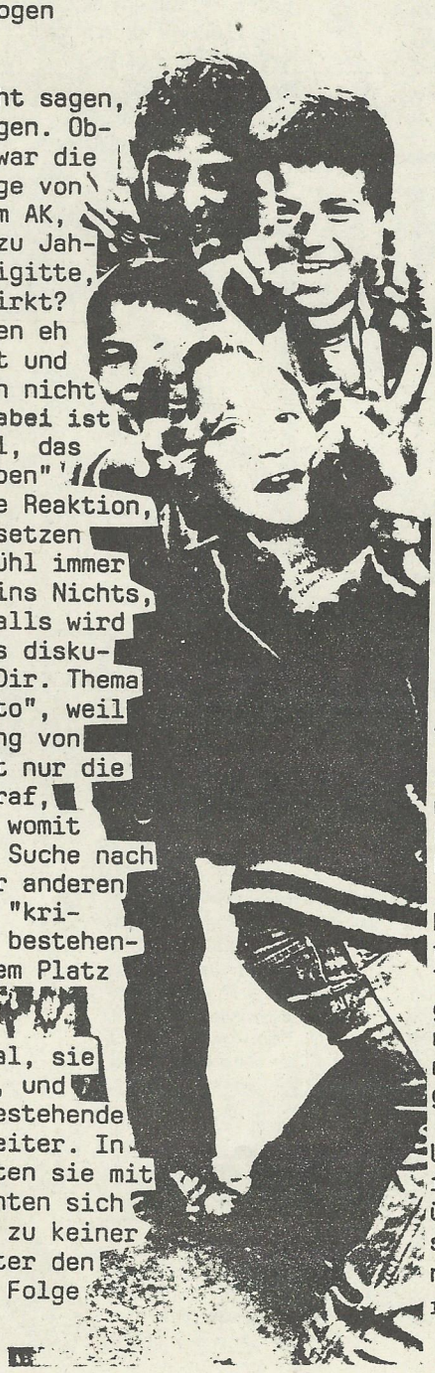
Brief von Rolf Heißler

16.11.1993

Liebe Genoss-inn-en,

Die letzten Agis habe ich ebenso bekommen wie Deinen Brief vom 1.11., über den ich mich ziemlich gefreut habe. Erst jetzt wird für uns offen, daß viele zu dem Ganzen genau die gleichen Gedanken oder Fragen hatten, sich nur alle irgendwie "politische Zurückhaltung" auferlegt haben. Die Realität wurde zwar gesehen, wie sie ist, aber ausgesprochen wurde es nicht oder höchstens intern, geschweige denn, daß daraus irgendwo praktische Konsequenzen gezogen wurden.

Im Rückblick läßt sich leicht sagen, wir haben zu lange geschwiegen. Objektiv stimmt es, aber was war die Situation? Was hat das Wenige von uns - Eva im letzten Jahr im AK, Christian Prozeßerklärung, zu Jahresbeginn die Briefe von Brigitte, Heidi, Christian, mir - bewirkt? Bei mir hat niemand außer den eh Schreibenden dazu was gesagt und bei den anderen wird es auch nicht viel anders gewesen sein. Dabei ist der Inhalt der Reaktion egal, das kann "Mist hast Du geschrieben" sein, wichtig überhaupt eine Reaktion, mit der Du Dich auseinandersetzen kannst, anders wird das Gefühl immer bestimmender, Du schreibst ins Nichts, für den Papierkorb, bestenfalls wird über Geschriebenes folgenlos diskutiert, aber nicht mehr mit Dir. Thema war "Gesellschaft oder Ghetto", weil dieser Versuch von Abwicklung von Geschichte und Politik nicht nur die Stimmungslage vieler mehr traf, sondern Stütze für das war, womit viele beschäftigt sind, die Suche nach einem vor sich und gegenüber anderen zu rechtfertigenden Weg zum "kritischen Arrangement mit den bestehenden Verhältnissen, nach einem Platz im neuen Reich.



Unsere Bespitzelung ist total, sie wissen, was jeweils los ist, und wußten folglich auch über bestehende Widersprüche über das wie weiter. In diese Situation intervenierten sie mit der kgt-Initiative. Sie konnten sich ausrechnen, daß wir darüber zu keiner gemeinsamen Einschätzung unter den Bedingungen kommen konnten, Folge war Schweigen.

Es folgten das Aprilpapier und unsere Erklärung dazu. Schon in meinem Brief zu Jahresbeginn habe ich gesagt, dies waren die zwei entscheidenden Fehler, aus heutiger Sicher würde ich es noch schärfer sagen, damit wurde von den Illegalen und uns das Thema Freiheit von der Tagesordnung abgesetzt. Günters Raus - 15 Jahre zu spät - oder das von welchen aus dem Widerstand - sie hockten wegen Konstrukten, hätten folglich auch Jahre früher draußen sein müssen - ändern daran nichts.

Wir waren plötzlich mit Papieren, Interviews, Erklärungen konfrontiert, in denen das an der Zäsur überlegte auf den Kopf gestellt war. Kaum hatte man sich von dem Einen erholt, kam schon das Nächste. Mit der Politik, deretwegen wir im Knast hockten, hatte es immer weniger zu tun, und das mußte jede/r für sich verarbeiten. Vorstellen kann man sich sicher nicht, wie es uns subjektiv ging. Du kannst es feststellen, aber was hat das für Auswirkungen, wenn Du es offen machst, und was bedeutet es für einen, wenn die Perspektive nicht die "Freiheit" im Zinksarg sein soll. Es ging eben nicht mehr um die Auflösung irgendwelcher Widersprüche oder verschiedener Positionen, an was sich viele immer noch klammern, sondern ums Grundsätzliche. Antagonistisch steht gegenüber: Reintegrationsversuch über den Szenesumpf in die bestehenden Verhältnisse oder aber Bruch mit ihnen samt der Neubestimmung revolutionärer Politik, das fängt beim Aufknacken der Vereinzelung an, radikal, nicht das Entlassen ins Beliebige, Unverbindliche, jede/r kann machen, was sie/er will. Trotz der nicht einfachen Situation bin ich ganz zuversichtlich, daß wir zusammen draußen wie drinnen das schaffen können und wieder in die Offensive kommen werden.

Mein Erinnerungsvermögen ist ein begrenztes (geworden). Von daher weiß ich mit Tutzingen nicht mehr. Wurde ich vorher gefragt, habe ich vermutlich mit warum nicht reagiert, und danach hat es mich nicht weiter beschäftigt, zur Kenntnis genommen.

Unseren "kollektiven Selbstmord" habe ich überlebt. Ich erfuhr von dem Gerücht über Fax meiner Rechtsanwältin und sagte denen, daß wir ihnen den Gefallen nicht tuen werden. Sonst blieb es hier ruhig.

Grüße Rolf

29.10.93

Die Celler RAF-Gefangenen weisen den Vorwurf, einen „Deal mit dem Staat" geplant zu haben, zurück

Karl-Heinz Dellwo, auch im Namen von Lutz Taufer und Knut Folkerts und in Verbundenheit mit Birgit Hogefeld

Wir haben weder Reuter noch Kohl noch sonst jemand einen Deal angetragen, wir haben auch keine „Abwicklung" betrieben, schon gar nicht ist eine „Gesamtlösung" an irgend jemand herangetragen worden. Es ging um die Frage, ob sich eine „dritte" Position herstellen läßt, die unabhängig von uns, trotzdem den Bezug zu uns haltend, etwas tun kann. Öffentlich wie nichtöffentlich. Wir haben in zwei Richtungen gesprochen:

Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangenen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb unterstützen wollen; politischen Druck machen in den Reihen der Gegenseite.

Was wir tatsächlich im Frühjahr dieses Jahres gemacht haben, sowohl in politischer Bestimmung, inhaltlichem Umfang und politischem Hintergrund kann man beiliegendem Brief (Auszug) entnehmen, den ich an Brigitte Mohnhaupt Anfang Oktober geschrieben hatte. Auch die anderen Gefangenen haben von diesem Brief Kenntnis.

Der Bruch in der Gefangenengruppe hat seine Vorgeschichte, die lange in die Vergangenheit zurückreicht. Wir werden uns dazu extra äußern. Die Zeit ist zu kurz, um diese Entwicklung hier und heute in ausreichender Klarheit darzulegen. Es ist falsch und Brigitte weiß es, wenn sie behauptet, ihr Leben und ihr Kampf hätten hinter ihrem Rücken abgewickelt werden sollen.

Was Brigitte Mohnhaupt erzählt, ist die Simulation von Wirklichkeit. Das Szenario, das sie mit Erleichterung nach außen trägt, gibt das Bedürfnis wieder, sich der politischen Widersprüche in der Gefangenengruppe, gegenüber der RAF und Teilen der radikalen Linken über moralische Verdächtigungen zu entledigen. In diesem Abspaltungsprozeß wird alles Negative auf uns und die RAF abgeladen, alles Positive für sich reklamiert.

Zu den in dieser Erklärung und den im Anschluß daran in den Medien verbreiteten Mitteilungen, kann ich heute nur sagen: – Es ist Unsinn, zu behaupten, eine Entwicklung in die politische Agonie habe 1992 damit begonnen, daß die Grundlagen unserer Politik weggekippt worden seien. Wir halten fest: Am 10.4.92 hat die RAF erklärt, sie nehme für den jetzt notwendigen Prozeß die Eskalation zurück. Irmgard Möller hat zurecht und für alle Gefangenen die Erklärung der RAF begrüßt und sich dieser Erklärung angeschlossen. Es ist nirgendwo veröffentlicht, daß Brigitte Mohnhaupt der Erklärung von Irmgard Möller oder der der RAF widersprochen hat. Daß die alte Konzeption RAF nicht zu halten ist, wußten und wissen alle. Helmut Pohl schrieb, daß ihm immer schon bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Es gibt aus 1992 zahlreiche Äußerungen von Gefangenen, „daß die globalen und innergesellschaftlichen Umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der siebziger und achtziger Jahre unmöglich machen" (Irmgard Möller, Erklärung für die Gefangenen 15.4.92).

– Brigitte wirft uns vor, wir hätten gemeinsam mit der RAF einen Deal mit dem Staat abschließen wollen. Diese Logik weitergedacht, würde bedeuten zu behaupten, Wolfang Grams sei beim Abschluß eines Deals erschossen worden. Das kann weder Brigitte Mohnhaupt noch irgend jemand anders ernsthaft meinen.

Die Kälte, die Wolfgang Grams hier trifft, wird zur Zeit gegenüber Birgit Hogefeld fortgesetzt.

– Ströbele hat weder verhandelt noch Zusagen noch sonstige Dealangebote gemacht, er hat vielmehr als jemand, der die ganze Geschichte (der RAF und der Gefangenen) von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, erklärt und darauf hingewiesen, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch allein die Verantwortung trägt. Ströbele hat als Politiker der Grünen mit Reuter gesprochen gegen die offenkundige Bewegungslosigkeit der Politik. Dafür hatte er unsere Zustimmung.

– Ignatz Bubis hatte kein Verhandlungsmandat. Er ist von Ströbele mit unserem Einverständnis angesprochen worden, ob er sich für die Forderungen der Gefangenen einsetzen will. Zu einem Besuch Bubis' bei uns und einer Darstellung unserer Position ihm gegenüber ist es leider nicht gekommen.

– Mit Bad Kleinen war eine neue Situation da. Das haben wir Ströbele gegenüber definitiv deutlich gemacht, auch, daß alles, was vorher überlegt war, jetzt keine Basis mehr hat. Der Kontakt zu Bubis war davon nicht berührt, weil es hier um die Kommunikation mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu unserer Situation ging.

Celle, den 29. 10. 93

■ Karl-Heinz Dellwo in einem Brief von Anfang Oktober an Brigitte Mohnhaupt

Gegen einen subjektiven Zustand zu argumentieren, in dem Wut und Rache dominiert, ist wahrscheinlich aussichtslos. Das einzige, was rauskommen wird an dem, was unter den Gefangenen läuft, ist, daß die Gesellschaft mit einem weiteren sektiererischen Zerfallsprozeß gelangweilt wird. Zur Sache selber will ich aber noch etwas sagen, auch für andere. Ich kann da gut zu stehen.

Ich habe Ströbele kommen lassen vor Monaten aus der Überlegung, daß wir alleine auflaufen werden gegen jene in Politik und Staatsapparat, die in diesem Konflikt längst schon heimisch geworden sind (was ja auch mal alles kritisiert bei uns, daß zu viele sich mit unserer politischen und praktischen Realität arrangieren können). Wir haben in zwei Richtungen gesprochen: Leute suchen, die das, was die RAF und die Gefangenen in den letzten Jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb öffentlich unterstützen wollen; Druck machen in den Reihen der Gegenseite.

In ersterem sind wir auf Bubis gekommen. Er wurde angesprochen, was sich als sinnvoll herausstellte. Von ihm kam, daß er selber mit uns sprechen wollte, um direkt zu hören, was wir wollten. Wir haben dem natürlich zugestimmt (und hätten ihm dabei auch vorgeschlagen, nach und nach einige andere Gefangene zu besuchen). Daraus ist bis jetzt nichts geworden, denn Kohl nahm ihn bei irgendeiner Gelegenheit kürzlich beiseite und erklärte, er sei gegen diesen Besuch, „solange Bad Kleinen nicht zu Ende ermittelt sei". Er habe aber Ende September ein Gespräch mit Kohl und Kanther und will dabei auch ansprechen, warum sich nichts getan hat.

Ganz anders bestimmt ist die Reuter-Sache. Es ging darum, daß jemand von „außen" (also außerhalb unseres Zusammenhangs) sie aus einer Einschätzung der Situation heraus, wie er sie selber vertreten kann, auf den Ernst der Lage aufmerksam macht, auf das, worauf es wahrscheinlich hinausläuft, wenn die Regierung ihre Haltung nicht ändert. Zu diesem Zweck habe ich mit Ströbele über die Situation diskutiert.

Auch daß er nicht in unserem Namen reden kann, daß er nicht verhandelt, keine Zusagen macht oder sonst etwas, sondern einfach, daß er als jemand, der die ganze Geschichte von Anfang an kennt und in ihrer Dialektik einzuschätzen weiß, darauf hinweist, daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch zerstört und für

alles, was daraus kommen mag, dann auch alleine die Verantwortung hat.

Es war auf der Linie, was wir die letzten 1 3/4 Jahre gemacht haben und, trotz allem, Konsens der Gefangenen entlang unseren Forderungen war: um politische Akzeptanz für unsere Sache zu kämpfen und öffentlichen wie nichtöffentlichen politischen Druck zu machen.

Es erbittert Dich, daß Du nicht gefragt worden bist, daß hier an Dir was vorbei gemacht wurde? Das war für uns auch ein Problem und wir hätten es lieber anders gemacht. Aber was wäre passiert, wenn ich Dir oder Helmut das z.B. vorgeschlagen hätte? Ihr hättet es niedergemacht, wie jede Sache von hier! Die Absurdität dahinter ist der Besitzanspruch! Ihr stellt die Eigentumsfrage an der RAF! Das Mittel dazu ist die Permanenz der Liniendiskussion. Sie klärt natürlich nichts, sie erstickt nur. „An denen, die recht haben, geht jede Idee zugrunde" – und das wird auch nur das Ergebnis sein von Helmuts Erklärung: Bedingungen zerstören. Viel mehr enthält sie ja nicht, außer ein paar Unwahrheiten.

Euch entgrenzt immer alles, weil Euch irgendwie Eure eigene Subjektivität unbegriffen bleibt. Für Eure Ansprüche gegen die draußen seid Ihr derzeit auch am falschen Ort. Auch sind diese nicht gerade durch die Ergebnisse Eurer eigenen Praxis, bei der rauskam, daß die danach von vorne anfangen mußten, legitimiert.

Die Methodik und die politische Bestimmung lassen sich korrigieren; das Abrutschen in die Objektivationen, da, wo die Politik außerhalb von uns steht und sich selbst kreiert, kaum noch. Das haben wir an Euch gesehen, das haben wir selber erfahren und daran krankt bis heute alles.

Ihr sagt zwar selber, daß das Alte nicht fortzusetzen ist, aber es bleibt ein Widerspruch, solange Ihr denkt, daß Ihr die Alten bleiben könnt. Als wäre die Politik der Vergangenheit nur was äußerliches gewesen und hätte nicht auch als Subjektprägung nach „innen" zurückgewirkt. Aber zur „äußeren" Entfremdung lief eben auch die „innere". Mit der kann man nur selber brechen. Statt aus dem zu lernen, wie die es draußen gemacht haben und wie es besonders in der August-Erklärung zum Ausdruck kommt, schmeißt Ihr ihnen Steine in den Weg, wo Ihr nur könnt, Häme, Verachtung, Denunziation. Nicht einmal der Tod von Wolfgang gebietet Euch Einhalt. Das ist das Traurigste.

***

Bin ich auch für eine Gesamtlösung, so bin ich nicht für „abwickeln". Für mich ist nur etwas zu Ende gekommen, wir stecken in der Sackgasse und aus der müssen wir raus. Das meint den anderen Aspekt von „Freiheit", weil's nicht nur um die Freiheit der Gefangenen vom Knast geht. Freiheit meint die eines Neuanfangs und das impliziert auch die „Freiheit" der Genossen draußen dazu. Es geht nicht darum, die Erfahrungen und Geschichte dazu abzuwerfen, sondern sie dafür nutzbar zu machen. Es ging nie um die Frage, „bewaffneter Kampf ja oder nein". Das ist eine nutzlose Fragestellung, die dann nach vorne tritt, wenn die Form den Inhalt ersetzt.

Daß die alte Konzeption RAF nicht zu halten ist, habt Ihr unabhängig meiner Begründung selber gewußt. Helmut schrieb, daß ihm schon immer bewußt war, daß am Ende eine Aufhebung der RAF steht. Und trotzdem scheint es Euch ein Paradox zu bleiben, das Konzept aufzuheben und den Bruch zu halten, aus dem der bewaffnete Kampf früher oder später wiederkehren wird. Wenn gewiß auch in anderer Gestalt und auf einer anderen Bestimmung. Wenn man vom Prozeß ausgeht, müßte man begreifen können, daß wir immer in Durchgangsphasen sind. In ihnen durchschreiten wir Räume: hinter der nächsten Tür, um im Bildlichen zu bleiben, ist man vielleicht im Freien oder im nächsten Raum. Aber nicht mehr auf der gleichen Grundlage und im gleichen Zustand. Die letzten 25 Jahre sind ebenso ein Durchgangsstadium gewesen, für uns individuell (das ist aber nicht so wichtig), vor allem aber ein Durchgangsstadium linker Bestimmungen, in politischen Konzeptionen, in der Moral, auch Kultur, vor allem der Praxis. Das gilt also auch für die RAF. Auch sie ist nur ein vorübergehender Ausdruck der Situation, nicht ihre zeitlose Antwort.

Ich glaube aber nicht, daß es das war, was Helmut jüngst veröffentlichte: „... daß jetzt eine Situation Realität wird, aus deren Antizipation wir 20 Jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern". Niemand hat z.B. vorausgesehen, daß die „Ost-West-Demarkationslinie" sich zugunsten des Westens auflöst. Auch haben wir uns zu anderen nicht im Wissen um die kommende Systemkrise unterschieden. Zu prognostizieren, daß die Entwicklung nur bedrohlicher werden kann, dazu gehört nicht viel.

Es gab schon vor uns die Erkenntnis „Sozialismus oder Barbarei". Auch kann's das nicht gewesen sein, die objektive Entwicklung des Kapitalprozesses zu verhindern. So etwas wie die Aufhebung der Arbeit oder Krise des Werts ist gar nicht zu verhindern, es sei denn, durch eine Revolution. Aber das wäre ja nur eine Kinderbegründung, denn um zu ihr kommen zu können, muß der Prozeß überhaupt erst mal da durch.

Was also hatten wir anderen voraus, und an was müssen wir uns messen? Die Entscheidung zum materiellen radikalen Bruch mit den Gesellschaftsverhältnissen. Ein Endzeitbewußtsein über eine historische Periode. Das Wissen, daß wir eine andere Art zu leben und kämpfen finden müssen, daß wir eine neue Revolutionsvorstellung brauchen, den Bezug auf das Subjekt, also Brüch mit der Entfremdung als Orientierungskriterium der Politik, daß wir heute am Aufbau von Bewußtsein und Gegenkräften arbeiten müssen, wenn die kommende Systemkrise nicht über uns alle drüberschlagen soll. Und so manches mehr. Aber haben wir die erahnte Krise *erkannt*, theoretisch analysiert, begriffen und also auch die Antwort antizipiert? Die Krise der Arbeit und die Krise des Werts – haben wir sie gesehen, und wo sind dann die Antworten? Und da frag ich gar nicht, wo wir Bewußtsein darüber in der Gesellschaft geschaffen haben, sondern ich frage nach dem Bewußtsein darüber bei uns! Und wo war das in der Praxis?

Ein gesellschaftliches Umkehren wird nicht kommen, wenn es nicht auch aus den Leuten selber kommt, weil die Dinge des Lebens und der Gesellschaft ihnen jede Illusion über ihre Sinnhaftigkeit selber untergraben. Dann müßte man sich neu überlegen, was man macht. Aber deshalb läßt sich was Altes, das uns keinen Aufhebungsschlüssel – so auch keinen Zugang zu anderen – in die Hand gab, halt auch nicht fortsetzen. Eine auf die Gefangenen reduzierte Lösung aus dem „Umbruch" oder der „politischen Grenze" ist weder moralisch noch politisch legitimiert, ganz abgesehen davon, daß sie unrealistisch ist im Hinblick auf die nicht einfach zu ignorierenden Machtverhältnisse hier. Jedenfalls halte ich es für zweifelhaft, daß wir in einer Situation der eigenen wie der gesellschaftlichen Defensive dem Staat Haltungen aufzwingen, die ihm aufzuzwingen wir in sog. „offensiven Zeiten" nicht in der Lage waren. Auch glaube ich nicht mehr daran, obwohl ich es mitvertreten habe und es ja auch schön wäre, daß an uns ein Umkehrungsprozeß möglich ist, weder an der Freiheitsfrage, noch wenn wir weitermachen wie bisher. Das war alles zu einfach gedacht. Vielleicht ist die Spur davon drin, aber zur Umkehrung wird es ganz anderer Inhalte, Kräfte und Formen bedürfen. Und solange wird natürlich auch keine Freiheitskampagne in Gang kommen, wie wir neurotisch Ziele setzen, für die alles, auch bei uns, fehlt, und die Leute spüren, daß ein Graben ist zwischen dem, was wir wollen, und dem, was wir können, und deshalb die Klappe runtermachen, denn Niederlagen haben sie genug gehabt.

***

Ich hatte mal geholft, wir könnten es gemeinsam schaffen, aus unserer Sackgasse rauszukommen. Als Gruppe sind wir von der Freiheit jetzt weiter entfernt als je zuvor. Die Spaltung der Gefangenen hat das über Bord geworfen, was über zwei Jahrzehnte unangefochten war. Als hättet Ihr irgendeine Frage damit gelöst. Es reicht nicht, die Freiheit zu fordern. Es reicht auch nicht, mit der Fortsetzung einer politischen Konzeption zu drohen, an deren Perspektive niemand mehr glaubt, weder wir, noch der Feind, noch die Linke oder die Gesellschaft. Wir hätten über uns reden müssen, statt über andere und gegeneinander. So wie die das draußen begonnen haben. Nur darin wird man wiedererkennbar, nur das schafft eine Grundlage für Solidarität. Und in dem Rahmen hätten wir darum kämpfen können. Aber Euer Verständnis scheint immer noch, daß sich die Leute immer nur zu Euch hinbewegen müssen. Ich bezweifle, daß das eine Haltung ist, die Revolutionäre kennzeichnet.

Rote Armee Fraktion

2. November 1993

Antwort auf Spaltungserklärung vom 28.10.93 an die Gefangenen aus der RAF, die sich dahinter gestellt haben.

Für die Auseinandersetzung aller, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind.

Es hat nie irgendwelche Geheimverhandlungen zwischen uns und dem Staat gegeben. Es ging in unseren Überlegungen nie darum, den bewaffneten Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu „verdealen". Alle Behauptungen, die das Gegenteil suggerieren, sind Dreck, unwahr.

Richtig ist, daß wir am 10.4.92 die Eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen Veränderungen Ende der 80er Jahre die Zentralperspektive der revolutionären Linken zusammengebrochen war und damit auch die Funktion des bewaffneten Kampfes in der BRD in der strategischen Vorstellung der vergangenen Epoche. Ausdruck dieser Entwicklung waren auch die Grenzen, auf die wir gestoßen sind. Die gesamte Entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische Reflexion der Kämpfe der vorangegangenen Epoche, d.h. auch des Kampfes der RAF, dringend notwendig ist. Eigentlich banalste revolutionäre Selbstverständlichkeit.

In dieser Phase, in der es vordringlich um das Herausfinden neuer Wege und Gedanken für den Umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft wird. Dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden kann.

Es entspricht nicht unserer Verantwortung aus 23 Jahren Kampf der RAF, die RAF unter allen Umständen ins nächste Jahrtausend zu retten. Wir waren offen für alle möglichen Formen und Transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der Neubestimmung revolutionärer Politik beteiligen, als das Beste für den zukünftigen Prozeß für die Umwälzung herausgefunden hätten. Und diese Bestimmung der Mittel und Organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen Vorstellung. Das hat nichts mit der Aufgabe der Option auf bewaffneten Kampf zu tun.

Die Freude von Staat und Kapital über den politischen Todesstoß, der Eure Erklärung gegen die RAF sein sollte, kommt zu früh: Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß. Entsprechend war auch das, was wir in der Weiterstadt-Erklärung gesagt haben ernst, so wie alles, was die RAF sagt, dem entspricht, was wir denken:

„Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit umfassend zu begreifen ..., denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden."

Wir sagen ausdrücklich: die Gespräche, die die Celler Gefangenen mit Ströbele hatten bzw. mit I. Bubis führen wollten — in dem Inhalt, wie Karl-Heinz das in der *taz* vom 1.11.93 erklärt — standen in der Tat nicht im Widerspruch zu unseren Vorstellungen.

Mit Eurer Erklärung vom 28.10. ist ein Punkt erreicht, an dem Ihr uns zwingt, zu der Geschichte zwischen der RAF und einigen Gefangenen, zu den fortlaufenden Verdrehungen und Versuchen, eine Entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich Stellung zu beziehen.

Wir hätten nach dem Schlag vom 27.6. 1993 gegen uns mehr Zeit gewollt, um wieder in der Öffentlichkeit zu reden.

Wir mußten uns mit dem schweren Fehler, dem Kontakt mit dem VS-Spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren Zeitpunkt noch was sagen werden. In erster Linie hat uns die Verhaftung von Birgit und die Ermordung von Wolfgang getroffen. Darüber hinaus die Tatsache, daß durch den Spitzel der Staat die Möglichkeit eines militärischen Schlages gegen uns in der Hand hatte, so daß wir die reale Entwicklung in der Konfrontation mit dem Staat an einem existentiellen Punkt nicht richtig überblickt haben. Wir sind mit einer Situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere Möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den Prozeß für Neubestimmung revolutionärer Politik einbringen können. Der 27.6. hatte für uns eine völlig neue Situation geschaffen. Dabei haben wir darauf gehofft, trotz der Widersprüche im Zusammenhang Gefangene/RAF, trotz des von einigen von Euch bereits vollzogenen Bruchs, nochmal zu einer Vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. Das wollten wir in einem neuen Abschnitt, der so oder so vor uns liegt. Dieser Versuch wäre unsere Sache gewesen.

Eine Trennung von Euch wollten wir nicht, obwohl einige von Euch nach dem Schlag gegen uns das, was vom Staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die Hand genommen haben: den Bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. Das Gerede von der „Steinmetzschen Einheit", „dem ideologischen Fuß des VS bei den Illegalen" bis hin zu der Unterstellung, die Celler Gefangenen, Birgit, Wolfgang und wir hätten „einen Platz im Reich" gesucht.

Seit langem sind die Äußerungen einiger von Euch wie Bewegungen im Reagenzglas des Staatsschutzes. Für einige von Euch scheint es schon länger Selbstverständlichkeit zu sein, bei inhaltlichen und politischen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem Staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische Integrität abzusprechen. Genau auf so eine Haltung hat schon der ehemalige Hamburger VS-Chef Lochte gesetzt, als er nach '89 für Eure Zusammenlegung eintrat. Er war davon überzeugt, daß Ihr nicht mehr in der Lage wärt, mit Widersprüchen und Unterschieden umzugehen, sondern Euch gegenseitig zerfleischen würdet.

Die jahrelangen und immer wiederkehrenden Anschuldigungen und Gerüchte von einigen von Euch gegen unsere gefangenen Genossen in Celle haben schon mal dazu geführt, daß international Gerüchte rumgingen, die Gefangenen in Celle würden mit dem VS zusammenarbeiten. Das setzt sich bis heute fort mit der Lüge in Brigittes Erklärung, die schon am 30.10. im Interview mit Ströbele offensichtlich wird: Ströbele hätte mit VS-Benz gesprochen.

Bis zum 28.10. hatten wir darauf gehofft, daß diese Gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den Sprung aus ihrer kleinbürgerlichen Konkurrenz schaffen — dem deutschesten Alltag bei GenossInnen, die sich mit ihrem ganzen Leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. Wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die RAF und Gefangene aus der RAF ein weiteres zerstrittenes Grüppchen wird, wie viele in der BRD, die nur noch gegenseitig Gift verspritzen und sich so ins politische Aus manövrieren.

Wir schreiben diesen Brief in dem Bewußtsein, daß es wichtigere Fragen aus der Situation in der BRD und international gibt, zu deren Antworten wir damit nichts beitragen können. Aber nun ist auch unsere Schmerzgrenze überschritten.

Hinter Eurer Erklärung steckt miese Taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß Ihr heute eine solche Initiative von Gefangenen als Deal mit dem Staat denunziert, obwohl doch einige von Euch eine ganz ähnliche Initiative überlegt hatten, in der Zeit um '90 rum, als in Texten von Euch von „Freunden der Vernunft" die Rede war, was sich ja auch auf Typen aus der Wirtschaft bezog. Das erfuhren wir damals viel später, sozusagen „durch Zufall".

Ihr wolltet damals nichts anderes als Bewegung in den Prozeß bringen, in dem es auch um Eure Freiheit ging und darum, neue Ausgangsbedingungen für Euch, für uns, wie für alle, die neue Bestimmungen suchten, durchzusetzen. Auch dafür sollten wir den bewaffneten Kampf zurückzunehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem Zusammenhang steht.

Wir unterstellen Euch nicht, daß es Euch um den Deal mit dem Staat und den „Platz im Reich" ging. Ihr solltet das gegenüber Birgit, Wolfgang, den Celler Gefangenen und uns auch lassen.

Wie wir heute wissen, habt Ihr das damals unterlassen wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg, und weil es damals mit unseren politischen Vorstellungen zusammen nicht möglich gewesen wäre. Eure Empörung ist heuchlerisch. Was Ihr heute auf dem Markt als Deal feilbietet, den Gesamtlösungsgedanken — die illegalen eingeschlossen — kam auch von Euch. Von einigen von Euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht „rechtzeitig" einsehen wollten. Selbstverständlich hattet Ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal Exil.

Zur Vorstellung einiger von Euch gehört auch, daß wir eine Erklärung abgeben: daß die RAF den bewaffneten Kampf einstellt. Damals hieß es: ansonsten ist jeder Gedanke an die Freiheit der Gefangenen Illusion. Wir sollten uns zurückziehen, dazu würde der Staat „danke" sagen und sonst nichts — was dann komme, wisse niemand. Das war allerdings nie unsere Vorstellung, weil wir davon ausgegangen sind, daß wir nur in einem Kampfprozeß neue Ausgangsbedingungen durchsetzen können, was auch heißt, in einer Zeit bewaffnet zu intervenieren, in der die strategische Vorstellung noch nicht erarbeitet ist, wenn es die Entwicklung von uns verlangt.

Ihr werft uns vor, mit unserer Drohung und der Sprengung des Weiterstädter Knastes hätten wir „die bewaffnete Aktion zur Ware gemacht". Sind Eurer Meinung nach Aktionen nur zur Begriffsbildung zulässig? Nur abstrakte Politik? Ohne jeden Gebrauchswert? Seit wann ist

es Eurer Meinung nach verwerflich, mit Aktionen Druck gegen den Staat auszuüben? Ihr wißt genausogut wie wir, daß die bewaffnete Aktion in ihrem politischen Inhalt stimmen muß, um Druck auf den Staat für eine Entwicklung, die es zu erkämpfen gilt, ausüben zu können.

Das Verhältnis, das Ihr zu revolutionärer Politik und zur bewaffneten Intervention heute vermittelt, ist dermaßen abstrakt und tot, wie es uns vollkommen fremd ist, und wie wir es von Kämpfenden auf der ganzen Welt nicht kennen.

Auch wenn Ihr die Lüge tausendmal wiederholt, wird sie nicht wahr. Wer die Aktion gegen den Weiterstädter Knast unpolitisch nennt muß einen Knall haben. Ihr solltet mal *inhaltlich* begründen, wieso Ihr mit einer Intervention nicht anfangen könnt, die einen Knast zerstört, der ein in Beton gegossenes Spiegelbild der Entwicklung ist, wie sie die Herrschenden anpeilen, und durchzusetzen entschlossen sind; gegen ein Projekt, das für den militärischen Umgang des Staates mit den sich forcierenden Widersprüchen in dieser Metropolengesellschaft steht; gegen ein Projekt, das für den staatlichen Rassismus und die wissenschaftliche Zerstörung menschlicher Identität steht. Das Wesen dieses Projekts und die Beweggründe, es zu zerstören, waren untrennbar mit unserer Absicht verbunden, Druck gegen den Staat für Eure Freiheit zu entwickeln. Wir wissen allerdings, daß es welche unter Euch gibt, die schon damals diese Aktion verurteilt haben, scheinbar wegen der Tatsache, daß viele Menschen — auch hier — damit etwas verbinden können.

Denn das ist für Euch Ausdruck von „Entpolitisierung und Anpassung" wenn wir vielen aus dem Herzen sprechen, dann kann damit etwas nicht stimmen!

Euer Aufschrei gegen diesen Druck auf Staat und Kapital, der ein Aspekt aus 23 Jahren bewaffneten Kampfes, aus der Entwicklung und der Konfrontation Befreiung/Kapital ist, ist nur noch flache Polemik. Mit inhaltlicher, also auch politischer Auseinandersetzung und Kritik hat das nichts zu tun. Schon '77 ging es auch darum, einen Druck gegen Staat und Kapital zu schaffen, wobei ein Aspekt nur gewesen sein kann, daß die Wirtschaft ihren Einfluß zugunsten Schleyers zur Geltung bringt. Schon damals alles zur Ware verkommen? Natürlich nicht.

Kommt jetzt nicht damit, daß der Versuch damals seine Berechtigung ausschließlich aus der zentralen Perspektive der internationalen revolutionären Bewegung hatte.

Im Fernseh-Interview hast Du, Irmgard, gesagt, daß ihr damals staatlichen Stellen angeboten habt, nicht in die BRD zurückzukehren, sondern im Exil weiter politisch zu kämpfen. Von anderen aus Eurem Kreis wissen wir, daß es für die gesamte Gruppe, d. h. auch für die Illegalen, darum gegangen wäre, nach der Befreiung der Gefangenen, überhaupt neu herauszufinden, wie der Kampf weiter zu entwickeln ist. Alles sei offen gewesen, auch wie bewaffnet weiter gekämpft werden soll. Das wäre auch in der jüngeren Vergangenheit für den gesamten politischen Zusammenhang RAF/Gefangene am besten gewesen. Wir wissen, daß die meisten von Euch das nicht anders gedacht haben. Um so schlimmer, daß Ihr jetzt anderes zu vermitteln versucht, und von Deal quatscht.

„Wenn gleichzeitig Angriffe der Guerilla laufen, wird hier keine Mobilisierung für die Freiheit der Gefangenen Fuß fassen können ..." (Aus einem Brief von Brigitte, Frühjahr '93.) Wenn Ihr denkt, daß die Existenz der RAF Eurer Freiheit entgegensteht, und Ihr mit der Erklärung vom 28. 10. das Ziel habt, die RAF endgültig vom Hals zu haben — dann solltet Ihr das auch so offen sagen. Anstatt so zu tun, als wäret Ihr die Gralshüter der Option des bewaffneten Kampfes oder der revolutionären Intervention in der Metropole; und könntet den Trennungsstrich zur RAF ziehen, moralisch unbefleckt und als Opfer der angeblich verräterischen Machenschaften von uns, Birgit und den Celler Gefangenen.

Wenn Ihr offen und ehrlich reden würdet, hättet Ihr solche Schweinereien nicht nötig. Und Ihr könnt es Euch auch sparen, ein Verhältnis zu bewaffneten Aktionen auf uns zu projizieren, das aus der Gruselkammer kapitalistischer Warenwelt kommt und vom dem *Ihr* Euch mal in Eurer gesamten Politik befreien solltet: „Wenn sie (RAF) jetzt ankündigen, den Schritt vom April '92 praktisch aufzuheben, begründet mit unserer Gefangenensituation — dann tragen wir das nicht mit." (Eva). Als wäre es unser Problem gewesen, daß wir das haben/besitzen wollten für uns. In dem Stil, die RAF — mordlüstern wie sie ist — braucht die Gefangenen, weil — unpolitisch wie sie ist — ihr sonst zur Entwicklung nichts einfällt.

Zur Geschichte der Beziehungen, deren Inhalt für Euch zerstört ist: Eure Kämpfe, die Ihr in der RAF oder später als Gefangene geführt habt, haben uns mobilisiert. Für alle hier hatten sie eine Bedeutung in der eigenen Geschichte. Daraus ist ein Vertrauen in Euch, die GenossInnen im Knast, lebendig gewesen. Eine Verbundenheit auch daraus, die gleiche existentielle Lebensentscheidung für den Kampf um Befreiung getroffen zu haben, und die Vorstellung, dies sei eine Basis dafür, auch an unterschiedlichen Orten und in der sich immer verändernden äußeren Situation zu politischem Einverständnis über den Weg kommen zu können. Doch dies ist nur als lebendiger und widersprüchlicher Prozeß möglich, der Offenheit und Respekt zueinander voraussetzt.

Das Vertrauen dazu ist zu einigen von Euch schon lange zerstört. Wir denken heute, daß es eine Illusion von uns war, wir könnten es schaffen, uns als politischen Zusammenhang, indem die Grundlagen zueinander gebrochen sind, gegen einen Machtapparat wie den BRD-Staat gemeinsam durchsetzen und einen neuen Aufbruch schaffen. Unsere Entscheidung zu allem, womit einige von Euch gegen uns — wo sie nur konnten — gearbeitet haben, nicht öffentlich Stellung zu beziehen, war falsch. Wir haben auf die falsche Hoffnung gesetzt, die Widersprüche könnten sich im Kampfprozeß auflösen. Sie basierte auf einer falschen Rücksichtnahme auf Euch als Gefangene in der Isolation und darauf, daß wir verhindern wollten, in eine sinnlose Schlammschlacht zu geraten.

Brigitte, Deine Unterstellung in dieser Erklärung, unser Verhältnis zu Euch sei gewesen „friß oder stirb ..." sagt viel über Dich/Euch, nicht über uns. Da, wo die Anschuldigung die Beschuldigten nicht trifft, macht sie nur offen, welche Nähe Du oder Ihr zu solchen Verhältnissen hast/habt. Das ist uns schon im vergangenen Jahr schmerzlich deutlich geworden. Wir kennen diese ganzen Sprüche zur genüge: wenn wir an Kritik und Selbstkritik — was ihr Opportunismus und Entpolitisierung nennt — festhalten würden, dann werdet Ihr uns „als Typen vom Tisch fegen", uns und andere „links überholen". Alle, die sich auf das beziehen könnten, was von der RAF in die Auseinandersetzung gebracht wurde „Interessieren dann nicht mehr".

Das seid Ihr.

Das war der Schwerpunkt Eurer Anstrengung im letzten Jahr, zumindest soweit sie öffentlich bekannt sind. Und die Methoden, die Ihr dabei benutzt, solltet Ihr dem Gegner überlassen. Ihr habt darauf gebaut, daß es in der Linken schon seine Wirkung hat, wenn die Denunziation nur oft genug wiederholt wird.

Ihr seid im gesamten vergangenen Jahr auf inhaltliche Ansätze von uns nicht *inhaltlich* eingegangen, auch wenn das zu widersprüchlichen Diskussionen geführt hätte. Statt dessen habt Ihr unsere gesamte Anstrengung mit Eurer kleinbürgerlichen Konkurrenzscheiße und Eurem Besitzverhältnis zur RAF und revolutionärer Politik in der BRD überzogen.

Für manche von Euch war es ausreichend, ewig alte Klarheiten zu verbreiten, die allgemein zwar richtig sein können, aber für sich allein wenig zur Beantwortung der Fragen beitragen können, die sich aus der sich zuspitzenden Situation hier wie International stellen.

Auch Ihr hattet von einer Zäsur gesprochen, was das allerdings für Euch bedeuten sollte, dazu gibt es von Euch bis heute nichts Substantielles. Für uns war es aus unserem Prozeß heraus notwendig geworden, zu einem produktiven Verhältnis von Kritik und Selbstkritik zu kommen.

Für die Kämpfenden auf der ganzen Welt ist das eine Lebensader — für einige von Euch ist das wie das Wasser für das Feuer. Euer Bruch zu uns hängt auch damit zusammen und damit, daß wir, wie auch die Gefangenen Genossen in Celle, in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre einen eigenen Kopf behalten haben.

Mit Schlagwörtern wie „entpolitisiert" und „Anpassung" schützt Ihr Euch schon seit 1½ Jahren vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung. Und genau das ist entpolitisiert. Ihr tragt mit der auf uns fixierten Arbeit der letzten eineinhalb Jahre mit Verantwortung daran, daß sich einige Teile der radikalen Linken mit einer „RAF-Debatte" selbstbeschäftigt haben, ganz so, wie Ihr sie ins leben gerufen habt. Die Rücknahme des bewaffneten Kampfes der RAF (! die Ihr auch wolltet), sei Verrat. Viele von ihnen beziehen sich dabei auf Briefe von Euch, da können sie Euch wohl kaum verstanden haben. Das ganze geht soweit, daß behauptet wird, die RAF sei mit der Zurückstellung des bewaffneten Kampfes verantwortlich für die steigende Zahl von Vergewaltigungen. (Auch welche, die sich auf Euch beziehen.) Sie begreifen die alte Konzeption der RAF als zeitlose Antwort, wobei das Aussetzen des bewaffneten Kampfes (der RAF) bereits verräterisch sei.

Viele dieser Papiere sind eine Demonstration der Begriffslosigkeit sowohl des 23jährigen Kampfes der RAF und ihrer früheren Konzeption, als auch der gesamten Entwicklung. '92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die Notwendigkeit zum bewaffneten Kampf der RAF entdeckten. SchwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. Weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete Organisationen, die weniger „reformistisch" sind. Das wundert uns nicht. Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des alten, es führt zu nichts. Diese Scheindiskussion, in der es nie um die Leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt Ihr entfacht und mit einer Flut von Diffamierungen begleitet: „Entpolitisiert", „den Internationalismus fallengelassen," „wir würden die Geschichte abwickeln", und mit dem VS — wahlweise — entweder die Politik bestimmen oder Verhandlungen führen, und würden für unser Wohl und den „Platz im Reich" opportunistisch Inhalte aufgeben und und und.

Wir haben die Methode schon lange satt, daß der Inhalt unserer Texte verdreht wird, je nachdem wie es gerade op-

portun erscheint, wie in einem Brief kurz vor Weiterstadt. Mit geschickter Wortspielerei kommt unterm Strich raus: Alle sollen „nun schauen, welche Fraktion sich ‚durchsetzt', wie die RAF sagt". Natürlich hatten wir ganz im Gegenteil in der dort zitierten Erklärung gesagt: „Von alleine werden sie (der Staat) an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe notwendig sein."

Euer blöder Machtkampf zeigt sich auch am verkrampften Festhalten an der Diskussion um die „zwei Fraktionen im Apparat", obwohl die Gefangenen in Celle unseren Fehler in der April-Erklärung im Konkretinterview korrigiert hatten und wir die Kritik im August-Text bekräftigten. (Ein allerdings imaginärer Machtkampf gegen die Genossen in Celle, uns und zeitweise gegen die GenossInnen in Lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der Feind wie auch die Fragen groß sind.) Ihr müßt mal realisieren, daß Ihr diesen Fehler von uns über ein Jahr lang zu einem Eurer Schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat.

Während Ihr immer wieder die „Situationsdebatte" statt „RAF-Debatte" gefordert habt und das Gegenteil davon gemacht habt, ist Euch der Blick selbst auf die eigene Situation durch Eure Orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.

Bis zuletzt haltet Ihr Euch an Eurem Irrglauben fest, in der KGT-Initiative sei von Anfang an nur für einige Gefangene die Freiheit vorgesehen gewesen. Ihr realisiert nicht, daß für niemanden die Freiheit vorgesehen war. Alles war abhängig von einer politischen Mobilisierung, davon, ob die Gefangenengruppe darin *solidarischer Kern* ist und in der Lage, gemeinsam in die Diskussion einzugreifen und auch vom Kräfteverhältnis RAF/Staat. Das konntet Ihr weder daran realisieren, daß nach Günter kein Gefangener aus der RAF mehr freikam, und noch nichtmal hat Euch der Schlag gegen uns in Bad Kleinen erhellt. Bei Euch schiebt sich vor jede Erkenntnisfähigkeit das Gift, das Ihr in Euren Herzen mobilisiert habt. Deshalb muß nun auch die Story vom versuchten Deal herhalten, damit Euer Irrglaube weiter Bestand haben kann.

Daß Ihr es fertigbringt, mit Euren Denunziationen auch Wolfgang mit Dreck zu überziehen — ihn, der neun Jahre lang die Politik der RAF mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für Eure Freiheit gekämpft hat und bei dem Versuch, gerade nicht in den Knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde — ist nur Ausdruck davon, auf welchen Niederungen Ihr angelangt seid. Wolfgang war ein Mensch, der für GenossInnen durchs Feuer gegangen wäre.

Es gab in der letzten Zeit einen neuen Anlauf zur Mobilisierung für Eure Freiheit. Von GenossInnen mit einer neuen Haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten Geschichte von Fraktionierungen, der Unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen Widersprüchen umzugehen. Das hat die Aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen Auseinandersetzung kommen kann. Wir fanden die Entscheidung der GenossInnen richtig, sich nicht auf die Spaltereien einzulassen. Sie gehen statt dessen von den tatsächlichen Widersprüchen in den politischen Vorstellungen auf unserer Seite aus. Wir denken, daß das ein Selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist, in einem Prozeß, in dem es um die Neubestimmung revolutionärer Politik geht. Eure Erklärung vom 28. 10. ist auch gegen diese Haltung gerichtet. Sie ist Ausdruck eines dumpfen Machtkampfes. Sie drückt ein Festhalten an überholten Strukturen aus, in denen es für Euch legitim ist, bei inhaltlichen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem System zu beschuldigen und ihre moralische Integrität in den Dreck zu ziehen. Letztlich seid Ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

Wir halten es für notwendig, mit dieser Hinterlassenschaft einen bewußten Bruch zu machen!

Wir sagen Euch, daß diese „ganz neue Entscheidung", von der Ihr sprecht, die auf Lügen, Dreck und Unehrlichkeit Euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit Sicherheit nicht dazu führen wird, „daß revolutionäre Politik hier ... wieder Fuß fassen können wird".

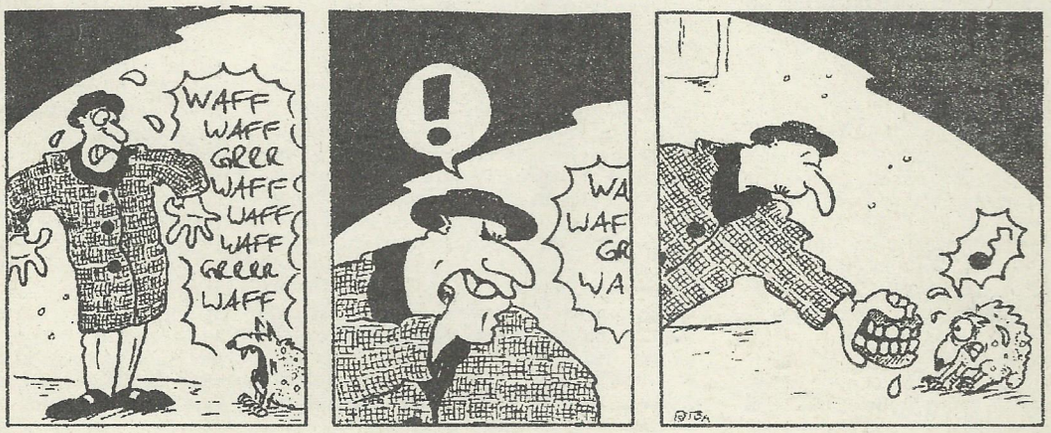
Wir fordern Euch auf — und das ist uns sehr ernst — jetzt einen Moment Innezuhalten. Kommt zur Besinnung! Auch wenn Ihr dabei über Euren Schatten springen müßt. Wir wissen, daß Euch das unser Brief nicht einfach macht, aber Ihr könntet verstehen, daß Ihr uns keine andere Möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.

Es gibt Vertrauen, das keine Mauern brechen können. Karl-Heinz, Lutz, Knut, Birgit und wir werden mit dieser Spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht!

Vielleicht ist dies — wenn überhaupt — die letzte Möglichkeit für was anderes.

Es liegt nun an Euch.

Rote Armee Fraktion, 2. 11. 1993



Wie die 'Raf" ihre 'neue Politik' betreibt

FRAGMENT VON ROLF HEIßLER

part 1/ 8.11.93

Die Illegalen am 2.11.:Wir haben die Methode schon lange satt, daß der Inhalt unserer Texte verdreht wird, jenachdem wie es gerade opportun erscheint, wie in einem Brief kurz vor Weiterstadt. Mit geschickter Wortspielerei kommt unterm Strich raus: alle sollen nun schauen, welche Fraktion sich `durchsetzt`, wie die Raf sagt`. Natürlich hatten wir ganz im Gegenteil in der dort zitierten Erklärung gesagt:`von alleine werden sie (der Staat) an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe notwendig sein.`

Die Illegalen müßen natürlich verschweigen von wem der Brief war, und welche Erklärung Es könnte zu schnell nachgelesen werden. Die geschickte Wortspielerei`stammt aus

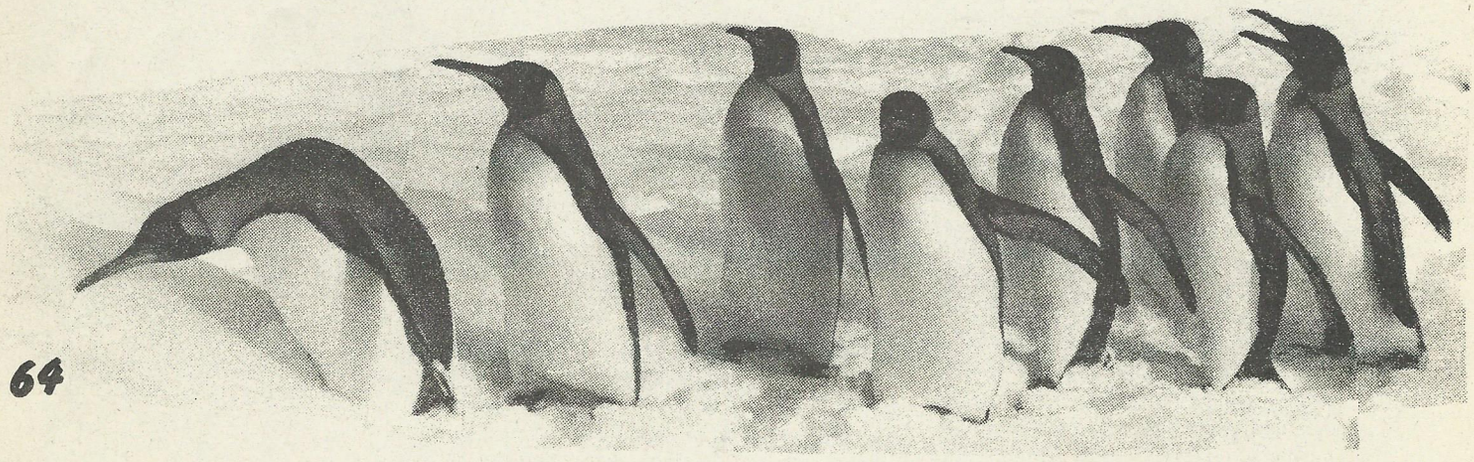
Brigittes Frühjahrsbrief:"..dieser Knick im Grundverhältniss hat sich fortgesetzt mit der linie von der `2 Fraktionen im Staat`- eine besonnene, die jetzt auch zu einem politischerem Umgang mit den Gefangenen und revolutionärer Praxis insgesamt bereit wäre, und eine, die so weiter macht wie bisher. Diese `2 Fraktionen´sind schon durch die allgemeine Diskussion gegangen, bevor dann im April auch die Raf von ihnen geredet hat. Aber wer soll das sein wer ist damit gemeint? Kinkel und der Verfassungsschutz auf der einen Seite, das Bka und die Bundesanwaltscgaft auf der Anderen? Und was soll das heißen -für uns-? Daß wir alle nun schauen, welche Fraktion sich durchsetzt`, wie die Raf sagt? Die Realität mit der wir es zu tun haben, ist eine andere, wir haben in dem Zusammenhang ja schon auf die Kgt hingewiesen, nicht, weil daß das Wichtigste ist aber ein unmittelbarer Widerspruch dazu, der ins Gesicht springt. Die Kgt ist die opperative Koordinierung von politischen- und Staatsschutzapperaten, ein extra-legaler Zusammenschluss zu mehr Effizienz, schnelleren, abgestimmtem Entscheidungen wie die `Kinkel-Initiative`. Es ist ein Märchen der Baf darin die Rolle der grauen Eminenz zuzuschreiben, wie es die Taz so gerne tut, um zu vermitteln, politisch sei ja viel mehr gewollt, nur die Baw hat sich wieder dazwischengeworfen. Die Baw hat in dieser Struktur ihre bestimmte Funktion: Sie führt die Sache aus Was die Baw macht ist die Kunkel-Initiative Sie setzt sie um auf der praktischen Ebene: Justiz/Vollzug, wie sie seit 1970 die politische Linie gegen uns umsetzt. Es ist ganz einfach nicht war, daß `eigentlich´ politisch was anderes gewollt wird als das, was auch tatsächlich gemacht wird."

Brigitte bezog sich auf ihre April-Erklärung:" Justizminister Kinkel hat mit seiner Ankündigung im Januar, einige haftunfähige Gefangene und einige von denen, die am längsten im Knast sind, freizulassen, das erste mal von staatlicher Seite offen gemacht, daß es Fraktionen im Apperat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich militärischen Mitteln in den Griff kriegen. Gegen die Gefangenen haben sie seit 20 Jahren auf Vernichtung gesetzt. Die Kinkel-Ankündigung wirft die Frage auf, ob der Staat dazu bereit ist, aus dem Ausmerzverhältniss, daß er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes beugen, die ihre eigenen Interessen und Ziele entgegen den Profitunteressen formulieren und umsetzen. Also ob er Raum für politische Lösungen zulässt(und wenn auch Vertreter aus der Wirtschaft dahingehend Druck auf die Regierung machen kann das nur gut sein). Wir werden uns genau ansehen wie ernst der Kinkel-Vorstoß ist. Bis jetzt ist nicht viel davon zu sehen((es folgt entsprechende Auflistung)). Das alles steht im krassen Widerspruch dazu daß sich auf Seiten des Staates wirklich eine andere Haltung durchzusetzen beginnt."

Gegen Ende folgt der jetzt von den Illegalen zitierte Satz.

Wo und nach welcher Opportunität hat Brigitte den Inhalt dieses Satzes verdreht, mit welchen Worten hat sie geschickt gespielt?
Es lässt sich nur folgern, die Methode Kritik und Selbstkritik und damit die Auseinandersetzung mit uns haben die Illegalen satt.

Brigittes Brief (vom 10.3.93) ist vorne in dieser Broschüre



Ein Brief von Birgit Hogefeld an Helmut Pohl zu dessen Erklärung

6.9.93

hallo helmut.

ich will dir v. a. zu deinem text in der *taz* vom 27. 8.[1] schreiben, das ist jetzt schon ein bißchen her, aber mit etwas abstand geht das wahrscheinlich sowieso besser.

die überlegung und entscheidung, schnell dieses ding „zusammenkommen für eine woche — ‚abschwören'" vom tisch zu zerren und zu sagen, was es ist, nämlich die verlängerung dieser „kinkel-initiative", die ja für sich genommen nie was *für* uns war, sondern das gegenteil, fand ich gut. dazu hättest du auch in meinem namen reden können und sicher in dem von allen, oder? auch der andere teil, um was es für uns geht: freiheit jetzt und bis dahin zl — damit ist es doch wahrscheinlich genauso.

daß ich über deinen text ansonsten nicht froh bin, kannst du dir sicher denken. dabei kommt für mich mehreres zusammen.

das erste, was ich auch jetzt noch nicht verstehen kann, ist, daß in diesem text, obwohl er ja die erste veröffentlichung von gefangenen nach wolfgangs tod ist, wolfgang — seine erschießung — in keinem wort auch nur erwähnt wird. sag nicht, daß es evas und ricos briefe bei der demo gegeben hat, denn das hat außer diesen wenigen leuten dort niemand mitbekommen, und genauso ist es mit dem gedicht, das du/ihr zu seiner beerdigung geschickt hattet. öffentlich in dem sinne, daß leute über „unser" enges spektrum raus einen text/brief/überlegungen mitkriegen, war nur das von dir/euch in der *taz*.

für alle, die diesem engen kreis nicht angehören, steht es jetzt so da, als hätte es wolfgang für dich/euch überhaupt nicht gegeben bzw. als hätte er in deinen augen nicht für dieselben ziele sein leben eingesetzt und gegeben, für die auch du kämpfst. ich kann mir nur schwer vorstellen, daß dir das nicht bewußt gewesen sein könnte und daß das natürlich in deinem text zusammenkommt mit diesem „neue raf-politik mit steinmetzsche einheit" — daß das ein tiefschlag ist, brauch ich dir sicher nicht zu erklären (das muß du in dem moment, wo du's geschrieben hast, so gewollt haben). weißt du, daß es momente geben kann, wo sich für einen bitterkeit und ärger vor alles andere schieben, ist zwar nicht besonders schön, aber das gibt's wahrscheinlich in unterschiedlicher ausprägung bei fast allen mal. nur, so einen brief wie den von dir zu schreiben, ist eine sache, ihn zu veröffentlichen, ist ne andere. ich habe mich öfter gefragt, ob du ihn nach dem schreiben und vor dem veröffentlichen noch mal mit abstand angeschaut hast — ich denke, daß es nicht so gewesen sein kann, denn dann hättest du sehen müssen, daß er in einem großen teil eine — aus meiner sicht zumindest — schiefe gewichtung hat. unabhängig von konkreter kritik (dazu komme ich später) zieht sich durch, daß du ausschließlich andere für die (wirklich ziemlich beschissene) situation, in der wir/die linke überhaupt stecken, verantwortlich machst. es ist ja durchaus vorstellbar, daß genau das deine sicht der dinge ist, aber selbst wenn, dann müßtest du doch trotzdem dahin wollen, daß du das mit inhaltlich konstruktiver kritik verändern und in eine „richtige" richtung bringen kannst.

aber wohin willst du mit einem text, bei dem für jede/n sichtbar im mittelpunkt angriffe gegen die in celle, die illegalen, dann diese „publikumsbeschimpfung" (wer ist da eigentlich gemeint?) stehn und daß du/ihr schon seit jahren die entwicklung, wie sie sich jetzt darstellt, habt kommen sehn? (das letzte war ja auch nicht besonders schwer, das haben doch viele so gesehn, das problem war/ist *nicht*, sie (nicht) kommen zu sehn, das problem ist, sie aufzuhalten). mit so einem text kannst du dich mit anderen ausschließlich in der abgrenzung treffen, auch wenn du das wahrscheinlich gar nicht willst.

anstatt inhaltlicher kritik kommst du viel mit (oft falschen) unterstellungen. dieses „frieden mit dem staat" und „schlußabwicklung unserer geschichte" verstehe ich als auf z. b. mich bezogen — das ist doch auch so gemeint, oder? ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll, denn grade das mit dem „frieden ..." — ich kann mir nicht vorstellen, daß du das ernst meinst.

ansonsten sehe ich die fragen, die du zu diskutieren wichtig findest, auch wenn's sehr allgemein gehalten ist, auch als die wesentlichen — daran müss(t)en wir *jetzt* die diskussion anfangen, anfangen uns zu streiten von mir aus, aber ohne unterstellungen und so, daß jede/r versucht, umfassend zu erklären, wie er/sie denkt, und daß wir uns bemühen, uns dabei gegenseitig zuzuhören. mal ehrlich, wie du jetzt in dem text z. b. „lösung" und „versöhnung" auch anderen gefangenen und mir und denen draußen unterstellst, das stimmt doch so nicht. es gab von der raf im letzten jahr keinen einzigen text, in dem der begriff „politische lösung" (auch wenn ich den mittlerweile nicht mehr benutzen würde, weil er in ner bestimmten weise besetzt ist) *ohne* den zusatz verwendet worden ist, daß jede politische entscheidung in einer für uns positiven richtung nie von selber kommt, sondern nur erkämpft werden kann. oder du sagst mir, wo du das gelesen/verstanden hast.

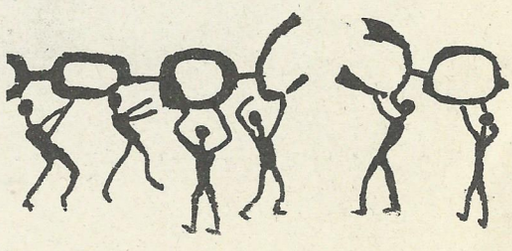
versteh mich nicht falsch, mir ist vollkommen klar, daß du und ich vieles unterschiedlich sehen, nur, ich bin mir sicher, daß weder du noch sonst wer das an diesen formeln wie: frieden-machen-wollen ... zu packen kriegen kann, weil die unterschiede und widersprüche einfach nicht die sind, die oft behauptet werden und zu abgrenzungen herhalten müssen, noch bevor und ohne daß eine inhaltliche auseinandersetzung daran stattgefunden hat. wenn wir uns dran machen, an den tatsächlich verschiedenen sichtweisen und unterschiedlichen vorstellungen zu diskutieren, können wir dadurch alle was gewinnen. nicht den konsens, daran glaube ich nicht, und darum geht's mir auch nicht — ich finde, daß wir auf der basis der kenntnis und akzeptanz von unterschieden viel zusammen machen können.

jetzt will ich doch noch ein anderes beispiel nennen. diese kritik (ich kann nichts wörtlich zitieren, weil ich hier fast noch nichts habe), daß die raf ihre internationalistische bestimmung aufgegeben hätte — du weißt schon, was ich meine, oder? dafür muß ja z. b. ein satz aus der erklärung vom april letzten jahres herhalten: „... rund um den globus ... auf sich selbst zurückgeworfen" — nur, dabei geht's nicht um die frage nach internationalistischer bestimmung der eigenen politik, sondern um den weg dahin (also den weg, hier zu einem kampf zu kommen, der das beinhaltet) — so geht dann auch dieser satz weiter. *diese* diskussion kann nicht unter der fragestellung, ob kämpfe, deren ziel die grundlegende umwälzung der herrschenden verhältnisse ist, internationalistisch sein müssen oder nicht, geführt werden (mein gott, *wer* sieht denn das heute, im ausgehenden 20sten jahrhundert, anders, kennst du jemanden? ich nicht.). da ist die fragestellung, die ich sehe, auch *„nur", wie* hier eine solche kraft aufgebaut werden kann, und dafür ist z. b. auch wichtig, welche erfahrungen wir/andere hier/sonst wo auf der welt gemacht haben (und auch dafür endlich eine tiefere analyse der situation/entwicklung) — also wirklich genug stoff und fragen, die wir uns vorknöpfen können.

und — machen wir das zusammen?

helmut, bis bald

1 Diese Erklärung von Helmut Pohl haben wir im *Angehörigen Info* 127 veröffentlicht.



Brief von Helmut Pohl an Birgit Hogefeld

Ich kann dir jetzt keine vollständige antwort auf deinen brief geben, will aber jedenfalls kurz schreiben, weil ich nicht schweigend nur andere antworten lassen will.

es ist jetzt ja noch mehr dazugekommen, karl-heinz, die raf, alles das kann ich nicht ausblenden, und in einem brief von mir an dich weiß ich nicht, wie das gehen soll.

und es ist ja auch so, was jetzt bei uns aufgebrochen ist, die auseinandersetzung, die jetzt losgehen „müßte", das interessiert doch jetzt keinen politischen menschen. mit den problemen, den fragen, um die es heute geht, hat das alles gar nichts zu tun.

natürlich, diejenigen, die in der gesamten entwicklung drinsteckten, die interessiert das schon, und da ist auch manches für das verständnis, was in dieser entwicklung schiefgelaufen ist, zu klären. aber das ist eine andere sache. in der öffentlichen auseinandersetzung ist es brotlos.

ich will mich jetzt erst einmal mit den anderen verständigen, was wir nach dem text der raf jetzt im nächsten schritt machen.

noch etwas vorher. wir sollten mal festhalten, von welchem punkt aus wir jetzt sprechen. immer von einem endpunkt aus, der schon da war und der jetzt offen geworden ist.

der partikulare versuch der celler ist gegen die wand gegangen, unser langjähriges gefangenenprojekt ist gescheitert, 23 jahre raf-geschichte scheinen zu ende zu sein.

das erspart vielleicht manche pseudodebatte.

ich habe deinen brief zum ersten mal zwei tage vor dem erscheinungstag des infos, in dem er abgedruckt war, gelesen. wir hatten da gerade die informationen über euren versuch, und ich saß wie perplex davor, daß du mir gleichzeitig, während ihr dabei seid zu versuchen, den coup im zweiten anlauf durchzubringen, diesen brief schreibst.

da hatte ich also doch den richtigen riecher bei der „spiegel"-eingeleiteten künstlichen diskussion über unsere angebliche forderung. jetzt, zu unseren öffentlichen texten, ist es doch gekommen, daß es auf euer seit mai laufendes ding abgestimmt war. aus celle kam damals schnell, von ihnen sei das nicht, sicher, niemand hatte diese forderung gestellt, und trotzdem zeigt sich da auch nur das ganze falsche schauspiel, denn natürlich hatte es eine menge miteinander zu tun, und die celler wußten ja bescheid, während wir nichts wußten bzw. nur ein gerücht hatten, nach dem die ganze sache nach reuter auch beendet war.

ihr stellt euch jetzt hin und sagt, es war was ganz anderes. „eruiert" sollte werden. „für alle". also, ich weiß nicht, was ihr euch dabei denkt, so krass außerhalb des wirklichen rahmens, der tatsächlichen situation, die eure initiative doch interpretiert — und nicht die wortgirlanden zu euren angeblichen absichten und gesinnungen, mit denen ihr sie behängt. von denen, wenn es wirklich klappt, nichts übrig bleibt, weil dann natürlich die regierung bestimmt, *was* läuft, und ihr gar nicht mehr anders könnt, als *das* zu machen und dann natürlich dann auch gemacht hättet, was sonst. nach den zwei jahren von einer abfuhr nach der anderen für die celler politik, in denen die schwelle für die freilassung jedesmal höher gesetzt wurde;

nachdem sie das nach dem bgh-beschluß — diesem wahren dokument des „realistischen wegs" (lutz), mit dessen produktion die celler diese bedingungen nun definitiv für jede/n andere/n gefangene/n gemacht haben, irmgard muß sich jetzt mit dem gutachter„problem" herumschlagen — noch mal, wenn nicht mehrfach beim bundesjustizministerium versucht hatten und eine abfuhr gekriegt hatten;

nach bad kleinen und kohls anschließendem auftritt — *konnte* es so, wie dann mit stroebele, reuter, bubis und allen, die stroebele noch angesprochen hat, auf einer qualitativ völlig anderen ebene als bisher angelegt war, gar nicht anders verstanden werden. und niemand, von stroebele angefangen bis zur regierung, *hat* es anders verstanden. was immer die lautsprecher auch erzählen. im nachhinein kriegt auch ein satz vom rheinland-pfälzischen justizminister cäsar in einem interview seinen sinn, der sich mit dem argument, jetzt hätten wir auch unsere „überzogenen forderungen vom anfang" aufgegeben, für diese selbstproduzierte idee eines zusammentreffens eingesetzt hat. denn er wird ja sicher einer der von stroebele angesprochenen gewesen sein.

das ist die wirklichkeit eures versuchs. vom inhalt noch gar nicht gesprochen.

und karl-heinz stellt sich hin und redet in bezug auf brigittes erklärung von „simulation einer wirklichkeit".

ich kann in dem vorwurf der raf, wir hätten doch selbst vor jahren so etwas versucht, nichts anderes als wieder diese beliebigkeit bei der raf und bei dir sehen, zu der andere jetzt in ihren antworten an anderen stellen auch geschrieben haben. ich muß erst noch rauskriegen, was in dem vorwurf gemeint ist, aber damals waren wir doch noch gar nicht weitergegangen, auch zusammen für uns selbst nicht, als wir am ende des hungerstreiks waren. „diskussion" und die richtung, in die wir wollen. und alle gespräche der anwälte bei den justizministerien gingen darum, doch noch bedingungen dafür zu erreichen. daß wir weitergehen müssen, wie es nach dem hs war, wie es für uns politisch war, was schließlich zu unserem drängen auf den schritt geführt hat, den die raf am 10.4.92 gemacht hat, das war zu der zeit gerade mal bei *uns* angesprochen, und wir kamen zu langsam zusammen weiter, vor allem, weil wir mit „illegalem infosystem" und kronzeugen und so weiter eingedeckt worden sind. es war noch gar nichts davon *da*, womit etwas, das für ihre retourkutsche taugen könnte, hätte stattfinden können. euer vorwurf hat gar keinen gegenstand.

aber „gespräche mit dem staat" sind „gespräche mit dem staat" bei euch, inhalt spielt keine rolle, die reale situationsgrundlage spielt keine rolle.

die anderen sprechen von beliebigkeit aus entpolitisierung, das hier ist eine variante von ihr, die ich gern „ideologisierung" nenne. als ginge es darum, „sich mit dem staat einzulassen" oder nicht.

aber der vorwurf ist sowieso ein schmarren, denn schließlich geht es bei eurem versuch jetzt, zu allem, was brigitte schon gesagt hat, um so absolut unmögliches für uns, wie in karl-heinz' so bezeichnetem „briefing" für stroebeles gespräche, in dem wirtschaftsbosse regelrecht angewichst werden, die politiker hätten doch nur den „bühnenmut" für die großen sprüche, sie, die wirtschaftsleute, wären es doch, die es trifft. da wird von tödlichen angriffen gesprochen, und es geht zu wie unter corps-brüdern!

ohne uns.

ich will zum schluß noch was zu wolfgang sagen. ich war völlig überrascht von deiner attacke, ich hätte in meiner erklärung nichts zu wolfgang gesagt, und das enthielte eine negative aussage oder haltung zu ihm. als ich deinen brief gelesen habe, wollte ich antworten, daß ich nicht glaube, daß es für viele, außer dir und einigen, „so dasteht". inzwischen ist das im selben mechanismus noch weiter ausgefahren bei der raf schon zu „dreck-über-wolfgang"-verbreiten geworden. nehme ich es zusammen mit der verbreiteten erregung über das „wie" meiner erklärung im august, scheint es doch ein starkes bedürfnis nach solchem stoff zu geben.

ich wollte einfach mit dem, um das es mir in dem text ging, nicht von wolfgang sprechen. es geht mir gegen jeden strich, einen toten genossen, und ich kannte ihn ja auch, in so einem zusammenhang auszustellen.

für dich scheint auch ein öffentlicher text ein rahmen für eine möglichst gelungene selbstdarstellung zu sein, für mich nicht.

ich will dir auch sagen, davon habe ich jetzt wirklich genug, es zieht sich von anfang an durch die letzten jahre nach dem hungerstreik, von gesinnungsterror lasse ich mich nicht jagen.

(Mitte November)

Aus einem Brief von Rico Prauss an Birgit Hogefeld, 28. 8. 93

ich kenne die „stellungnahme aus wiesbaden zu den ersten drei wochen nach bad kleinen und zum v-mann klaus steinmetz" erst seit ein paar tagen. sie lag lange in der zensur.

da ich bis jetzt weiter nichts gehört habe, und ich weiß, daß es nicht daran liegt, daß ich im knast bin, muß ich das ja als den stand nehmen.

und daraus ist eines völlig klar: niemand kann darauf warten, daß von dort irgendwas kommt.

sie sagen ja selbst, stellen fest — ohne vorstellung, das umzudrehen —, „... muß vorangestellt werden, daß wir hier von unseren eigenen strukturen her nur wenig auf funktionierende gruppenzusammenhänge zurückgreifen konnten." für die situation heißt das: sie sind zerschlagen, nicht in der lage, die auseinandersetzung so zu führen und zu verantworten, daß aus ihr eine befreiung aus der falschen politik, den falschen kriterien, den falschen beziehungen initiiert werden kann.

was nicht heißt, daß es einzelne nicht tun werden, weil revolutionäre organisierung ihre sache ist. aber für den moment wird von dort nichts kommen, es gibt nichts, das auf der höhe wäre, offensivpolitisch mit den ursachen zu brechen. ich will darüber — also über sie — gar nicht „herziehen", aber ich denke, daß man sich das einfach klarmachen muß, selbst verantwortung übernehmen muß.

zumal ich davon ausgehe — es hat halt in wiesbaden jetzt geknallt, aber das biotop dafür finden wir quer durchs land.

und es ist sowieso keine frage „der wiesbadener", weil die raf selbst die verantwortung trägt, es war auch ihre beziehung. das unterscheidet die sache von allen vorherigen spitzelgeschichten, die sich in der legalen scene abgespielt haben und immer abspielen werden.

ich denke inzwischen auch, man darf das so *überhaupt nicht* sagen: es ist der preis für „offene politik", das schreibt die fehler nur fort, verhindert, auf den grund der sache zu stoßen und zu überwinden.

man muß es eben auch trennen: gegenüber dem staat kann man das natürlich so sagen: das ist die gewaltsame antwort auf alles der letzten jahre, übel, gemein und so weiter — aber das ist banal.

im selbstverständnis der revolutionären bewegung oder dem, was eine initiieren und orientieren kann, vielleicht mal,

ist das ganze das ergebnis einer falschen politik, die faktisch die „rückkehr in die scene" betrieben hat, statt mit ihrer entpolitisierung und beliebigkeit zu brechen. und so rum ist es, ich sag das möglichst undramatisch, aber das ist die schärfe: existentiell.

für wolfgang war es das schon, für dich ist es so — aber es ist es für revolutionäre politik, für die raf überhaupt.

wenn sie das nicht radikal und überzeugend überwinden kann, bedeutet das die faktische auflösung. die muß niemand „erklären", das war schon 86/87 bei den militanten aus dem widerstand so. wer, außer ihnen selbst, hätte die verantwortung für eine klärung und praxis nach vorne übernehmen können. aus der gefangenschaft heraus war das gar nicht möglich, nur zum geringsten teil, aber sicher nicht, wenn kaum jemand sonst die identifizierung mit der eigenen politischen geschichte überhaupt noch akzeptiert — als ausgangspunkt.

durch die presse ging ja so eine nummer, „steinmetz wollte zwischen staat und raf vermitteln und ist vom geheimdienst gelinkt worden".

daran ist wahrscheinlich eine wahrheit, die erklärt, warum er zehn jahre mit der scene existieren konnte und schließlich sogar mit militanten: er hat faktisch genau das auch offen vertreten und ist damit politisch akzeptiert gewesen. natürlich nicht so direkt, daß er schon für ihn arbeitet,

aber: *inhaltlich*.

das paßt auch mit dem zusammen, was er laut deinem brief zu den kurdischen aktionen, die da gerade aktuell waren, sagt. er war also nicht der besonders verstellungs-begabte superagent, sondern einfach er selbst.

weil darum geht es ja gar nicht — ob man die aktionen der kurden (um das an dem beispiel zu sagen) „gut" findet. es geht um eine haltung, die nicht einmal auf die idee kommt, welche verantwortung die deutsche linke trägt. wie das zusammenhängt, daß dort eine der härtesten offensiven des türkischen militärs überhaupt läuft, und die deutsche linke kommentiert das bloß — wenn überhaupt —,

weil widersprüche dieser art gar nicht mehr diskutiert werden. und sie müßten es ja auch nur, wenn das ziel, der inhalt der beziehungen wäre, etwas zu bewegen. zumindest die vorstellung.

nein, die wahrheit ist, daß so wenig miteinander geredet wird und es in wirklichkeit so wenig um „gegenmacht von unten" geht, daß das alles gar nicht mehr auffällt.

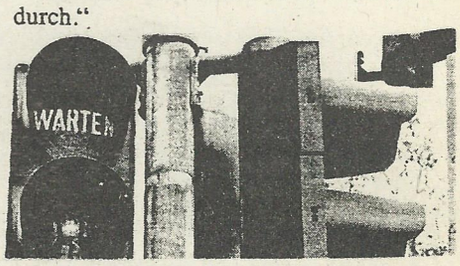
ich möchte nicht wissen, wieviele „bundesweite treffen" sich in dieser beliebigkeit wiederfinden können. es sind nicht „die wiesbadener".

das alles hat ja gar nichts mit „offener" oder „nicht-offener politik" zu tun, sondern weil man sich nicht mehr zielen und inhalten identifizieren muß und sich darin klärt, mit welchen widersprüchen (untereinander) man leben kann und welche eben ... schlimmstenfalls tödlich sind.

stattdessen diese parolen-scheiße vom „widersprüche akzeptieren", ohne daß klar wäre, *welche*. als hörte diese anstrengung (und: spannung) irgendwann mal auf.

es ist wirklich eine ironie der geschichte, ich glaube, es war sogar auf einer veranstaltung in wiesbaden mit fernandez huidobro, dem nato, dem tupa 90 oder 91. er kritisierte die desorganisation der militanten, die organisationsfeindlichkeit, die qualität der politischen diskussion.

darauf sagt jemand von hier: „der staatsschutz blickt bei uns sowieso nicht durch."



ich glaube, es wird sich wenig in den technischen details finden lassen, den chronologischen geschichten, und darum braucht niemand drauf zu warten.

mir hat die stellungnahme aus wiesbaden wenig gebracht, außer dieser klarheit. das hat auch wenig mit „wir brauchen mehr zeit" zu tun.

— niemand verlangt nach 3 wochen die umfassende und in die tiefe aller dimensionen gehende aufklärung. aber sie reden in dem ding, als hätten sie nicht mal eine ahnung davon.

und haben gar keine zeit dazu, es nicht zur sache aller zu machen, während der staatsschutz schon längst in der nächsten stufe walzt

— aus allem zum angriff zu kommen, die neuen urteils-haftbefehls-schemas stehen schon, wir werden die nächsten zehn jahre mit konstruktionen aus dem schließfach in wismar beglückt werden.

aber vor allem kein wort dazu, warum jemand (aktiv) solidarisch sein sollte — aus mitleid oder was?

also eben kein wort dazu, was der staat da überhaupt wie angegriffen hat. also warum soll das verteidigt werden. als wäre das — stillschweigend — teil des „spiels". der staat jagt halt die illegalen, und diesmal war er eben besser ...

aber da schließt sich auch der kreis, der ja bei den ursachen wieder landet. es wird denjenigen nur wenig helfen, die jetzt ins visier des staates geraten sind. daraus gibt es höchstens eine „die-tatsachen-öffentlich-machen"-geschichte, zu der wie selbstverständlich gehört, daß jemand im knast, im prozeß oder ... tot ist.

jedenfalls ist das für mich der rahmen, in dem ich mir eine klärung, einen bruch mit den ursachen vorstelle. und er ist der entscheidende, der nicht in einer „untersuchungskommission der umstände von wolfgangs tod" angepackt werden wird. das ergebnis *ist* ja bekannt: wolfgang ist tot.

STELLUNGNAHME der TÜBINGER "INITIATIVE für die ZUSAMMENLEGUNG der POLITISCHEN GEFANGENEN – JETZT

Eine / Methode / die / in / dieser / Gesellschaft / Erfolge / aufweisen / kann / zwingt / uns / an / ihr / zu / zweifeln

aber / eine / Methode / mit / der / man / Schiffbruch / erleidet / muß / deshalb / noch / nicht / die / richtige / sein

(Erich Fried)

Stellungnahme der "Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der Politischen Gefangenen – jetzt" zu den Auseinandersetzungen unter Gefangenen aus der RAF sowie der RAF selbst, wie sie in den Erklärungen vom 28.10.93 (Brigitte Mohnhaupt in der FR), 1.11.93 (Karl-Heinz Dellwo in der taz) und 6.11.93 (RAF in der FR) zum Ausdruck kommen.

Warum wir diese Stellungnahme veröffentlichen:
Wenn die nun aufgebrochene Auseinandersetzung ein Gutes hat, dann dies: Entweder möglichst viele tragen eigenständig etwas zu einem Klärungsprozeß bei, oder die Kontroverse wird unproduktiv im Raum stehen bleiben, mit all den Folgen wie Spaltung und Zersetzung. Wir glauben nicht, daß eine einzelne Stellungnahme wie die unsere dazu führen könnte, daß alle sagen: ja, genau darum geht es. Texte mit dem Untertitel "Wir sagen, wie's wirklich ist" sind schon zu viele geschrieben worden. Die Probleme genau zu fassen zu bekommen, braucht sicher einige Zeit; sich zwischenzeitlich den diffus sichtbaren Linien einfach anzuschließen, ist sicher der unproduktivste Weg. Gleiches gilt für die Einnahme einer VermittlerInnenrolle.
Anlaß unseres Schreibens ist einerseits die Forderung an alle Beteiligten, Positionen klarer herauszuarbeiten und aufzuhören, die menschliche Enttäuschung in den Mittelpunkt zu stellen; andererseits möchten wir nochmal einige Kritikpunkte formulieren, die schon länger, allerdings offensichtlich folgenlos, in der Diskussion sind.

SOLIDARITÄT BRAUCHT GRUNDLAGEN ...

Das Resultat dessen, "was unter den Gefangenen (und der Guerilla, Anm.) läuft, ist, daß die Gesellschaft mit einem weiteren sektiererischen Zerfallsprozeß gelangweilt wird" (Karl-Heinz Dellwo in einem Brief an Brigitte Mohnhaupt, taz 1.11.93). Stünde das so fest, könnten wir uns unsere Stellungnahme sparen, aber der Satz hat doch einen wahren Kern: Spätestens mit dem "Abrechnungstext" der Guerilla (FR, 6.11.93) hat die offensichtlich notwendig gewordene Auseinandersetzung unter den Gefangenen und zwischen Gefangenen und Guerilla ein Niveau erreicht, das ebenso abstoßend wie unproduktiv ist. Die Auseinandersetzung wird zwar öffentlich ausgetragen, aber ohne großes Bemühen, die Streitpunkte in ihren Ursachen durchsichtig zu machen; zumindest für all diejenigen, die die Sache der politischen Gefangenen und die Suche nach Mitteln und Wegen für den Umwälzungsprozeß als Bestandteil ihrer politischen Arbeit ansehen. Abgrenzungen und gegenseitige Anwürfe ziehen sich durch die Texte durch. Fakten sind mindestens teilweise umstritten (z.B. war VS-Benz beteiligt oder nicht?). Die politischen Positionen und die aus ihnen folgenden unterschiedlichen Vorstellungen von einen politischen Prozeß werden kaum entwickelt oder müssen mühsam aus gefühlüberladenen Abgrenzungen herausgeschält und -interpretiert werden.
Das ist für alle, die sich in ihrem Denken und Handeln in einem kritisch-solidarischen Verhältnis mit Gefangenen und Guerilla verstehen, schwer zu ertragen.

Leute, die zu jung oder zu "neu" sind, um Erfahrungen aus den letzten Jahren heranziehen zu können, können vor dieser Diskussion nur kapitulieren und sich abwenden.

Wenn die nun aufgebrochene Auseinandersetzung nicht nur im Debakel enden, sondern auch Lern- und Klärungsprozesse ermöglichen soll, dann kann es aber auch nicht sein, daß Gruppen und Personen hier draußen je nach politischer Nähe bzw. Distanz Solidarität mit politischen Gefangenen aufkündigen bzw. aufrechterhalten. Von der Folter betroffen sind nach wie vor alle. Sollte allein der politische Dissens die Trennungslinie (politische Gefangene bzw. radikale Linke auf der einen, die Herrschenden und ihr Repressionsapparat auf der anderen Seite) verschwimmen lassen, dann sagt das Schlimmes über den Zustand der Linken aus.
Unsere Solidarität gehört nach wie vor allen politischen Gefangenen. Allerdings hat diese Solidarität auch Grenzen, dann nämlich, wenn die allgemeinsten Grundlagen dafür verlassen oder gar nicht erst ernstgenommen werden.
Was sich diesbezüglich Karl-Heinz Dellwo gegenüber den Gießener Feministinnen erlaubt hat (ihre Kritik (nachzulesen in der INTERIM Nr. 229 vom 25.2.93) u.a. einfach dadurch abzubügeln, daß sie damit eine "Irrenhausathmosphäre inszenierten" (nachzulesen in AUSBRUCH Nr. 43, Juni 1993)) hat eigentlich die Grenze schon überschritten. Dabei gehts nicht so sehr um die bloße Wortwahl oder das Abwürgen von Kritik, sondern um das (bewußte oder unbewußte) Reproduzieren von patriarchalen Gewalt- und Herrschaftsstrukturen in der linken Diskussion.
Auch die RAF hat ihr Schreiben mit einem Seitenhieb auf die vermutlich Gießenerinnen geschmückt (es sei sogar behauptet worden, "die RAF sei mit der Zurückstellung des bewaffneten Kampfes verantwortlich für die steigende Zahl von Vergewaltigungen"). Wer zu verstehen sich nicht bemüht, kann das aus dem Text (nachzulesen in der INTERIM Nr. 229 vom 25.2.93) so herausholen. Der Geist dieser Anmerkung geht aber in dieselbe Richtung wie oben: "Seht her, welche, die sowas behaupten, müssen doch durchgeknallt sein." Das spezifische Verhältnis, aus dem die Gießenerinnen als Feministinnen ihre Kritik formulieren – zu der wir selbst Widersprüche haben –, wird in ein pathologisches Licht gerückt.
Daß das nun in abgewandelter Form zum zweitenmal kommt, zeigt auch, daß keinerlei Reflexion stattgefunden hat. Wenn Selbstkritik für die Angesprochenen mehr als eine abstrakte Forderung gegenüber anderen sein soll, dann fordern wir sie an diesem Punkt ein, und zwar öffentlich!

Seit dem Hungerstreik 1989 haben wir als Gruppe dafür gearbeitet, daß die Forderungen der politischen Gefangenen nicht nur aus der Ablehnung gegenüber der Isolationshaft als Folter, sondern auch aus einem politischen Verhältnis zu den Gefangenen und zum Kampf um Befreiung insgesamt getragen werden. Um dahin zu kommen, daß –

in einem ersten Schritt – verschiedene Gruppen und Spektren der Linken sich politisch aufeinander beziehen können (u.a. in der Frage der politischen Gefangenen), wollen wir bis heute die Auseinandersetzung über Politikverständnis, aktuelle politische Positionen, Herangehensweisen und Strategievorstellungen. Und die kritische Reflexion der jeweils eigenen Praxis. Dies als Schritte auf dem Weg zur Erarbeitung gemeinsamer Kriterien, auf deren Boden verschiedene Praxisformen und inhaltliche Schwerpunkte entwickelt werden und zusammenwirken können.
Im gleichen Zeitraum haben das Ende der bipolaren Welt und die Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte in den Metropolen die Bedingungen

für jede Form linker Politik nachhaltig verändert. Sowohl die Gefangenen als auch die Guerilla haben zurecht nicht einfach an alten Herangehensweisen und Vorstellungen vom politischen Prozeß festgehalten. Die Vermittlung der Veränderungen, die zugegebenermaßen in ihrer Unabgeschlossenheit schwierig ist, war letztlich aber unzureichend. Auch blieben mögliche Konsequenzen unklar. (Dies war Anlaß für unser Schreiben im Dezember 91 an die Celler Gefangenen, was heute (unzutreffend) sogar als Beginn der "Liniendiskussion" bezeichnet wird). Vieles von dem, was seither in Bewegung gekommen ist, ist mehr als verschwommen. Im Wunsch, das "Neue herauszufinden" und "sich zu bewegen", purzeln die politischen Kriterien. Viel zu wenig wurden und werden Standpunkte formuliert, in Auseinandersetzung mit anderen und vor allem mit früher selbst vertretenen. Das betrifft natürlich die gesamte Linke, am meisten aber diejenigen, die einmal (wie die RAF z.B. im Frontkonzept) von einer zumindest skizzierten Strategie ausgegangen sind. (Lesenswert in diesem Zusammenhang die Kritik von Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker "über das Schleifen von Messerrücken").
Besonders in einer solchen Phase ist es keineswegs nutzlos und von vornherein "ideologisch", sich über und anhand von politischen Begrifflichkeiten auseinanderzusetzen. Befreiungskampf in den Metropolen ohne die bewußte Auseinandersetzung mit den drei Unterdrückungs- und Gewaltverhältnissen Rassismus, Sexismus, Kapitalismus/Imperialismus, ihrem Zusammenwirken und ihren Auswirkungen auf alle, auch die Kämpfenden hier, ist schlicht undenkbar. Diese Auseinandersetzung, so schwach entwickelt sie in der radikalen Linken auch ist, muß sich niederschlagen in der alltäglichen politischen Arbeit und muß Eingang finden in die Entwicklung politischer Strategievorstellungen.
Hier setzt unsere allgemeine Kritik an: In all den Erklärungen und Texten der letzten Jahre, sowohl von den Gefangenen als auch von der RAF, finden wir keinen ausgearbeiteten Bezug auf diese Auseinandersetzung. Jahrelang haben Frauen die Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen und Gewaltverhältnissen eingefordert, speziell von linken Männern; auch darauf ist uns kein positiver Bezug bekannt (negative, wie im Beispiel oben, leider schon).

Darin liegt immer auch ein Nichternstnehmen von Bewegungen hier draußen und ihrer politischen Arbeit. Die RAF möchte sich zum Beispiel auf die Basisbewegungen draußen beziehen und "vergißt" sogar in der reinen Aufzählung wie zufällig eine der zeitweise stärksten der letzten Jahre: die Frauenbewegung. Solches oder Ähnliches trägt dazu bei, daß viele eben ZuschauerInnen bleiben, die bei Weiterstadt zwar applaudieren, die Auseinandersetzung um gemeinsame Weiterentwicklungsmöglichkeiten aber nicht als ihre Sache ansehen (können).
Auch finden wir es unverständlich, warum all die Diskussions- und Kritikpapiere z.B. der GenossInnen von Action Directe, von Wotta Sitta, von Grapo/PCE(r), von nicht das kleinste Echo hervorgerufen haben. Das hat etwas von Arroganz, als ob die formulierten Positionen es nicht wert wären, diskutiert zu werden. Auch auf Kritik, die politische Gruppen hier draußen in Diskussionspapieren an der Erklärung der RAF vom 10.4.92 (nachzulesen in der FR vom 15.4.92) formuliert haben, wird kaum Bezug genommen; oder wenn, dann gibt es die Tendenz, die politisch schwächsten Argumente und Passagen herauszugreifen, um die Papiere insgesamt zu "verreißen". Eine sorgfältige und offene Auseinandersetzung stellen wir uns so nicht vor.

Und in diesem Zusammenhang noch ein Letztes: Hört auf damit, Kritik an euch abzublocken, indem ihr auf die Schärfe der Konfrontation verweist, in der ihr euch - tatsächlich oder auch nur vermeintlich im Unterschied zu anderen - befindet. Der Verweis darauf, daß ihr als Militante aus der RAF ja bewaffnet kämpft unter Einsatz eures Lebens (und andere dies nicht tun) oder daß ihr als Gefangene aus der RAF etwas habt, wovon ihr abschwören könnt (andere aber nicht), hat Wirkung. Es würgt das Formulieren von Kritik ab und es erzeugt Mißtrauen, daß ihr das Diskussionsangebot an "alle, die auf der Suche sind..." nicht auf der Basis von Gleichberechtigung gemacht haben könntet.

Im zweiten Teil unserer Stellungnahme möchten wir versuchen, die unterschiedlichen Positionen, soweit wir sie verstanden haben, zusammenzufassen und Fragen bzw. Kritik daran zu formulieren.
Zunächstmal finden wir es klärungsbedürftig, was die wirklichen Fakten sind, auch wenn die Gesamtinterpretation des Geschehenen davon unberührt bleiben sollte. War "Benz" (ein Verfassungsschutzbeamter, der sozusagen Kontaktman für "aussteigewillige" Illegale ist) mit Wissen der Celler Gefangenen eingeschaltet, gab es ein Verhandlungsangebot, worin bestand es, besteht es noch, gab es nur deshalb keine Verhandlungen, weil das Angebot staatlicherseits ausgeschlagen wurde? Diese Fragen können nur von den Betroffenen geklärt werden.
Die offenbar seit Jahren bestehenden politischen Differenzen innerhalb des Gefangenenkollektivs können und wollen wir nicht kommentieren, weil wir darin keinen Einblick haben. Auch da ist es Sache der Betroffenen, Stellung zu beziehen.

DIE POSITION VON KARL-HEINZ DELLWO (IM NAMEN DER CELLER GEFANGENEN)

Aus der Überlegung, daß "wir alleine auflaufen werden" gegen die Verantwortlichen in Politik und Staatsapparat und um Bewegung in die Gefangenenfrage zu bringen, sei es ihnen bei ihrer Initiative darum gegangen, eine "dritte Position" zu gründen. Diese dritte Position sollte Druck machen in den Reihen der Gegenseite, nicht aufgrund einer Nähe zu den politischen Zielen der Gefangenen, sondern im Namen der Vernunft.

Die Sackgasse, in der die Gefangenen stecken, sowie das Ende einer historischen Phase und damit der alten Konzeption RAF kommen zusammen mit der gesellschaftlichen Defensive der Linken. Es sei daher illusorisch zu glauben, man/frau könne dem Staat Haltungen aufzwingen, die man/frau ihm auch in offensiven Phasen niemals aufzuzwingen in der Lage war. Für eine Freilassungskampagne fehle die Kraft und für eine gesamtgesellschaftliche "Umkehrung" an der Gefangenenfrage fehlten sowohl objektive als auch subjektive Grundlagen. Angesichts der Aussichtslosigkeit wendeten sich die Leute von diesem Kampf ab.

Eine Lösung für die Gefangenen allein sei darüberhinaus weder politisch noch moralisch legitimiert, weil die politischen Bestimmungen der 70er und 80er Jahre an Grenzen gekommen sind und nicht einfach fortgeschrieben werden können. An der Frage der Gefangenen lasse sich auch politisch nichts Neues mehr gewinnen.

Aufgrund all dieser Probleme gehe es um eine Gesamtlösung, also um eine Verknüpfung der Zukunft von Gefangenen und Guerilla.

Daran haben wir folgende Fragen:
- Wir haben euch bisher so verstanden, daß ihr die politische Bestimmung und Praxis der Guerilla aus den 70er und 80er Jahren heute, nach dem weltweiten Umbruch, aus politischen Gründen für nicht mehr weiterführbar/weiterführend haltet. Wenn Ströbele (nach euren Vorstellungen) darauf hinweisen sollte (gerade gegenüber Reuter), "daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch

zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch alleine die Verantwortung hat", so liegt darin ja die Drohung, daß die Eskalation wiederkehren kann. Die hat die RAF ja aber zurückgenommen aufgrund der "politischen Grenze", an die sie mit ihrem Konzept gestoßen ist; und diese Grenze ist noch nicht überwunden. Darin sehen wir einen nicht auflösbaren Widerspruch. Wie seht ihr das?

- Bedeutet eure Position nicht letztlich, daß sich der Part der Bewegung draußen darauf reduziert, der Folter entgegenzutreten und auf die Konvention zu bestehen, daß bei Beendigung einer Konfrontation die Gefangenen ausgetauscht/freigelassen werden?

Eine solche "Abschlußforderung" läßt sich mit den Verhältnissen draußen praktisch so gut wie gar nicht verbinden, wo die meisten in ihrem Alltag die Konfrontation an allen Ecken viel schärfer erleben, sich emotional viel stärker entgegenstemmen müssen als vor dem "Umbruch". Politische Beziehungen können so kaum entstehen und wachsen. Ist euch das so bewußt?

Wir haben euch, auch in anderen Texten, weiterhin so verstanden: Ihr seht in den alten und den gegenwärtigen politischen Bestimmungen und Herangehensweisen wenig Anknüpfungspunkte für Neues. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Prozesse sei durch die alten Denkmuster ideologisch eingeschränkt, die Potentiale für einen neuen Gesellschaftsentwurf blieben so dem Blick der Linken verborgen. Resultat sei eine Widerstandshaltung, die auf die bloße Negation hinauslaufe. Deshalb wollt ihr zurück auf das "Vorpolitische", das Soziale, aus dem dann - wie Mitte der 60er Jahre - die Kräfte und "Mentalitäten" erwachsen, die einen neuen Aufbruch tragen. Deshalb muß das Alte abgeschlossen werden, deshalb heute die Gesamtlösung, die die historische Ausprägung von Systemopposition beseitigt und [illegible] für das Neue schafft (und die Freiheit der politischen Gefangenen).
Wir finden das abstrakt und abgehoben. Es gibt für uns auf jeden Fall Positionen, die gehalten werden müssen und können (Positionen, die wir in unserem Abschnitt "Solidarität braucht Grundlagen" skizziert haben); auf das Soziale sind wir in jedem Fall zurückgeworfen, es ist nur die Frage, ob kriterienlos oder mit bewußt und kollektiv erarbeiteten und aufrechterhaltenen Kriterien. Und: Eine Konfrontationslinie halten (z.B. im Bezug auf den Umgang mit den Verantwortlichen in Staat und Politik) ist nicht mit mangelnder Beweglichkeit oder gar Starrsinn gleichzusetzen. Wenn GegnerInnen der bestehenden (Herrschafts-) Verhältnisse sich auf die Logik dieser Verhältnisse beziehen, nicht, um sie zu durchbrechen und eine Entwicklung über sie hinauszutreiben, sondern um unter den von ihnen gesetzten Spielregeln (zumindest vorläufig) ihre eigenen Ziele zu verfolgen, dann heißt das zumindest, gemachte Erfahrungen kaum mehr greifbar vermitteln und weitergeben zu können sowie kritische Kontinuität und die eigene Integrität zur Disposition zu stellen (vorsichtig formuliert). GegnerInnenschaft kann nicht einmal herausgestellt und ein andermal zurückgestellt werden, wenn die Glaubwürdigkeit nicht verloren gehen soll. Genau mit diesen Problemen haben wir hier draußen aber zu kämpfen: die politischen und sozialen Zusammenhänge sind überwiegend kurzlebig, Menschen stellen ihre GegnerInnenschaft schnell auch wieder zurück, unsere Geschichte ist so auf viele Individuen verteilt und schwer aufarbeitbar und weiterzuentwickeln.

Wir stimmen euch zu: Niemand kann, wenn es um "Neues" geht (wir würden sagen um einen neuen Anlauf auf weiterentwickelten Grundlagen), einfach der oder die Alte bleiben. Aber die eigene Veränderung findet nicht im luftleeren Raum statt, niemand kann sagen:"ich halte den Bruch", ohne daß er irgendwo praktisch würde. Das macht sich nicht nur an den gewählten Mitteln fest, sondern auch an der Haltung, mit der für politische Inhalte und Ziele gekämpft wird.

Schließlich noch eine letzte Frage: Wir denken, daß die Erklärungen der Guerilla und von Irmgard im Namen aller Gefangenen im April 1992 objektiv nur im Verhältnis zur KGT - Initiative und in dem von ihr gesteckten politischen Rahmen gewirkt haben. Natürlich wäre es unsinnig zu sagen, auf eine solche Initiative sollte dann - wenn sie schon einer eigenen zuvorkommt - besser erst gar nicht reagiert werden. Aber stimmt ihr uns nicht zu, daß die politische Situation 1990 (wo Gefangene offenbar von der Guerilla eine Rücknahmeerklärung erwartet/erhofft hatten) und die 1992 nach Kinkels "Vorstoß" sich deutlich voneinander unterscheiden und daß dies Einfluß auf die Wirkungsrichtung und die politische Dynamik der eigenen Initiative haben kann/hat?

DIE POSITION DER GUERILLA

Die alte Bestimmung der Funktion der Guerilla ist durch die weltweiten Umbrüche nicht aufrechtzuerhalten. Ihr Kampf habe darüberhinaus keine Anziehungskraft mehr. Spektakuläre Aktionen allein können nicht länger hinwegtäuschen über fehlende Wirkungsmöglichkeiten in die Gesellschaft hinein. Rücknahme der Eskalation soll die Neubestimmung revolutionärer Politik und gleichzeitig die Freiheit der politischen Gefangenen ermöglichen. Sie seien nicht einverstanden gewesen mit Überlegungen von Gefangenen (z.B. Helmut Pohl) 1990, sich "einfach zurückzuziehen", um den Kampf um Freiheit und damit auch um neue politische Ansätze ganz an die Gefangenen und an die aufzubauende Bewegung draußen abzugeben, und zwar "mit offenem Ende". Dagegen seien sie immer davon ausgegangen, daß Neubestimmung und Freiheit nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden können.
Allerdings seien sie offen gewesen für jeden Transformationsgedanken analog der Neubestimmung revolutionärer Politik, "die wir zusammen herausgefunden hätten". Entsprechend sähen sie es nicht als ihre Verantwortung an, "die RAF bis ins nächste Jahrtausend zu retten", eine Aufgabe der Option des bewaffneten Kampfes bedeute dies jedoch keinesfalls.

Unsere Fragen:
Wir fänden es eine politische Katastrophe, wenn ihr euch tatsächlich die Rückkehr zu tödlichen Angriffen auf Repräsentanten des Sytems vorstellen könntet mit der Begründung, daß sich in der Gefangenenfrage endgültig nichts auf eine Lösung hin bewegt habe. Ist das für euch tatsächlich eine Option? Haben wir euch da richtig verstanden?

Die Bedeutung des Angriffes auf das Gefängnis in Weiterstadt lag für uns nicht nur darin, daß "ein Projekt, das für den staatlichen Rassismus und die wissenschaftliche Zerstörung der menschlichen Identität steht", zum Einsturz gebracht wurde. Weiterstadt hat für uns auch Möglichkeiten angedeutet, wie sich ein dialektisches Zusammenwirken von einem langen und öffentlich geführten politischen Kampf (den es gegen den weiterstädter Knast gegeben hat) und einer praktischen Intervention mit den Mitteln der Guerilla entfalten kann. Jetzt sieht es für uns aber so aus, daß die Möglichkeit einer Gesamtlösung Gefangene/RAF (was ja wohl die Auflösung der Guerilla bedeuten würde) von euch sozusagen parallel dazu nicht ausgeschlossen wird und daß ihr Weiterstadt möglicherweise auch als Druckmittel in diese Richtung bestimmt habt. Aus ein und demselben zwei grundverschiedene Konsequenzen?

Wir denken, daß es ein Fehler war, einen langwierigen Prozeß, nämlich die Neubestimmung revolutionärer Politik, zu verknüpfen mit der Sache der politischen Gefangenen, in der erklärtermaßen die Zeit drängt und möglichst schnell "Lösungen" gefunden werden müssen. Wir meinen, daß hier euer Konflikt liegt: Als Guerilla eine neue Bestimmung zu suchen, gleichzeitig aber in den Kampf um Befreiung der politischen Gefangenen praktisch eingreifen zu wollen. Das führt dazu, daß der Staatsapparat bei anhaltenden Angriffen der Guerilla und der Schwäche der Linken insgesamt die Gefangenen als Geiseln gegen euch bzw. eine gesamte politische Entwicklung benutzt. Oder aber es muß das Angebot geben, Angriffe im Gegenzug zu Bewegung in der Gefangenenfrage ganz einzustellen, also auch die RAF als Organisation aufzulösen.
In dem Widerspruch ist es unmöglich, sich zu bewegen. Entweder ihr löst euch von der Geiselfunktion der Gefangenen gegen euch (wie von einigen Gefangenen gefordert) oder ihr werdet auf eine Organisation zur Befreiung "ihrer" Gefangenen reduziert.
Wie seht ihr das?

Daran anschließend dieselbe Frage wie an die Celler Gefangenen:
Seht ihr wirklich keinen Unterschied darin, ob die Initiative für die Rücknahme der Eskalation 1990 (kurz nach der letzten großen Mobilisierung für die Zusammenlegung) von euch ausgeht und nicht scheinbar vom Staat mit dem Gerede von "Versöhnung" 1992, so daß eure Initiative nur noch als Antwort darauf erscheinen kann? Aus einem weiteren Grund denken wir, daß es nicht richtig ist, eure Vorstellung mit der von einigen Gefangenen gleichzusetzen: Die Perspektiven, die damit verknüpft waren, sind andere.

Ihr schreibt in eurer Erklärung (6.11.93 in der FR) "wir waren offen für jeden Transformationsgedanken..., die wir zusammen herausgefunden hätten."
Ihr redet in der Vergangenheit. Was ist für euch vorbei und was kommt für euch jetzt? Welches Tempo hattet ihr euch für den von euch anvisierten Prozeß vorgestellt?

DIE POSITION DER GEFANGENEN, FÜR DIE BRIGITTE MOHNHAUPT GESPROCHEN HAT

"...die Grundlagen unserer Politik (wurden) weggekippt". Der RAF und den Cellern gehe es um Abwicklung der RAF und der Geschichte der Gefangenen aus der RAF, wenn nötig, auch hinter dem Rücken der übrigen Gefangenen. Die politische Aufgabe der RAF werde angeboten, um im Gegenzug die Freilassung der Gefangenen zu erreichen. Die Guerilla habe jede eigenständige strategische Bestimmung aufgegeben. Aus der "Zäsur" sei nicht die Öffnung für die Neubestimmung, sondern der Schritt in die Anpassung und Entpolitisierung hervorgegangen.

So wenig transparent und politisch nachvollziehbar eure Auseinandersetzungen um Widersprüche zu den Cellern und der Guerilla waren, so glatt habt ihr jetzt den politischen Bruch formuliert.
Wir gehen davon aus, daß das in der Glattheit für euch so nicht stimmt, sondern daß sich das für jede/n einzelne/n von euch besonders aus den letzten 5 Jahren und einer eigenen Geschichte unterschiedlich entwickelt hat. Vermittelt doch mal, wie das in der Verschiedenheit für euch ist. Von den Entwicklungen und Positionen der Celler haben wir viel mehr verstanden.
Brigittes Darstellung der Ereignisse suggeriert, als hätten die Beteiligten (die Celler, die RAF, Birgit Hogefeld, Christian Ströbele) aus ein und derselben politischen Motivation gehandelt. Diese Art der Darstellung nimmt die unterschiedlichen politischen Vorstellungen nicht wahr.

Unsere Fragen:

- Ihr habt in Briefen oft selbst von einem Einschnitt geredet (z.B. in dem von Irmgard Möller, der positiv auf die Rücknahmeerklärung der RAF Bezug nahm). Was ihr damit verbunden habt, blieb aber inhaltlich für uns immer unklar. Was heißt Zäsur für euch?
Ihr habt auch immer wieder geschrieben, daß das "Projekt der Gefangenen seit 88" nicht richtig verstanden werde/worden sei.
Offensichtlich war auch die Vermittlung ungenügend, sonst wären die Unterschiede/Gemeinsamkeiten politisch nicht so schwer auf den Punkt zu bringen (z.B.: Mit der Rücknahme der Eskalation 1990 wäre dieselbe Perspektive verbunden gewesen wie mit der Rücknahme im April 1992).
- Wir finden es legitim und richtig, wenn ihr euch gegen Positionen und Herangehensweisen abgrenzt, die ihr für falsch haltet. Aber Abgrenzungen allein könnens auch nicht sein. Uns fehlt einfach die öffentlich zur Diskussion gestellte Aufarbeitung eurer eigenen Geschichte, die Bewertung eurer Erfahrungen, die Selbstkritik aufgrund der Sicht, die heute auf vorhergehende Kampfabschnitte möglich ist. Beiträge in diese Richtung sind uns bisher nur von den Gefangenen in Celle und Gefangenen aus dem Widerstand wie z.B. Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker bekannt.
Darüberhinaus gab es auch von eurer Seite aus - soweit uns bekannt - kaum ausgearbeitete Antworten oder Bezugnahmen auf Diskussionspapiere und Auseinandersetzungen draußen. Es ist klar, daß das unter euren Bedingungen im Knast schwierig ist, zumal, wenn nicht jede(r) einzeln für sich nur reden möchte.
Die jetzt eingetretene Situation verlangt aber umso dringender eine umfassende Auseinandersetzung - hoffentlich unter der Beteiligung vieler.

Zum Abschluß des zweiten Teils nochmal zurück zu unserem Ausgangspunkt:
Solidarität braucht Grundlagen. Wir möchten uns nicht länger damit abfinden, daß Kritik und Fragen oft genug unbeantwortet und Stellungnahmen und Diskussionspapiere (bzw. ihre VerfasserInnen) nicht wirklich ernstgenommen werden. Oder daß konsequenzlos Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in unseren Diskussionen reproduziert werden. Die einfachsten Grundsätze gegenseitiger menschlicher Achtung sollten zumindest garantiert sein.

ORIENTIERUNGEN FÜR UNSERE ARBEIT

Im letzten (und angesichts der Situation seit mindestens zwei Jahren auch dem schwächsten) Teil unseres Papiers möchten wir kurz skizzieren, was wir - so grob und unfertig das heute ist - als Grundlagen für unsere weitere Arbeit betrachten.

Solidarität mit den politischen Gefangenen und die Arbeit für ihre Forderungen gründen sich für uns nicht auf ein reines Unterstützungsverhältnis. Die politischen Wurzeln unseres Zusammenhangs liegen in den Jahren 1988 und 1989; ein Aspekt war die rechtliche Ausweitung des § 129a und dessen Anwendung gegen ein politisch sehr viel breiteres Spektrum. Für viele von uns waren die Staatsschutzprozesse gegen GenossInnen aus fast dem gesamten Spektrum der radikalen/militanten Linken Anlaß, sich -anders als in den Jahren zuvor - kontinuierlich mit Repression, Knastbedingungen und politischen Gefangenen auseinanderzusetzen. Die Drohung mit langen Jahren Isolationsfolter richtete sich nicht mehr

nur in erster Linie gegen GenossInnen aus bewaffnet kämpfenden Gruppen, sondern auch gegen uns. Die Forderung nach Zusammenlegung war entsprechend auch eine Forderung für uns selbst. Für Bedingungen, die es uns (also den verschiedenen Spektren des Widerstands) ermöglichen würden, auch im Knast politisches Subjekt bleiben und weiterhin an der Auseinandersetzung um politische Perspektiven und Kämpfe teilzunehmen zu können.

Zur selben Zeit begann in den verschiedensten Zusammenhängen und Strömungen des Widerstands die Diskussion über politische Ansätze, deren Überprüfung und Weiterentwicklung sowie über Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Bezugnahme. Der Hungerstreik 1989 bzw. seine politische Erklärung griff diese Entwicklung auf.

Folgende Grundlagen gelten für uns bis heute:
- Die Forderung nach Zusammenlegung ist auch eine Forderung für unsere eigenen Kampfbedingungen.
- Solidarität mit den politischen Gefangenen ist für uns verbunden mit der Auseinandersetzung über Erfahrungen, politische Ansätze und Strategievorstellungen. Fortschritte im Aufbau handlungs- und gesellschaftlich durchsetzungsfähiger linker Strukturen sind für uns weiter die Basis dafür, die Forderungen der Gefangenen gemeinsam mit ihnen durchsetzen zu können.
- die seit 1989 entstandenen, für die Forderungen der politischen Gefangenen arbeitenden Gruppen sind einerseits Ausdruck einer positiven Entwicklung (die Forderungen der politischen Gefangenen fallen nicht mehr einfach "hinten runter", es besteht Bewußtsein darüber, daß der Repression nur standgehalten werden kann, wenn es eine bewußte Auseinandersetzung mit ihr gibt); andererseits ist unübersehbar, daß auf "SpezialistInnen - Gruppen" abgewälzt wird, was eigentlich lebendiger Bestandteil der Arbeit in jeder linken politischen Gruppe sein sollte. Es ist auch immer noch ein Ansatzpunkt unserer Arbeit, uns als "thematisch orientierte" Gruppe, die diese Auseinandersetzung "abdeckt", überflüssig zu machen.

Was ist also die Orientierung, die wir unserer Arbeit geben wollen:

Die Orientierung auf "Gesamtlösung" (also am Ende einer - in diesem Fall einseitig beendeten - Konfrontation werden Gefangene freigelassen und die RAF löst sich im Gegenzug hierzu auf), die für unsere Arbeit eine Amnestiekampagne bedeuten würde, ist es sicher nicht. Wir meinen, daß dies - jedenfalls unter den gegebenen Bedingungen - in eine politisch falsche Richtung weist

Nach der Nichtentlassung von Bernd Rössner, der Einleitung der 8 neuen Ermittlungsverfahren und den ersten Prozeßurteilen gegen Christian Klar und Ingrid Jakobsmeier sowie nach Bad Kleinen kann einfach nicht mehr ignoriert werden, daß die politisch Verantwortlichen sich zu einer "Lösung" für alle Gefangenen nicht gezwungen sehen. Auch wenn es uns selbst in dem Widerspruch fast zerreißt, daß sich für alle Gefangenen sofort etwas bewegen muß, es hier draußen aber an allen Ecken und Enden für die Durchsetzung ihrer Forderungen fehlt, können wir nur feststellen: Aus der gegenwärtig schwachen Position der Linken heraus hängt ein schnelles Freikommen davon ab, wie weit von eigenen Positionen abgerückt wird.

Für uns aus unserer Geschichte heraus ist darüberhinaus keine Konfrontation/kein Kampfabschnitt abgeschlossen. Es wäre einfach falsch für uns, etwas zu fordern, was mit unserer eigenen Realität nicht in Einklang zu bringen ist und uns wichtigen Kriterien (auch in Hinblick auf eine Reorganisierung) widerspricht.

Daraus folgt für uns: Wir werden den Schwerpunkt unserer Arbeit darauf legen, zur Rekonstituierung und Reorganisierung der Linken beizutragen. Die Freiheit der politischen Gefangenen bleibt für uns ein wichtiges Ziel, die Zusammenlegung bis dahin und die Freilassung aller Haftunfähigen die allgemeinen Forderungen. An der Auseinandersetzung mit den politischen Gefangenen und der RAF liegt uns nachwievor viel.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß wir so momentan im Höchstfall für Einzelne die Freiheit erreichen können (für Bernd Rössner, Ali Jansen, Irmgard Möller). Die gesellschaftliche Verankerung der Forderungen und unsere Fähigkeit zur Zuspitzung, die eine Lösung unumgänglich werden läßt, müssen wir uns in einem zähen Ringen erarbeiten, auch ohne sofort sichtbare "Erfolge" zu erleben. Zwar führt ein Erstarken der revolutionären Bewegung allein nicht automatisch zur Freiheit der politischen Gefangenen - im Gegenteil: es wäre naiv zu glauben, daß der Staatsapparat darauf nicht mit Repression und Gefangennahme von GenossInnen reagieren würde. Aber eine politisch gefestigte und handlungsfähige Linke ist die Grundlage dafür, daß die Freiheit bzw. Zusammenlegung der politischen Gefangenen möglich wird.

Neben unserem eigenen Ansatz können wir uns gleichberechtigt und sinnvoll auch andere vorstellen: z.B. für die Abschaffung lebenslänglicher Freiheitsstrafen zu arbeiten, Vorgehensweisen des Apparats (vor Gericht wie bei Anhörungen) auf allen Ebenen zu denunzieren, auch vor internationalen Gremien, nach möglichen BündnispartnerInnen für diese Ansätze zu suchen. Wir denken aber, daß es sinnvoll und nötig ist, sich für die eigene Arbeit Schwerpunkte zu setzen und diese dann auch mit Nachdruck zu verfolgen. Das, was hier getrennt beschrieben wird, wird es so aufgetrennt sowieso nie geben; es ist sicher so, daß die eine Arbeit jeweils auf den Erfolgen der anderen Arbeit aufgebaut sein wird.

Was uns als "Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt" zur Zeit am meisten beschäftigt, ist die Grundlagen unserer Arbeit in der gegebenen gesellschaftlichen Situation neu zu bestimmen. Diesen Brief haben wir auch geschrieben, um herauszufinden, wo und mit wem politische Grundlagen und Perspektiven bestehen, um gemeinsam etwas zu entwickeln. Wir sehen das nicht nur für unsere Gruppe so, sondern wir meinen, daß es hier um wesentliche Punkte geht, die die gesamte Debatte um Neuorientierung/Weiterentwicklung betreffen.

anmerkungen zur debatte zwischen der raf, den gefangenen aus der raf und aus dem widerstand und genossInnen,die 'noch' legal leben

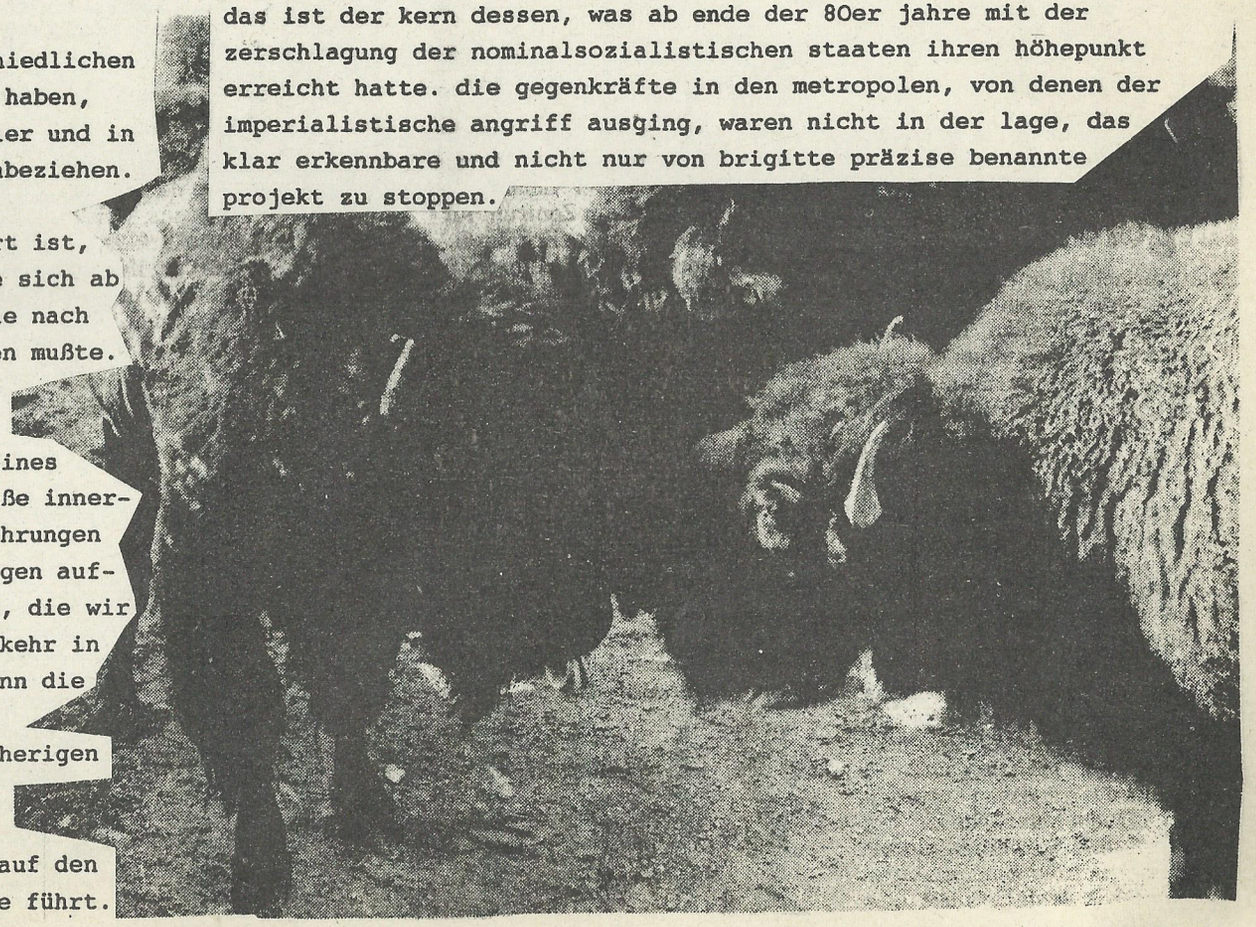
ließt mensch die aktuellen interviews und stellungnahmen der raf, gefangener aus raf und widerstand, ist eine historisierende betrachtungsweise auf die gesamte kampfetappe der metropolenguerilla unverkennbar. es werden nicht die brüche und kontinuitäten, sowie die diskussionen, die zu den einzelnen schritten und politischen entscheidungen führten, hervorgehoben, wie es in den "anmerkungen zum "konkret"-interview der celler gefangenen" in der interim 198, s. 12 richtig benannt wird.

für genossInnen, die die aktuelle debatte für einen neuen revolutionären aufbruch nutzen wollen, ist es notwendig,die fehler der raf zu erkennen und ihre ursachen zu analysieren.
dazu müssen wir uns die diskussionen, die zu den unterschiedlichen entscheidungen in den verschiedenen kampfetappen geführt haben, ranholen.ebenso wichtig ist es, kritik von genossInnen hier und in der internationalen debatte in die aktuelle analyse einzubeziehen.

so wäre zu untersuchen, ob tatsächlich die raf gescheitert ist, weil sie den bewaffneten kampf begonnen hat oder weil sie sich ab einen bestimmten zeitpunkt an einer linie orientierte, die nach der meinung einiger revolutionärInnen zum scheitern führen mußte. allelrdings ist eine öffentliche auseinandersetzung der kritisierten - der raf und den antiimps - nicht bekannt.
nur ein prozeß von kritik und selbstkritik, der analyse eines revolutionären prozeßes, macht den weg frei für lernprozeße innerhalb des revolutionären prozeßes. es sollen gemachte erfahrungen nicht weggeworfen werden, um in diffusen sozialen bewegungen auf- bzw. unterzugehen. das viele gerede, von den neuen wegen, die wir jetzt gehen müssen, wird schnell zur phrase, die die rückkehr in die ausgelatschten pfade des reformismus vorbereitet, wenn die neuen wege nicht das ergebnis einer revolutionären, internationaistischen debatte sind, in der fehler der bisherigen revolutionären praxis erkannt und korrigiert werden.

an einer stelle soll aufgezeigt werden, wie der verzicht auf den bezug der eigenen revolutionären geschichte, ins beliebige führt.

so reden die celler gefangenen in dem interview vom zusammenbruch der realsozialistischen länder, eine allerweltsphrase heutzutage.# dabei hatte brigitte mohnhaupt schon 1984, diese entwicklung so analysiert: " die härte, mit der die imperialisten jetzt auf allen ebenen krieg führen, liegt in ihrem ziel. - sie begreifen ihn jetzt auf allen ebenen als entscheidungsschlacht, weil sie nach dem einbruch in vietnam die sicherung ihrer macht nur noch in der vollständigen eliminierung des antagonismus für möglich halten. der guerilla in westeuropa, der befreiungsbewegungen, der national befreiten staaten und schließlich auch der sozialistischen staaten im osten."
das ist der kern dessen, was ab ende der 80er jahre mit der zerschlagung der nominalsozialistischen staaten ihren höhepunkt erreicht hatte. die gegenkräfte in den metropolen, von denen der imperialistische angriff ausging, waren nicht in der lage, das klar erkennbare und nicht nur von brigitte präzise benannte projekt zu stoppen.



so gilt heute für die raf, wie für die gesamte revolutionäre linke, was sie (die raf) in ihrem maipapier (guerilla, widerstand und antiimperialistische front, mai 1982) so beschrieb: "die bedingungen des kampfes haben sich in der dialektik von angriff und reaktion geändert. und wie sich die bedingungen ändern, müssen sich die formen des kampfes ändern".
statt, wie teilweise auch die celler gefangenen, darüber zu schwadronieren, ob in der aktuellen situation revolutionäre gewalt angebracht ist, muß es doch darum gehen, die eigenen ziele und die dazu angewandten mittel an den tatsächlich erzielten resultaten zu überprüfen. danach müßte geguckt werden, woran es lag, daß die anvisierten ziele, - hier verhinderung des imperialistischen projekts aus den metropolen - gescheitert ist.

neben dem schon erwähnten, nie revidierten maipapier der raf, wäre genauer auf die diskussionen des "kongreßes antiimperialistischer und antikapitalistischer widerstand in westeuropa" einzugehen, der vom 31.1.86 - 4.2.86 in frankfurt/m stattfand.
ein schwerpunktthema dieses kongreßes war die analyse des projektes der imperialistischen rekonstruktion globaler macht und wie es die gegenkräfte hinkriegen können, die kräfte des imperialismus zu zersplittern.
auf diesem kongreß wurde ein papier "für den kommunismus" verteilt, das die praxis der guerilla nch 1977 einer solidarischen aber scharfen kritik unterzog.
"die versimplifizierung von komplexen, vielschichtigen und komplizierten zusammenhängen (z.b.gesamtsystem) d.h. die verflachung der politischen analyse, gar keine oder mangelhafte auseinandersetzung mit marxistischen grundlagen, außer achtlassen des historischen prozeßes....subjektivismus und wunschdenken wirken schon seit langem in unsere politische arbeit....da sich ansonsten die fehler der vergangenheit in fataler weise weiterpotenzieren und die ganze revolutionäre kraft, die im kampf der guerilla und der organisierung der antiimperialistischen front steckt, sich nicht entfalten kann...."
die reaktion auf dieses papier in der brd-linken war eher ausgrenzung und diffamierung als eine solidarisch-kritische auseinandersetzung. allerdings spielte dieses papier innerhalb des revolutionären widerstands in westeuropa eine wichtige rolle.

das diskussionspapier "zwei unvereinbare linien innerhalb der revolutionären bewegung in europa" geschrieben von gefangenen aus der spanischen guerillaorganisation grapo und der wiederaufgebauten kommunistischen partei spaniens (pce(R)) formuliert den dissens noch schärfer : "diese untersuchung wird es uns ermöglichen zu beweisen, daß die "antiimperialisten" kein kommunistisches programm haben... so ist zu verstehen, daß ihre aufrufe zur antiimperialistischen einheit kein anderes ziel haben als den blinden kampf gegen die nato und die monopole".
die kritik der kämpfenden kommunistischen kollektive (ccc) belgiens ging in die gleiche richtung.
es blieb nur eine bemerkenswerte tatsache, daß alle diese kritiken nie aufgegriffen wurden. die solidarität der hiesigen antiimps auch mit den gefangenen der ccc und der grapo und pce(r),kann den eindruck nicht verwischen, daß eine kritische auseinandersetzung mit ihnen nicht gewünscht war. spätestens jetzt, wo der kritisierte antiimperialistische flügel der revolutionären bewegung westeuropas schwere fehler einräumt und sogar den bewaffneten kampf zur disposition stellt, ist es an der zeit, sich mit den kritikerInnen auseinanderzusetzen.
zumal diese kritiken auch in jüngerer zeit vorgetragen worden, z.b. von den genossInnen der kommunistischen brigaden im mai 1991 oder den genossInnen des italienischen gefangenkollektivs wotta sitta im dezember 1991. diese genossInnen schrieben zur aktuellen situation:
"der kampf und der prozeß der revolutionären auseinandersetzung faßt hier in italien wie in ganz europa in einer internationalen dimension revolutionären prozeßes wieder fuß und sie haben ihren hauptsächlichen katalysator in den kämpfen gegen die imperialistische "neue weltordnung". ..wir begreifen uns in dieser dimension der konfrontation des kampfes und kämpfen mit den revolutionären gefangenen europas, des nahen ostens, des mittelmeerraumes und überall auf der welt."
diesen internationalistischen bezug vermissen wir in den jüngsten erklärungen der raf und auch in den interwies der gefangenen.

warum wir die debatte führen wollen, haben wir im text schon an verschiedenen stellen deutlich gemacht. hier noch einmal einige punkte zusammengefaßt:

- wir haben keinen historisierenden blick auf die raf und die perspektiven kommunistischer befreiung in den metropolen.
- neue wege sind für uns primär das ergebnis eines diskussionsprozeßes unter revolutionärInnen. nichtaufgegriffene diskussionsansätze sind verpaßte chancen für die entwicklung revolutionärer perspektiven.
- wir wollen jenen etwas entgegensetzen, die mit der geste "wir haben es ja schon immer gewußt", mit der raf gleich jegliche vorstellung einer kommunistischen perspektive begraben wollen.
- gespräche mit allen gesellschaftlichen gruppen oder allen, die ein anderes leben wollen, können die debatte unter revolutionären nicht ersetzen.

die debatte soll ohne rechthaberische positionen und unfruchtbaren linienstreit geführt werden.

einige texte zur diskussion:
- beiträge für die debatte in der revolutionären bewegung europas, 1. ausgabe, mai 91, kommunistische brigaden
- zwei unvereinbare linien innerhalb der europäischen revolutionären bewegung, kommune carlos marx, politische gefangene der pce(r) und der grapo
- für den kommunismus, diskussionspapier, das auf dem antiimperialistischen und antikapitalistischen kongreß 1986 verteilt wurde (es findet sich auch im anhang der broschüre von den "kommunistischen brigaden).
-texte 1984 -85, diskussionsbeiträge der ccc, einer kommunistischen guerilla aus belgien
- partei und guerilla, text von grapo und pce(r),
- beiträge der kommunistischen italienischen guerilla und des gefangenenkollektivs wotta sitta in reihe "texte" besonders nr. 3 und 4
-brief vom moro-ter-berufungsverfahren, rom, dezember
-....sag mal. wo leben wir denn, briefe von bernhard rossenkötter, ali jansen, michael dietiker zur raf-erklärung aus: ak - 3.6.92. s.11

etwas literarisches zum thema:
christian geissler, (k)-winterdeutsch, die aktion, mitte april 1992

autonome kommunisten

75

26.NOV.93

OFFENER BRIEF an die RAF und an alle GEFANGENEN aus der RAF

wenn nicht ALLE jetzt mal luft holen, nachdenken- wird raf, politische gefangene nur noch associationen wie: deal, verrat, schmutzige schlacht, ein haufen scheisse mit dem man am besten nichts zu tun hat- hervorrufen. bei allen, die dazu nähe hatten, bei denen, die das jetzt aktuell mitkriegen- und bei denen die es später nachlesen werden oder erzählt bekommen. es steht nicht nur die vergangenheit auf dem spiel sondern vor allem ausgangsbedingungen für die zukunft.
dass was in den letzten 4 wochen in der öffentlichen diskussion von gefangenen aus der raf und der raf selbst an zerstörung von dem was noch übrig war gelaufen ist hat- zusätzlich zu den konkreten verhandlungsversuchen mit dem staat- auch eine langjährige geschichte von ungelösten politischen widersprüchen. (dazu wird noch viel gesagt werden).
eins ist deutlich, diese widersprüche sind jetzt gegen die interessen aller, die eine andere welt erkämpfen wollen eskaliert. und diese eskalation stärkt nur den feind.
was die meisten, mit denen wir zu tun haben zu dieser öffentlichen "auseinandersetzung" empfinden ist, dass es vor allem ein unerbittlicher machtkampf gegeneinander ist. was hat dieser mit dem noch zu tun, worum es euch allen mal ging? wofür ihr gestanden, gekämpft, euer leben eingesetzt habt?
machtkampf gegeneinander ist teil der imperialistischen hölle und sonst nichts. da kann man/frau noch so sehr politisch argumentieren.
die vermischung von den konkreten verhandlungsversuchen,lanjährigen ungelösten widersprüchen, persönlichen verletzungen und die sowieso ziemlich brutale lage für alle verhindert dass ihr alle (celler, birgit, die anderen gefangenen aus der raf und die raf) eurer verantwortung gerecht werdet- für die ZUKUNFT was offen zu halten.

zu uns selbst- wir werden so oder so kein teil dieses teufelskreises werden. wir werden da nicht mitmachen, die suche nach den schuldigen für die scheisse in der wir alle stecken nicht mitmachen. und in zukunft auch nicht in irgendeiner form mitstützen, tragen. einfach deshalb weil wir uns selbst und alle mit denen wir zu tun hatten/haben nach der eigenen verantwortung fragen. wer sich selbst so fragt- kommt sehr schnell darauf- dass die begriffe "entpolitisierung", "verlust eigener, klarer kriterien", "undeutlichkeit im agieren gg. dem staat", "perspektivlosigkeit".. auch auf uns selbst zutreffen.
für uns steht das, was von der raf und den gefangenen gelaufen ist, und- vor allem- wo alles angekommen ist in untrennbarem zusammenhang zu dem was hier draussen von uns lief, bzw. nicht lief.

als die raf im april 92 den schnitt gemacht hat, fanden wir das einerseits genau richtig. andererseits haben wir auch gewusst dass das bedeutet, dass die zukunft im hinblick auf strategie, weiterbestimmung und darin auch: ob und wie guerilla, jetzt in den händen aller liegt. dass die raf diese verantwortung jetzt teilt mit allen, die für revolutionäre umwälzung kämpfen/kämpfen wollen. dass sie sagen- ihre funktion/rolle und ob überhaupt hängt von dem neubestimmungsprozess ab,der von allen in die hände genommen werden muss.
wir sind dem nicht gerecht geworden.

mit irmgard möllers erklärung f.alle gefangenen aus der raf ca. eine woche nach der erklärung der raf vom april 92 haben alle gefangenen aus der raf den schritt der raf begrüsst. kurz danach gingen verstärkt schritte, initiativen für die freiheit aller politischen gefangenen in der öffentlichkeit los.
auch in bezug auf die durchsetzung der freiheit sind wir unserer verantwortung nicht gerecht geworden. hätten wir genauer die ausgangsbedingungen hier untersucht,hätten wir deutlicher gesehen, dass die grundlagen- gesellschaft-

lich, politisch, perspektivisch nicht genügend da sind um die kraft gegen den staat zu entfalten, die es braucht die freiheit durchzusetzen. und hätten uns so dann darauf konzentriert stärker teil des anstehenden neubestimmungs- neuorganisierung prozesses zu sein - und als teil der diskussionen initiative n DARIN auch richtung freiheit gemacht. das wäre schwieriger gewesen als das was wir schliesslich machten. diskussionen, initiativen zur freiheit aller polit.gefangenen. es SCHIEN unmittelbar greifbarer. scharf auf den punkt gebracht haben wir auf den staat reagiert (kinkel--anf.92). natürlich weil wir möglichkeiten "für uns" sahen-- aber wir blieben so im rahmen dessen stecken womit der staat gut leben kann.
wir wollten - obwohl wir spürten- es fehlt wesentliches an unterbau, grundlage - erstmal die situation NUTZEN /nach kinkel, raf erkl., gef. erkl.) um für die freiheit eine bresche zu schlagen.
und das haben wir ja nicht im luftleeren raum gedacht, gemacht. da haben auch die pol. gefangenen ihren teil darin.
wir sind uns ziemlich sicher- wenn jetzt mal luft geholt wird, und alle ÜBER SICH sprechen im zshg. der letzten 3,4 jahre- und seit april 92 auch, dass bestimmte tendenzen/fehleinschätzungen-irrtümer eben NICHT einfach abzuschieben sind.
wir fordern jetzt von ALLEN über sich(wieder) zu reden- weil falsche frontenbildung bringt "in gefahr und höchster not" - genauso wie der mittelweg- den tod. diese frontenbildung produziert eine ebenso falsche spaltung bei sehr vielen hier draussen. die tieferen politischen widersprüche und eigenen verantwortungen werden über schuldzuweisungen verwischt und NICHTS wird konstruktiv gelöst, weitergebracht.

a) FRAGEN an die gefangenen aus der raf, die sich hinter brigittes erklärung gestellt haben (brigitte mohnhaupt, ende okt.93)

in der erklärung wird nicht nur den celler gefangenen, sondern auch der raf jede integrität/moral abgesprochen. auch weiterstadt ist nur noch ware/deal. warum seid ihr euch da so sicher? warum habt ihr, zumindest zur raf hin keinen spielraum mehr gelassen? haben die fakten für sich gesprochen? oder gab es schon vorher keinerlei politisches vertrauen mehr(zb. helmut pohls erklärung wo er von neuer politik der raf mit der steinmetzchen einheit redet)?

in der hungerstreikerklärung vom 1.2.89(siehe hungerstreik Info Nr.1, hrsg. Angehörige der pol.Gefangenen i.d.Brd, heute: Angehörigen Info) habt ihr gesagt: (..)"die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation- und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu. denn die freiheit ist natürlich unser ziel. wir wollen ja nicht ein stück politischer organisation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirlich nicht unser höchstes glück. wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere,wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt (..)"
die vorstellung die freiheit als realistisches ziel anzupacken(zu sehen)hatte doch, nach dem was die raf jetzt(2.11.93) gesagt hat, bestimmt auch mit der überlegung zu tun, dass die raf damals schon (9o)einen schnitt/zäsur oder aufhört? nachdem der hungerstreik abgebrochen war, und die zusammenlegung nicht durchgesetzt, wurde irgendwann klar, dass die raf diesen schritt(schnitt /zäsur o.ä.)nicht macht, weil "es damals mit unseren politischen vorstellungen zusammen nicht möglich" (raf 2.11.93) war.
obwohl also zwei grundsteine der überlegung hin zur freiheit sich nicht verwirklicht hatten(die zusammenlegung und die zäsur der raf), die ausgangssituation sich also verändert hatte habt ihr keine wesentliche neubestimmung zur freiheit von eurer seite gemacht, bzw. ein konkretisieren von der neuen ausgangslage aus -- wie ihr denkt,wie das mit der freiheit gehen könnte. es ging weiter mit- diskussion mit allen gesellschaftlichen gruppen und- hin zur freiheit. sie seht ihr das heute?

wie seht ihr heute eure anstrengungen richtung freiheit nach dem april 92? "wir selbst und unsere anwälte und angehörigen haben immer wieder gespräche mit der regierung geführt, wenn durch unsere kämpfe in den gefängnissen und den widerstand draussen gegen die isolation eine offene situation geschaffen war. es gab sie auch im letzten jahr nach dem schritt der raf, zuletzt im august.(..)" -prozesserklärung eva haule v.4.11.93
wie ist hier "offene situation geschaffen war" gemeint?

nach einigen briefen jetzt haben viele von euch schon gewusst, dass in der verknüpfung der gefangenenfrage mit dem schnitt (raf,april 92) tendeziell tauschhandel steckt. warum habt ihr nicht irgendwann eine erklärung rausgebracht, die die zustimmung von der ersten gefangenen-erklärung(irmgard möller) revidiert und klarmacht, dass ihr das so nicht wollt?

(sinngemäss)"wir haben in den letzten jahren- in denen wir versucht haben, den pragmatismus zu überwinden, die erfahrung gemacht, dass die grenze zwischen pragmatismus und opportunismus sehr schmal ist." (ehem.commandante aus nicaragua, okt.93,monimbo-kongress,frankfurt am main)
diese genossin geht von einer historischen/kontinentalen und internationalen umbruchssituation AUS- innerhalb welcher es um das finden von wegen geht, die dieser sich radikal verändernden wirklichkeit gerecht werden können. sie geht davon AUS, dass diesen weg zu finden, dafür muss er gegangen werden und dass das auf jeden fall eine masse von fehlern und irrtümern auch bedeutet. sie begehen (in nic.)-zumindest nicht öffentlich- nicht den fehler sich gegenseitig die schuld für die nicht-lösung der anstehenden fragen zu geben. auch viele von euch haben in den vergangenen jahren in briefen,prozesserklärungen davon gesprochen, dass die innergesellschaftlichen, internationalen umbrüche so weitreichend sind, dass die schwierigkeiten der weiteren strategischen/taktischen bestimmungen entsprechende dimensionen hat. warum ist dann bei einigen von euch eine solidarische grundhaltung nicht mehr da? man/frau kann doch schwere irrtümer kritisieren, klar machen dass man/frau selbst bei fortsetzung das nicht mittragen kann-- aber das ganze trotzdem noch als gemeinsames problem betrachten.

wie stellt ihr euch das in zukunft vor, wenn ihr einerseits sagt, dass ihr trotzdem noch mit allen politischen gefangenen solidarisch seid und andererseits jede politische integrität dieser gefangenen bestritten wird (zb.mit dem ausdruck "heim ins reich")? da müsste ja dann zweierlei solidarität entstehen:eine solidarität mit opfern der isolation und eine solidarität mit integren politischen gefangenen?

sehr viele von euch schreiben jetzt "offene briefe an birgit". nach dem was wir bis jetzt kennen, finden wir das unehrlich. ginge es um die auseinandersetzung mit birgit, müssten diese briefe nicht öffentlich sein. die meisten von euch machen ihre positionen deutlich. aber müsst ihr das dann "briefe an birgit" nennen?

b) FRAGEN an die celler gefangenen und an birgit hogefeld:

im wesentlichen wollen wir, dass ihr offen macht konkret, ehrlich (celler gef.) was ihr von euch aus mit wem,wann, mit welchen überlegungen/zielen initiiert habt.
ende 92, nachdem bernd rössner nicht wirklich freigelassen wurde und schon einige prozesse gegen weitere gefangene eingeleitet waren, wo klar war-

die kräfte sind nicht da um das mit der freiheit gegen den staat durchzusetzen. vom staat war-auch für diejenigen die hoffnungen in kinkel gesetzt hatten- ausser weitere verschärfungen, eskalation nichts zu sehen. in dieser situation habt ihr- karl heinz- diese erklärung gemacht, die in DER situation eine handreichung an den staat war. wir meinen da nicht den satz "nicht in die illegalität zurückkehren", sondern insgesamt inhaltlich war es das in DER situation. hattet ihr zum zeitpunkt dieser erklärung schon so vorstellungen wie ihr sie dann in den gesprächen mit ströbele angefangen habt zu konkretisieren nach weiterstadt?
karlheinz, in deinem brief an brigitte mohnhaupt anfang oktober (taz,1.11.93) sagst du auf die frage, wieso die anderen gefangenen von den gesprächen nichts wussten, dass ja sowieso alles von euch niedergemacht worden wäre. das ist doch in anbetracht der fragen/kritik jetzt an euch einfach nur eine flucht. die ebene der schlammschlacht die versucht wesentliches zu verstecken. ihr habt aktuell konkrete verantwortung,die solltet ihr auch korrekt tragen.

ströbele sagt in dem taz interview (taz ca.4.11), dass der kreis der angesprochenen viel grösser war,er nennt keine namen, nur "von grünen bis cdu spektrum ". ihr habt da eine weitreichende sache initiiert wo nicht nur die anderen gefangenen das recht haben zu erfahren worum es da ging, mit wem, wann-. und wie ihr das heute seht. es ist doch eine verarschung und hintergehen von allen, die zur freiheit, mit euch, überhaupt hier draussen kämpf(t)en.

dass kinkel NACH der hinrichtung von wolfgang grams und der verhaftung von birgit hogefeld mit seiner "versöhnung"sleier nochmal rauskam können wir jetzt besser einordnen. damals haben wir gedacht "irre".
antje vollmer ist nach weiterstadt auch relativ gross rausgekommen und hat den staat zur vernunft aufgerufen, weil sonst der kampf weitergeht. war sie auch eine der angesprochenen?
alle haben das recht, das ganze jetzt nochmal einschätzen zu können- mit den fakten- was von euch aus lief.
karl-heinz, du sagst (ce,29.10;taz v.1.11): "mit bad kleinen war eine neue situation da. wir haben ströbele gegenüber definitiv deutlich gemacht, das alles was vorher überlegt war, jetzt keine bedeutung mehr hat. der kontakt zu bubis war davon nicht berührt, weil es hier um die kommunikation mit vertretern gesellschaftlicher gruppen zu unserer situation ging."
entweder du/ihr macht euch selbst was vor oder anderen oder beides. im prinzip ging es doch mit bubis um das gleiche wie mit reuter(über ströbele)- "druck machen in den reihen der gegenseite".. oder warum habt ihr sonst keinen widerspruch dazu wenn bubis euch sagt "er habe aber ende september ein gespräch mit KOHL und KANTHER und will dabei auch ansprechen,warum sich nichts getan hat." wenn er einer von denen sein sollte "die das,was die raf und die gefangenen in den letzten jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb öffentlich unterstützen wollen"-- warum hat er dann nicht öffentlich mit anderen vertretern gesellschaftl.gruppen (zb. pressekonferen, interviews etc.) deutlich gemacht, dass die freiheit der pol.gefangenen seine sache ist? warum sagt ihr, es ging und geht mit bubis um was anderes? und habt keinen widerspruch dazu, dass er(bubis) FAKTISCH interne gespräche mit der politischen führungsspitze (kohl/kanther...)dieses staates geht?
das stimmt doch einfach hinten und vorne nicht.

karlheinz,du sprichst die anderen gefangenen an (brief an brigitte,anf.okt,taz 1.11):(..)"..und trotzdem scheint es euch ein paradox zu bleiben, das konzept aufzuheben und den bruch zu halten, aus dem der bewaffnete kampf früher oder später wiederkehren wird.wenn gewiss auch in anderer gestalt und auf einer anderen bestimmung.(..)"
in zusammenhang mit den gesprächen ströbele/reuter/bubis über eine lösung für alle und was ihr mit bubis fortsetzt verstehen wir nicht was du/ihr mit "den bruch halten" meinst?

für uns ist es so, dass durch den inhalt der gespräche und mit wem genau die minimalste grundlage, auf der der bruch-- für die zukunft--gehalten werden KÖNNTE tendenziell zerstört worden ist. weil doch die minimalste grundlage nur sein kann: den antagonismus zum staat aufrecht zu halten- und die fortsetzung des bewaffneten kampfs(ob, wann, wie) hängt von unserer seite ab. also nicht: je nachdem was der staat in sachen gefangene macht- wird es so oder so weitergehen oder eben nicht. und das dann über 2 ecken von der staatsseite rauszukriegen und es an ganz vielen unserer seite vorbei zu machen.
die
MMM gefangene logischerweise rauswollen und "realistische" wege für sich suchen, ohne das dann, wenn es konkret wird, den anderen gefangenen zu sagen, wäre eine sache. aber daraus eine "politik" angeblich für alle(drinnen u.draussen),deren inhalt und konkretion dem GEGENÜBER steht was als angestrebtes ziel behauptet wird ("den bruch zu halten.." oder "weils nicht nur um die freiheit der gefangenen vom knast geht. freiheit meint die eines neuanfangs und das impliziert auch die "freiheit" der genossen draussen dazu..") ist etwas anderes.
warum habt ihr nach ende 92, wo ihr auch an euch selbst die erfahrung gemacht hattet (nach eurer erklärung),dass die daumenschrauben nur enger gedreht werden (psychiatrisierungsversuch)--dann irgendwann hoffnung in diese gespräche gesetzt? habt ihr gedacht, dass die freiheit von allen drinnen und die "freiheit der genossen draussen" dabei rauskommt? wie seid ihr darauf gekommen?

ihr müsst das, was ihr zu recht von anderen fordert auch selbst jetzt tun- ehrlich und offen. "wir hätten über uns reden müssen, statt über andere und gegeneinander. so wie die das draussen begonnen haben. nur darin wird man wiedererkennbar, nur das schafft eine grundlage für solidarität."(anf.okt an brigitte mohnhaupt,taz 1.11.) wenn ihr jetzt zu dem konkreten nicht über euer wirklich eigenes darin, reden könnt dann wird sich auch alles was ihr an (für uns) wichtigen diskussionsbeiträgen zur politik der vergangenheit und gegenwart im gedächtnis der menschen in das auflösen was am ende so stehenbleibt: das eigene in die hände der anderen seite gelegt zu haben.

birgit(hogefeld)- du bist da auch wichtig. einiges von dem oben meint dich auch- und von dem folgenden auch.

c) FRAGEN an die RAF

wir können jetzt hier nur bruchstücke sagen, die zeit drängt, ein "offener brief" ist darauf angewiesen veröffentlicht, verteilt zu werden.
entgegen der aktuell am häufigsten veröffentlichten positionen/blickwinkel auf eure politik (bis mai 93) sehen wir zuallererst euren kampf und eure suche in dieser schwierigsten aller zeiten(kommt uns vor). in dieser situation(92) euer versuch, einerseits den strategischen schnitt zu verwirklichen, gleichzeitig konkrete ziele weiter zu benennen(freiheit), und weiter selbst aktiver teil der neubestimmungsdiskussion zu bleiben(erkl.zu anti-wwg mobilisierung,mü,juli 92, dann august erkl.92, weiterstadt,..) und für alles vor allem eine praktische dialektik für diese strategische neubestimmung existenziell zu brauchen, die aber offenbarso nicht kam("..auch wenn wir auf unsere august erklärung wenig resonanz bekommen haben.."raf 93)
usw.-- es gibt nichts vergleichbares, kein beispiel in der geschichte der brd oder sonstwo- es ist ein unvergleichlich schwieriger weg der da von euch die letzten 1.5 jahre gekämpft wurde.
unseren ausdrücklichen respekt für euren kampf quer durch die hölle hier, wo jetzt das fegefeuer entzündet werden soll? ohne uns, wir würden uns selbst verbrennen-- weil wir uns nach unserer eigenen verantwortung fragen und von daher wissen, dass wir so oder so teil dessen sind wo alles angekommen ist.
sicher ihr habt fehler gemacht, irrtümer begangen- die brutale folgen hatten

und noch brutalere haben können, das kommt jetzt auf euch an. aber es gab auch anderes- das was wir und viele andere in eurem kampf seit april 92 gesehen haben ist: mit tabus zu brechen, den mut(in all diesen unsicherheiten) tatsächlich neues zu wagen. ihr habt damit auch mut geweckt, erzeugt, und vor allem von allen hier eingefordert die verantwortung zu übernehmen, es SELBST in die hände zu nehmen. dass sich das kaum materialisiert hat, so auch keine relevanz für das was existenziell war/ist herzustellen, und auch gesellschaftlich sich nicht ausweiten konnte, hat viele gründe. wir machen euch nicht dafür verantwortlich weil das eine illussion zu uns selbst und zu den bedingungen hier insgesamt beinhalten würde.

wenn das so stehenbleibt was ihr am 2.11. gesagt habt-- geht das alles den bach runter. ihr setzt eure integrität aufs spiel, alles was ihr bis jetzt erkämpft habt. alle, die wir kennen, einige haben im frontprozess gekämpft, haben gerade den mut zur selbstkritik als notwendig für eine weiterentwicklung des prozesses empfunden.diese- und auch sehr viele andere haben die sprengung des knastes in weiterstadt begrüsst..

all das (seit april 92) und auch alles was davor war ist jetzt fast neutralisiert.fast.

wir haben uns einfach geweigert, das zu glauben(eure rolle) was brigitte da zu dem konkreten geschrieben hat. und sehr viele andere mit uns. als dann karlheinzes briefe in der taz waren, was er sagt und wie(siehe fragen an kh)wurde das nicht glauben wollen schwieriger- wegen der selbstgerechtigkeit und weil vieles-- anstatt vom konkreten/eigenen zu reden- abgeschoben wird,indem er "zu anderen" was sagt.

nach eurer erklärung müssen die, für die ihr enormes aufgerissen hattet auch zweifeln. an allem, an sich selbst, an euch. an dem, was ihr wirklich gewollt habt. viele sagten nach eurer erklärung(2.11.93): die raf hat UNS auch hintergangen, wenn sie das jetzt einfach so richtig finden wie + was die celler da machten. in dem sinn: nach aussen so geredet und in wirklichkeit was anderes gemacht,gewollt. die raf hatte doch gesagt, es kommt auf uns alle an wie und was und ob und in wirklichkeit haben die celler gefangenen dann euch einbezogen in ihre gespräche.

mit ihr (2.11.erklärung) untergrabt ihr alles was ihr ab april gewagt hattet- über euch, die eigene wirklichkeit, die zweifel- die fehler zu reden um zu einer anderen anhaltenden umwälzenden revolutionären wirklichkeit aller kämpfenden kommen zu können.

ihr müsst es schaffen, da nochmal hinzukommen! über euch zu reden, das was wirklich war und wie ihr das jetzt seht.

den teufelskreis der schlammschlacht durchbrechen. nichts beschönigen, verteidigen, abschieben..

das schaffen, damit das was wir auch an karlheinz,lutz, knut und birgit geschrieben haben, die ausgangslage für die zukunft bleibt- "den bruch halten" UND das was ihr erkämpft habt nicht den bach runtergeht und alles vorher auch.

"aber nun ist auch unsere schmerzgrenze überschritten"(..)(raf, 2.11.93).

DAVON ist alles was ihr schreibt bestimmt. ihr schlagt zurück, die schnauze voll von ... respektlosigkeit und anti-solidarität(?).

DAS gebt ihr dann zurück und werdet teil des teufelskreises-- aus dem NICHTS übrigbleiben wird.

auch unsere eigene geschichte- front- und wesentliche politische überlegungen AUS diesen erfahrungen wird mit einem haufen stinkendem schlamm überlagert.

auch das wird eine wirkung sein, wenn ihr alles jetzt so stehen lasst. weil ihr draussen die einzigste relevante kraft ward, die aus dem front-prozess weiter agiert habt.

gut finden wir, dass ihr zu weiterstadt (von den gefangenen) inhaltlich wissen wollt, was daran der deal/ bewaffneter kampf zur ware etc. gewesen sein soll. aber auch das wird überlagert von eurem draufhauen, über "die anderen" reden, statt über sich selbst und das konkrete aktuelle.

(..)"es hat nie irgendwelche geheimverhandlungen zwischen uns und dem staat gegeben. es ging in unseren überlegungen nie darum, den bewaffneten kampf für die freiheit der politischen gefangenen zu "verdealen". alle behauptungen, die das gegenteil suggerieren, sind dreck, unwahr."(..) raf,2.11.93

faktisch, in dem inhalt der gespräche ging es aber doch um EUCH.deswegen müsst IHR aus eurer geschichte, erfahrungen, einschätzung, die letzten zwei jahre, was hier war oder-nicht wahr und wie ihr das jetzt seht was sagen. wenn es so, wie ihrs jetzt gesagt habt stehenbleibt stellt ihr euch zwar HINTER die celler - macht eine front gegen "die anderen" -- und weiter?

"wir sagen ausdrücklich: die gespräche, die die celler gefangenen mit ströbele hatten, bzw.mit bubis führen wollten- in dem inhalt, wie karlheinz das in der taz vom 1.11.93 erklärt- standen in der tat nicht im widerspruch zu unseren vorstellungen." (raf,2.11.93)

das ist schon deswegen ein hammer, weil ihr damit sagt, dass es (für euch) legitim war an den anderen gefangenen(und anderen), um die es ja in dem INHALT der gespräche auch ging, VORBEI diese sache zu initiieren und konkret zu betreiben.

karlheinz sagt dazu: "das war für uns auch ein problem und wir hätten es lieber anders gemacht." das glauben wir so nicht. dass das das problem war. danach wird karlheinz deutlicher (..)"ihr hättet es niedergemacht, wie jede sache von hier! die absurdität dahinter ist der besitzanspruch! ihr stellt die eigentumsfrage an die raf!(..)" an einem punkt wo er /sie zu sich und der sache was sagen sollten wird über "die anderen" gefangenen geredet und dann- über euch. weil die anderen gefangenen so böse zu euch waren/sind, deswegen ist es doch nur legitim wie + was man selbst seit mai 93 konkret gemacht hat, oder wie?

das ist doch alles nur noch schlamm, unfassbar. wenns drum geht über SICH und die wirklichkeit/die fakten/die fehler,irrtümer zu reden benutzt man andere um sich selbst glaubwürdiger darzustellen oder man dreht es gegen andere um. je nachdem.

ihr durchbrecht das auch nicht. wenn die anderen gefangenen ähnliche überlegungen hatten 199o, dann ist das eine sache. wenn jetzt 3 jahre später - - diese gespräche- an Allen anderen vorbei konkretisiert, durchgezogen wurden, dann ist das eine ganz andere sache.(siehe auch fragen an die celler gefangenen).

wir glauben, dass ihr diejenigen seid, die es schaffen könnt- diesen teufelskreis jetzt - trotz allem oder: erst recht- zu durchbrechen. indem ihr, wie ihr es auch angefangen habt im april 92 über euch redet, über das was IHR denkt zu dem was die celler versucht haben, was ihr denkt wie es bis dahin gekommen ist, wie ihrs jetzt seht. ihr habt im april 92 den mut, die radikalität gehabt euch/eure geschichte/wirklichkeit/selbstkritisches hier einzubringen um raum zu schaffen für den notwendigen neubestimmungsprozess. dann könnt ihr das jetzt auch- um den bruch zu halten UND diesen neubestimmungsprozess OFFEN zu halten. von da aus wird es vertrauen, solidarität, wege geben- ansonsten ist erstmal nur noch schlamm, misstrauen, unehrlichkeit, verantwortung abschieben, aufgabe + das wird jahre dauern bis der berg wieder abgetragen ist.

alle liebe. alle kraft. MIKESCH

(dies) ist der versuch verschiedenste aspekte,fragen einer unterschiedlich intensiven diskussion unter ca. 14 leuten zusammenzustellen. die teile die für aktuell vielleicht wichtig sind. aus zeitmangel und auch- weigerung sich jetzt "wegen dem" zusammenzusetzen wurde die zusammenfassung von einer person gemacht. das bedeutet natürlich dass es keine "objektive" zusammenfassung ist und soll auch nicht sein.

Über das Schleifen von Messerrücken

"Es gibt keine völlig neue Arbeit, am wenigsten als revolutionäre; die alte wird nur klarer weitergeführt, zum Gelingen gebracht. Die älteren Wege und Formen werden nicht ungestraft vernächlässigt, wie sich gezeigt hat."

(Ernst Bloch; Erbschaft dieser Zeit *)

Die Weiterentwicklung revolutionärer Politik verlangt eine nüchterne Einschätzung der Lage und die genaue Analyse der Entwicklung, die ihr zugrunde liegt. Das gilt grundsätzlich und jederzeit.
Die nüchterne Einschätzung für den antiimperialistischen Kampf in der BRD heißt augenblicklich Niederlage - das haben wir mit allen Teilen der Linken, nicht nur der revolutionären, gemein.

Es geht bei dieser Feststellung nicht um das Schaffen von Nestwärme dadurch, daß wir quer durch die Fraktionen bei aller gesellschaftlichen Einsamkeit wenigsten die Niederlage gemeinsam haben. Es geht dabei erst recht nicht um die Konsumentenhaltung, bei nicht zufriedenstellender Leistung die eigene Praxis und Geschichte einfach wegzuschmeißen und nach etwas prickelnd Neuem zu suchen.

Es geht auch nicht einfach um Fehlersuche. Denn das wirkliche Begreifen von Fehlern und das produktive Lernen daraus setzt zunächst das Verstehen der Geschichte voraus, das Wissen darum, was wann warum und wie gelaufen ist.

Das Ziel der Auseinandersetzung liegt darin, die richtigen und weiterzuentwickelnden Momente herauszufinden, die Gründe zu erkennen, aus denen sie sich nicht entfalten konnten (hier geht es dann auch um die vermeidbaren Fehler), und aus dieser Erkenntnis ihre aktuelle Bedeutung zu bestimmen. Erst so wird sie nützlich für die Rekonstruktion von revolutionärer Politik - und dieses Interesse ist schließlich die Grundlage der gemeinsamen linken Diskussion !?!

Die gegenseitige Versicherung über dieses Ziel sollte erlauben, von dem kurzsichtigen Klammern an nachträgliche Selbstvergewisserungen abzulassen - eine Haltung, deren Wiederholung Georg Fülberth in *"nachgerade klassischer Weise"* bei Thomas Ebermann entdeckt: *"Ich weigere mich ja zu sagen, daß unsere Hoffnung, die Einkreisung der Metropolen möge mit unserer Mitwirkung gelingen, reiner Spinnkram war, sondern ich versuche einen Blick auf unsere Biographie und Geschichte zu behalten, der noch sieht, daß es einige Jahre lang wirklich auf des Messers Schneide stand, welche Kräfte sich in der Welt durchsetzen"* (Ebermann, konkret 6/92).

*(Ffm 1985, S. 146)

Unter der Überschrift "Auf Messers Rücken" schreibt Fülberth (konkret 8/92): *"Es ist zu prüfen, ob das stimmt, und dabei sollte man vielleicht bis 1917 zurückgehen. ...Was wie das Ende des Kapitalismus aussah, war nur seine - zugegeben: konvulsivische - Umgruppierung .. Auf Messers Schneide aber - dies wissen wir erst im Nachhinein - stand dabei nichts."*

Diese Einschätzung ist zweifellos richtig. Fraglich ist aber, welche Schlußfolgerung zu ziehen ist. Bei Fülberth ist es die Richtigkeit der *"prinzipiellen Opposition gegenüber einem System, dessen möglicher Sieg nicht seine moralische Rechtfertigung bedeutete. ... Es handelt sich um eine Frage der Wertung, welche einer gleichsam wissenschaftlichen Sortierung in Falsch und Richtig nicht zugänglich ist. Fehlerhaft war die Einschätzung des Kräfteverhältnisses, doch auch eine andere Prognose hätte an der Stellungnahme von Linken nichts geändert"* (ebd.).
So lassen sich immerhin schon einmal erreichte Kriterien dafür retten, was falsch ist an einer ausschließlichen Konzentration auf den "sozialen Prozeß" in der Metropolengesellschaft und auf die Suche nach "politischen Lösungen von unten".
Das kann aber nicht genügen, ebensowenig wie die Feststellung von Karl-Heinz Dellwo, daß es *"eine historische und moralische Legitimation (gibt), hier in dieser Gesellschaft den bewaffneten Kampf geführt zu haben"* (konkret 6/92).
Die Richtigkeit der Stellungnahme und die Legitimität der politischen Praxis sind nur die Voraussetzungen für die wesentliche Frage: die Frage danach, was an der konkreten Praxis nicht nur legitim, sondern politisch richtig war, und was heute politisch richtig ist!

I

Am Ende des Celler Interviews läßt sich Thomas Ebermann zu dem Ausruf hinreißen: *"Die Bereitschaft zur Konsequenz muß unbedingt verteidigt werden gegen die Propaganda, daß der Erfolg das alleinige Kriterium für politisches Handeln sei"* (konkret 6/92). Nachdem er kurz zuvor die kollektive Haltung von uns Gefangenen gegenüber den staatlich geforderten Abschwör-Ritualen als *"untaktisch"* qualifiziert hat, bleibt offen, was daran Selbstkritik ist und was Tribut an vermeintliches Märtyrertum. Richtig ist jedenfalls, daß der Erfolg keineswegs das einzige Kriterium für politische Praxis ist.
Das von Fülberth für alle Teile der Linken festgestellte Fehlen einer Gesamtstrategie heißt nicht, daß das Pochen auf richtige Elemente nur ein Klammern an Einzelstücke als Erkennungswimpel sein muß.
Zumindest in den letzten 25 Jahren hat keine Gruppe der Linken hier auf der Grundlage einer umfassenden Gesamtstrategie operiert, es gab überall nur mehr oder weniger fundierte Analysen, vorrangige Kriterien, darauf aufbauende Einschätzungen und Haltungen. Die Option auf die organisierte Arbeiterbewegung oder auf grüne Reformpolitik beruhte kaum auf einer Gesamtstrategie, die diesen Namen verdient hätte. Der bewaffnete Kampf und der antiimperialistische Widerstand waren die Konsequenz aus bestimmten Erfahrungen und Einsichten, waren als notwendig erkannter Vorstoß und Versuch der Eroberung von neuem Terrain unter den veränderten Bedingungen der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft - auf einer Grundlage, die ursprünglich sehr viel mehr umfaßt hat als den weltweiten Kampf der Befreiungsbewegungen.

Was es bedeutet, unseren heutigen Standort auf dem Messerrücken festzustellen, ist eine geschichtsphilosophische Frage: Ihre Beantwortung hängt davon ab, welche Entwicklungsgesetzlichkeiten das Umdrehen des Messers bewirken könnten. Wollen wir uns der Ungewißheit dieser Frage nicht ausliefern, geht es darum, herauszufinden, welche Elemente der eigenen Geschichte wir zur Bearbeitung des Messerrückens scharf machen können - und da gibt es sicherlich mehr als die "Bereitschaft zur Konsequenz", die "historische und moralische Legitimation" und die grundsätzliche Richtigkeit der Parteinahme.
Voraussetzung dafür ist allerdings die etwas genauere Kenntnis unserer Geschichte. Bisher kommt sie in der Auseinandersetzung, wenn überhaupt, nur merkwürdig schemenhaft und eingeebnet vor.
Auch der Begriff der Niederlage hatte mal einen weniger tabuisierten Klang. *"die subjektive seite der dialektik von revolution und konterrevolution: das entscheidende, ist, dass man zu lernen versteht. durch den kampf für den kampf. aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flipps, aus den niederlagen. das ist ein gesetz des marxismus. kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum endgültigen sieg - das ist die logik des volkes,* schrieb Holger Meins 1974 in einem Brief aus dem Knast.

Ein solches Selbstverständnis braucht nicht den Glauben an eine Situation auf Messers Schneide. Es steht dazu sogar in einem gewissen Widerspruch, denn es geht aus von einem zähen, langandauernden, schwierigen Kampf, in dem auch jeder wirkliche Fortschritt mit Rückschlägen und Niederlagen verbunden ist. Tatsächlich waren die Gründe für den Aufbau der Roten Armee Fraktion auch wesentlich andere: Die politische Bestimmung für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und für die Organisierung der Illegalität war in erster Linie aus den Bedingungen in der BRD und West-Berlin entwickelt.
Die Vorstellung von einer auf Messers Schneide stehenden *"instabilität des imperialistischen systems"* wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten Mai-Papier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt - ohne dort allerdings die Unterschiede und Widersprüche zu den anfänglichen Einschätzungen und Bestimmungen zu thematisieren. Daß solche späteren Verschiebungen heute als immer schon bestehende Grundlagen erscheinen können, zeigt, daß unsere Geschichte auch eine Geschichte der nicht geführten und verhinderten Diskussionen ist. Wenn wir uns also unsere "politische geschichte nicht rauben lassen wollen", heißt das auch, sie uns gegen die selbstverschuldeten Einebnungen zurückzuerobern.

II

Um das anfängliche Selbstverständnis der RAF zu skizzieren (und von da aus die späteren Veränderungen und Verschiebungen anzudeuten), müssen wir zunächst ein wenig ausholen.
Selbstverständlich waren die weltweiten Kämpfe der Befrei - ungsbewegungen von Anfang an der Hintergrund für den Kampf in der Metropole. Im "Konzept Stadtguerilla" schreibt die RAF 1971 zu ihrem Selbstverständnis:
"Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm, trotz theoretischer Ungenauigkeit - sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann."
Das war der Hintergrund, vor dem sich damals die gesamte Linke weltweit bewegte. Aber die konkrete Bestimmung ihrer Politik entwickelte die RAF aus der Situation hier: *"Die Rote Armee Fraktion leugnet... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbwegeung nicht, die den Marxismus-Leninismus als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert und den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat. ... Was Stadtguerilla machen kann, hat die Studentenbewegung teilweise schon gewußt. Sie kann die Agitation und Propaganda, worauf linke Arbeit schon reduziert ist, konkret machen. Das kann man sich für die Springerkampagne von damals vorstellen und für die Cabora Bassa Kampagne der Heidelberger Studenten, für die Hausbesetzungen in Frankfurt..."* (Konzept Stadtguerilla).

Es war also nicht die internationale Situation, sondern in erster Linie die Entwicklung der Studentenbewegung und der Apo, die den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung setzte. Im sogenannten Organisationsreferat des SDS von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl hieß es schon 1967: *"Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der organisierten Einzelkämpfer in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen durch sichtbare irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewissheit werden kann. Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der 'Dritten Welt' muß durch die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthinniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen."*

Die Studentenbewegung selbst war aber nicht in der Lage, diese Vorstellungen auch wirklich umzusetzen. *"Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das 'Antiautoritäre Lager' sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla, noch in eine sozialistische Massenorganisation"* (Konzept Stadtguerilla).
In dieser Situation mußte es darum gehen, den bereits zum Vorschein gekommenen richtigen Kern aufzugreifen und ihn in einer anderen Form weiterzuentwickeln. *"Die Linken wußten damals, daß es richtig sein würde, sozialistische Propaganda im Betrieb mit der tatsächlichen Verhinderung der Auslieferung der Bild-Zeitung zu verbinden. Daß es richtig wäre, die Propaganda bei den GI's, sich nicht nach Vietnam schicken zu lassen, mit tatsächlichen Angriffen auf Militärflugzeuge für Vietnam zu verbinden, die Bundeswehrkampagne mit tatsächlichen Angriffen auf Nato-Flughäfen..."* - *"Stadtguerilla zielt darauf, den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen, den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören"* (ebd.).

Für diese Aufgabe aber war die illegale Organisierung notwendig - auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der Bewegungen in anderen Metropolenstaaten. *"Das Schicksal der Black Panther Partei und das Schicksal der Gauche Proletarienne dürfte auf jener Fehleinschätzung basieren, ... (die) nicht realisiert, daß sich die Bedingungen der Legalität durch aktiven Widerstand notwendigerweise verändern und daß es deshalb notwendig ist, die Legalität gleichzeitig für den politischen Kampf und für die Organisierung von Illegalität auszunutzen und daß es falsch ist, auf die Illegalisierung durch das System als Schicksalsschlag zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist und das dann die Rechnung ist, die aufgeht"*(ebd.).
Das hieß jedoch nicht, daß nur die Illegalität das "echte" Kampfterrain wäre: *"Wir sagen nicht, daß die Organisierung illegal bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte.*
Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Fortschritt und Erfolg des anderen ist." (ebd.)
Die Stadtguerilla sollte als Fraktion der Bewegung fungieren; als diejenige Fraktion, die im Zusammenwirken mit anderen Fraktionen der Bewegung die Organisierung des bewaffneten Kampfes und den Aufbau der Roten Armee vorantreibt - als Rote Armee Fraktion.
"Unser ursprüngliches Konzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflußt, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle die die politische Polizei über diese Gruppen hat, ihre Treffen, ihre Termine, ihre Diskussionsinhalte, schon jetzt so weit reicht, daß man dort nicht sein kann, wenn man auch noch unkontrolliert sein will.
Daß der Einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann" (ebd.).
Das war die Situation 1970/71. Die Studentenbewegung war an eine Grenze gestoßen, und es ging darum, durch Transformation der bereits angelegten richtigen Momente diese Grenzen zu überwinden.

III

Die Genossinnen und Genossen, die nur wenige Jahre später in die Illegalität gegangen sind, machten diesen Schritt bereits aus einer sehr veränderten Situation. *"Wir wollten für die Linke einen Raum schaffen, die Illegalität, in dem du erst mal Subjekt sein kannst - politisches Subjekt, das zum Angriff kommt"*, sagt Karl-Heinz Dellwo im konkret-Interview - der Unterschied zu den im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Bestimmungen ist offensichtlich.
Die politischen Bedingungen hatten sich stark verändert. Apo und Studentenbewegung hatten den Sprung über ihre Grenzen nicht geschafft. Was 70/71 noch an gemeinsamer Bewegung vorhanden war, hatte sich aufgelöst in K-Gruppen und reformistische Integration. Der Entschluß zum Aufbau der Stadtguerilla war auch eine Antwort auf diese schon absehbare Tendenz, die in selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit führen mußte, *"wenn die Avantgarde selbst die Frage nicht beantwortet, wie die politische Macht des Proletariats zu erlangen, wie die Macht der Bourgeoisie zu brechen ist, und durch keine Praxis darauf vorbereitet ist, sie zu beantworten"* (Konzept Stadtguerilla)

Es war die richtige Antwort in dieser Situation, obwohl auch die bewaffnet kämpfenden Gruppen den Zerfall der Bewegung letztlich nicht aufhalten konnten. Gleichzeitig und durch diese Entwicklung begünstigt, nahm die staatliche Repression massiv zu und konzentrierte sich zwangsläufig auf die im Vergleich zu den "Bewegungszeiten" leichter überschaubaren revolutionären Kräfte. Statt des Kampfes als Fraktion mußte es ohne die Bewegung nun darum gehen, die begonnene Organisierung der Illegalität alleine voranzutreiben; die Genossinnen und Genossen, die den Schritt in die Illegalität mit all seinen Konsequenzen gemacht hatten und die, die in den Knästen saßen, nicht einfach im Stich zu lassen und das neu eroberte Terrain der Illegalität für künftige Mobilisierungen zu halten.
Natürlich hat sich in dieser Situation auch das Selbstverständnis der RAF verändert. Angesichts des Zerfalls der Apo und der damit wesentlichen Bezugspunkte innerhalb der Metropolengesellschaft trat der internationalistische Bezug stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig verschob sich auch das Verhältnis zum Staat: Von der im Rahmen einer breiten politischen Mobilisierung bestimmten bewaffneten Aktion hin zu einer direkten Konfrontation, die sowohl durch die verschärfte Repression und Verfolgung draußen bedingt war als auch durch die ganz konkrete Notwendigkeit, die Gefangenen aus den Knästen zu holen. Eine Notwendigkeit, die über ihre Selbstverständlichkeit hinaus auch den Grund hatte, die Gefangenen vor der Folter und Vernichtung im Knast zu schützen.
Es ist nicht das anfängliche Selbstverständnis der RAF, aber es ist diese Situation in den Jahren nach 1972, die Karl-Heinz Dellwo im Interview beschreibt: *"Wir haben zurückgeschossen, das Verhältnis, das sie nach unten haben, umgedreht und auf sie selbst gerichtet."*

Durch das staatliche Vernichtungsprogramm gegen die Gefangenen rückte das Ziel der Gefangenenbefreiung zunehmend in den Mittelpunkt. Damit veränderte sich aber auch die Bedeutung der "Machtfrage".
Der Staat behandelte die Gefangenen als Geiseln (woran sich bis heute im Prinzip nichts geändert hat) und verknüpfte so die eigene Machtposition unmittelbar mit der Frage der Gefangenen. Was umgekehrt bedeutete, daß Gefangenenbefreiung zu einem Angriff wurde, der ganz zentral mit der gesamten Staatsmacht konfrontiert war - viel mehr als *"den staatlichen herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu destruieren, stellenweise außer Kraft zu setzen..."*.

Diese Entwicklung ist aber erst im Nachhinein so deutlich zu erkennen. Anfang 1975 gelang der Bewegung 2. Juni durch die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Lorenz noch die Befreiung von 5 Gefangenen aus den Knästen. Die Botschaftsbesetzung in Stockholm durch ein Kommando der RAF wenige Wochen später - ein Angriff in einer bisher noch nicht dagewesenen Schärfe - traf auf die harte Haltung der Bundesregierung, deren damaliger Staatssekretär Kinkel als politisch Verantwortlicher die Sicherheit der Botschaftsangehörigen dem Zerschlagungskalkül opferte.

Nach dieser Erfahrung, und nach dem Tod von Ulrike Meinhof, die am 11. Mai 1976 in ihrer Zelle "erhängt aufgefunden" wurde, sollten die Aktionen des Jahres 1977, die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und die geplante Entführung des Dresdner-Bank-Chefs Ponto, die Bundesregierung zum Nachgeben zwingen. Ponto und Schleyer gehörten zur Elite des BRD-Kapitals, und sie verkörperten außerdem wie kaum jemand sonst die faschistische Kontinuität der BRD: einen auf "Arisierungen", auf Ausbeutung von KZ- und Zwangsarbeit, auf Kriegsgewinnlertum fußenden Machtaufstieg, der ohne Unterbrechung 1945 direkt in die BRD-Eliteposition führte.
Aber diese Einschätzung ging nicht auf. Die Bundesregierung entschied sich, Schleyer zu opfern und schreckte auch nicht davor zurück, (da Aussagen über die Todesart der Stammheimer Gefangenen in der BRD mit einer 129a-Anklage auch gegen die sie veröffentlichenden Medien unterdrückt werden, beschränken wir uns hier gezwungenermaßen auf selbst von der BAW Unbestreitbares:) die Ermordung der Gefangenen von Prominenten in der Öffentlichkeit propagieren zu lassen und sie im Krisenstab zu erörtern.
Konfrontiert mit dieser geballten und vor nichts mehr zurückschreckenden Staatsmacht endeten die Aktionen von '77 mit einer umfassenden Niederlage, die von bisher nicht dagewesenem Terror und Repression gegen die legale Linke und alle auch nur halbwegs kritischen Stimmen begleitet war.

Wenn sich auch im historischen Rückblick deutlich Fehler erkennen lassen, falsche Einschätzungen der eigen Kräfte und des staatlichen Kalküls, gehören sie wohl zu den "unvermeidlichen" (Gremliza), zu den Wegen, die vielleicht "gegangen werden mußten" (Dellwo). Nach dem Zerfall der Apo blieb der RAF nur, alleine zu handeln; und in der Situation, in der keine Bewegung mehr politischen Druck zum Schutz der Gefangenen entfalten konnte, mußte es darum gehen, alles zu tun, um sie vor Folter und Vernichtung zu schützen: sie zu befreien.

IV

Für die Entwicklung nach 1977 läßt sich allerdings keine vergleichbare Notwendigkeit behaupten.
Vor dem Hintergrund der stärker werdenden sozialen Bewegungen seit Ende der 70er Jahre und der damit verbundenen Massenmilitanz formulierte die RAF ihren politischen Neuansatz im Mai-Papier von 1982.
Die Niederlage von '77 wurde jetzt gleichzeitig als Beginn einer neuen Phase interpretiert: *"sie hätten es fast geschafft - aber die ironie ist, dass sie genau dadurch eine situation geschaffen haben, in der wir unter veränderten und so besseren bedingungen weiterkämpfen konnten"* (Mai-Papier). Denn die Entscheidung des Staates für die militärische Lösung *"war der sprung an die spitze der reaktionären gegenoffensive zur vereinheitlichung der apparate der inneren sicherheit in westeuropa"*, an ihm *"ist aber auch die politische schwäche der metropolenstaaten, die innere brüchigkeit der ganzen nach außen so potenten struktur, so evident geworden wie noch nie"* (ebd.).
Im offenen Widerspruch zu dem 11 Jahre früher im "Konzept Stadtguerilla" formulierten Ansatz hieß es nun: *"nachdem aus dem internationalen zusammenhang der kampf um die befreiung vom isolierten guerillaprojekt zur greifbaren wirklichkeit in den auseinandersetzungen des tages durchgebrochen ist, geht es jetzt um den sprung mit beiden beinen auf den boden der situation hier, um widerstand in der metropole in der umgekehrten bewegung von hier aus zur front im internationalen klassenkrieg zu bringen. also die strategie, die ihre wurzel hier hat"* (ebd.).
Anstatt die Frage zu untersuchen, wie aus den strategischen Anfangsbestimmungen, die ihre Wurzeln hier hatten, der bewaffnete Kampf zum "isolierten guerillaprojekt" werden konnte und was daraus zu lernen ist, wurde die Geschichte einfach umgeschrieben. *"wenn man so will, unterscheidet sich unsere aktionslinie bis 77 von der jetzt darin, dass es bis 77 immer auf das ankam, was direkt zum bewaffneten kampf gekommen ist oder diesen schritt vorbereitet hat und dass es jetzt darauf ankommt, dass guerilla, militante und politische kämpfe als integrale komponenten im perspektivischen fluchtpunkt der zu entfaltenden metropolenstrategie zusammenkommen"* (ebd.).

Wurde im "Konzept Stadtguerilla" das Verhältnis von bewaffneter und legaler Politik noch damit beschrieben, *"daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist"*, hieß es nun: *"wenn auch bewaffnete, illegale organisation der kern dieser strategie ist, bekommt sie erst ihre ganze notwendige kraft, wenn bewaffnete politik mit militanten angriffen, mit den kämpfen aus der ganzen breite der erdrückung und entfremdung und mit dem politischen kampf um die vermittlung ihres prozesses zusammen zu einem bewussten und gezielten angriff gegen die dreh- und angelpunkte des imperialistischen zentrums gebracht wird"* (Mai-Papier).
Und zwar vor dem Hintergrund einer weltweiten Schwäche des Imperialismus. Der Sieg der Befreiungsfront in Vietnam wurde als historischer Durchbruch mit weitreichenden Auswirkungen beschrieben: *"die instabilität des imperialistischen systems bedeutet seitdem weltweit eine situation, in der der imperialismus mit einer niederlage an jedem punkt seines weltsystems, oder dem verlust irgendeiner seiner machtpositionen ... in die endliche krise des systems kippen kann"* (ebd.).
Erst hier also taucht der Glaube an eine Situation auf Messers Schneide auf - und wurde gleich zur zentralen Grundlage des strategischen Ansatzes. Mit einer gewissen Notwendigkeit, denn das neue Front-Konzept beruhte, anders als das "Konzept Stadtguerilla", nicht auf den Erfahrungen und dem bereits geführten Kampf einer Bewegung, sondern war ein theoretisch entwickelter Ansatz, der sich ausgehend vom Kampf der Guerilla durchsetzen und in einer so erst zu schaffenden Bewegung verankern sollte.

Die Chance dafür wurde darin gesehen, daß die Polizeistaatsformierung nach '77 zu der allgemeinen Erfahrung geführt habe, daß *"der imperialismus...über keine positive, produktive perspektive mehr (verfügt), er ist nur noch die von zerstörung. das ist der kern der erfahrung, die die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist"* (ebd.).
So wurde das ganze Problem der politischen Verankerung auf eine völlig neue Weise betrachtet: *"es ist jetzt nicht mehr der punkt, die inneren veränderungen hier im einzelnen zu analysieren. denn die haltung und die lebenspraxis derjenigen, die seitdem kämpfen, hat die veränderte situation schon in sich und geht ganz einfach von ihr aus. wir stellen einfach fest: fundamentalopposition ist mit diesem system wie nie zuvor grundsätzlich fertig.*

kalt, illusionslos, vom staat nicht mehr zu erreichen... da ist einfach schluss - und erst hinter dem ende des systems wird eine lebensperspektive vorstellbar" (ebd.).
Vor diesem Hintergrund hieß die Konsequenz für die Bestimmung der Politik:
"revolutionäre strategie ist hier einfach die strategie gegen ihre strategie die ihren strategischen plan in ihren konkreten projekten angreift und durch den materiellen angriff die imperialistische offensive nach innen und aussen politisch bricht und damit bewußtsein schafft, das neuer widerstand und prozeß der front national wie international wird, die ihre pläne blockiert, bevor sie sie ausführen können" (ebd.).

Es ist deutlich: Hier wird das, was in der Entwicklung bis '77 die vielleicht unvermeidliche Bewegung weg vom Ausgangskonzept war, zum Programm erklärt.
Die Gesellschaft wird nur noch von außen wahrgenommen, Analyse beschränkt sich auf die Untersuchung der imperialistischen Pläne und Nato-Strategien, militärische Guerillaaktionen werden zum politischen Kern. Politische Auseinandersetzung und Vermittlung entwickelt sich nicht aus gesellschaftlichen Widersprüchen, sondern beschränkt sich auf Angriff und angestrebte Verhinderung der fortgeschrittensten strategischen Projekte des imperialistischen "Gesamtsystems". Der Bruch mit der Metropolenrealität wird zur Bewußtseinsgrundlage - nicht mehr als aufklärerische "Irregularität", sondern als subjektiver Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropole.
Etwas theoretischer formuliert: Mit dem Aufbau der Roten Armee Fraktion ging es ursprünglich darum, die von der Studentenbewegung theoretisch erkannte totale Verdinglichung des Lebens im Spätkapitalismus zu durchbrechen, ein Kampfterrain zu eröffnen, auf dem die wesentlichen Elemente der "spontanen Irregularität" zu einer kontinuierlichen und nicht mehr integrierbaren politischen Praxis entwickelt werden können.
Im Mai-Papier dagegen drückt sich die Verdinglichung eben der Schritte und Formen aus, die ursprünglich gerade das Durchbrechen der totalen Verdinglichung ermöglichen sollten.

Das verlangte aber Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die damals nicht weniger falsch waren als heute: Die Behauptung eines weltweiten Kräfteverhältnisses, das die imperialistische Herrschaft auf Messers Schneide stellt, und die Behauptung vom Verlust der (im "Konzept Stadtguerilla" noch als Ausgangspunkt verstandenen) Integrationsfähigkeit des Kapitalismus: *"die offensive jetzt ist für sie auch deswegen zur entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische variante, sozialdemokratismus und verdeckter krieg, auf allen ebenen aufgelaufen ist.... weil die militärstrategie zum angelpunkt geworden ist, ist auch die politik gestorben - bzw. darin kommt sie auf ihren reinen begriff"* (Erklärung zu '77 der Gefangenen aus der RAF, 1984 im Stammheimer Prozeß)

Damit waren dem Front-Konzept von vorneherein die Grenzen gesetzt, an denen es auflaufen mußte - spätestens dann, als sich in der Niederlage nicht länger übersehen ließ, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Metropole doch vielschichtiger und widersprüchlicher ist.

Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80er Jahren breiter Widerstand entwickelt, Ansätze zu einer revolutionären Bewegung wie in keinem anderen europäischem Land zu dieser Zeit. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte.
Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung, war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: Die Existenz einer grundlegenden und unversöhnlichen Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend aufschluckt, reformistisch oder direkt kapitalnützlich umbiegt oder abblockt; in einem System, in dessen Rahmen viele wirklich keinen Lebenssinn sehen konnten, das sich aber als allumfassend und ausweglos darzustellen sucht. Diese Selbstinszenierung der spätkapitalistischen Metropolengesellschaft als quasi pragmatischer Gesamtsachzwang, als Beste aller historisch möglichen Gesellschaften, die zunächst nicht durchschaubar ist, wurde in den Angriffen der Guerilla durchbrochen, mit denen konkrete Verantwortlichkeit erkennbar gemacht und die Angreifbarkeit des Systems bewiesen werden sollte. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Ausstrahlung des konsequenten Kampfes der Gefangenen, den auch das Isolationsregime der Hochsicherheitstrakte nicht brechen konnte.
Es gab ein starkes Bedürfnis bei vielen, die von all diesen Momenten angesprochen wurden, sie aufgriffen, sich aneigneten und weiterzuentwickeln suchten. Anti-Nato-Mobilisierungen wie die Bush-Demo in Krefeld 1983, die Vielzahl militanter Aktionen in den Jahren 85/86 oder der Antiimperialistische Kongreß in Frankfurt 1986 seien hier nur als Beispiele für diese Entwicklung erwähnt.

Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die im Ansatz angelegten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Stattdessen führte das zur immer stärkeren Verdinglichung des politischen Bewußtseins:
Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des "Bruchs", zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin.

Mit teilweise verheerenden Folgen, die Lutz Taufer in seinem "Brief an einen Gefangenen" (konkret 8/92) ganz zutreffend als "reaktionäre Symbiose" von wortführenden Aktivisten und apologetenhaften Anhängern beschreibt. Daß wir ein *"ehrliches Verhältnis zu unseren Fehlern und Schwächen entwickeln"* (Taufer, ebd.), wird aber verhindert, wenn nur die oberflächliche Erscheinung der "reaktionären Symbiose" beschrieben wird: *"Welche Bedürfnisse auf beiden Seiten mitspielen und woher sie stammen, will ich hier nicht näher untersuchen"* (ebd.).
Denn tatsächlich gibt es dabei mehrere Seiten.
Auch die Gefangenen aus der RAF haben die Diskussion um die im Mai-Papier formulierte Politik der "bewaffneten Aktion" zumindest nicht forciert. Dieser Zusammenhang aber darf nicht länger aus der Auseinandersetzung verdrängt werden. Wird seine Untersuchung nicht zum Ausgangspunkt gemacht, erscheint alles Übrige nur als leichtfertige Schuldzuweisung für den individuellen Sprung aus dem Schlamassel - und läßt die Grundstrukturen unangetastet, statt an ihrer Überwindung zu arbeiten.

V

Denn die Gefahr der heutigen Situation liegt darin, daß dieses verdinglichte Bewußtsein, nachdem es unleugbar an seine Grenze gestoßen ist, nun - anstatt durch Reflexion und selbstkritische Untersuchung seine Grenzen zu überwinden - undialektisch in sein scheinbares Gegenteil umschlägt: An die Stelle, die vorher das "Gesamtsystem" und die imperialistische Strategie eingenommen haben, treten plötzlich, als das Neue, das Andere, die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft".

"Heute fehlt etwas anderes. Das ist nicht durch die Staatsmacht begrenzt. Es fehlt der neue soziale Gedanke, so etwas wie ein neuer historischer sozialer Sinn für die Gesellschaft", so Karl-Heinz Dellwo im konkret-Interview. Daß die spätkapitalistische Metropolengesellschaft über keinen sozialen Sinn verfügt, war allerdings schon Ausgangspunkt der Apo. Ihre Stärke beruhte auf der Entwicklung eines eigenen "sozialen Sinns", aus dem dann auch der bewaffnete Kampf hervorgegangen ist - der ihn allerdings in der eskalierenden Konfrontation mit der Staatsmacht immer mehr verloren hat. Im Mai-Papier sollte dann das Fehlen des "sozialen Sinns", das Fehlen jeglicher Lebensperspektive im System alleine schon die Möglichkeit der revolutionären Front begründen. Heute ist unübersehbar, daß die Konfrontation mit der Staatsmacht keine ausreichende politische Grundlage sein kann. Aber wenn nicht gemeint ist, daß es unsere neue Aufgabe wäre, der bestehenden Gesellschaft einen Sinn zu stiften, dann ist das Fehlen des "sozialen Gedankens" nichts "anderes", nichts Neues, sondern das, wovon revolutionäre Politik immer schon auszugehen hatte: Die Notwendigkeit, im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse einen sozialen Sinn zu entwickeln, der diese transzendiert.
Tatsächlich etwas völlig Neues ist aber, wenn Karl-Heinz Dellwo jetzt sagt: *"Für mich hat RAF bedeutet, ein bestimmtes Vernichtungsverhältnis aufzubrechen, das von diesem Staat immer gegen Minderheiten, gegen Opposition eingesetzt wurde"* (ebd.).
Denn ein Vernichtungsverhältnis läßt sich nur da aufbrechen, wo der zugrundeliegende Widerspruch nicht mehr antagonistisch ist.

Wer jetzt feststellt: *"Wir müssen unser Ghetto verlassen, wir müssen in die Gesellschaft zurück"* (Taufer, konkret 8/92), ohne daran die allererste selbstkritische Frage anzuschließen, wie es nämlich zum damit unterstellten Herausfallen aus der Gesellschaft kommen konnte, für den trifft wirklich zu: *"Die Tür in die Gesellschaft wird erst einmal in jene brandgefährlichen sozialen Gegenden führen, wo der Reformismus lauert"* (Taufer,ebd.).

Es ist diese Gefahr, vor der auch Fülberth zurecht warnt: Daß nämlich in der Euphorie über die neuentdeckten Betätigungsmöglichkeiten beim Erobern von "Räumen" in der Gesellschaft und bei der Suche nach "Lösungen von unten" leicht vergessen werden kann, daß es (wenn dieses Wort einen Sinn haben soll) keine Lösungen unterhalb der Revolution, im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt.
Natürlich geht es um Selbstorganisation, geht es um einen "sozialen Sinn", darum, Ansätze für ein anderes Leben, jenseits der Herrschaft von Geld und Ware zu erkämpfen und so Schritt für Schritt Raum zu erobern. Darum ging es auch bei der Gründung der RAF. Gefährlich sind nicht die "sozialen Gegenden", sondern das Verhältnis, mit dem wir uns ihnen nähern. Dann nämlich, wenn die Haltung, die politische Basisarbeit - sei es in Bürgerinitiativen oder anderen legalen Gruppen, sei es in Gewerkschaften, im Betrieb, an Schulen und Unis -, die zum Teil sogar Ausbildung und Berufsarbeit als "Counter" gebrandmarkt hat, jetzt plötzlich schlicht gewendet wird.
Es ist weniger das tatsächliche Herausfallen (das so total nie war, sonst hätte der antiimperialistische Widerstand nicht so vielfältig und relativ zahlreich sein können), als die im Mai-Papier formulierte mutwillige Verortung des eigenen politischen Standpunkts außerhalb der Gesellschaft, die zu dem jetzt auftauchenden Rückkehr-Bedürfnis geführt hat. Die Neuentdeckung politischer Basisarbeit "in der Gesellschaft" beruht weniger auf deren neuer Qualität als auf der Ignorierung dieses Hintergrunds.

VI

Das Problem ist nur, daß sich aus politischer Basisarbeit nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickeln läßt. Mit dieser Erkenntnis sind wir wieder bei den Fragen der Studentenbewegung angelangt.
Die Tatsache, daß die damaligen Antworten heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu schmeißen.
Deutlich wird das an einer Äußerung von Knut Folkerts im konkret-Interview: *"Der Emanzipationsgedanke muß wirklich aus der Tiefe und geschichtlichen Reife neu begründet werden, weil ja eine ganze Epoche zu Ende gekommen ist. Befreiung - was ist das heute? Heute sind Aufhebungen möglich, wie sie bisher nicht möglich waren. Die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ist z.B. ein Negativausdruck für die tendenziell mögliche Aufhebung der Arbeit. Wir brauchen ein Wirklichkeitsmoment in der Gegenwart, auch weil es ein langandauernder Übergangsprozeß sein wird. Befreiung kann keine Abstraktion bleiben, kein fernes Ziel. Die Ziele müssen in der Lebenswirklichkeit beginnen, als Aneignungsbewegung."*

Daß Befreiung nicht abstrakt bleiben und daß Ziele nicht völlig außerhalb der Lebenswirklichkeit wurzeln dürfen, ist sicher richtig - aber nicht erst seit gestern. Schon vor längerem hat Marx deswegen mal das Kapital als die bestimmende Sphäre der Lebenswirklichkeit in der bürgerlichen Gesellschaft analysiert, um so den Idealismus der utopischen Sozialisten auf eine materielle Grundlage stellen zu können.
So konnte er das Proletariat und die Industrialisierung als diejenigen "Wirklichkeitsmomente in der Gegenwart" bestimmen, von denen aus revolutionäre Politik im langandauernden Übergangsprozeß damals entwickelt werden mußte. Seither geht es darum, was unter dem "Wirklichkeitsmoment" für die konkrete politische Arbeit zu verstehen ist. Etwa Lenin oder Luxemburg haben das als Problem von Reform und Revolution untersucht und auch heute noch Lesenswertes darüber geschrieben.
Darauf aufbauend hatte die RAF im "Konzept Stadtguerilla" festgestellt: *"Die 'revolutionären Übergangsforderungen', die die proletarischen Organisationen landauf landab aufgestellt haben, wie Kampf der Intensivierung der Ausbeutung, Verkürzung der Arbeitszeit...etc., - diese*

Übergangsforderungen sind nichts als gewerkschaftlicher Ökonomismus, solange nicht gleichzeitig die Frage beantwortet wird, wie der politische, militärische und propagandistische Druck zu brechen sein wird, der sich schon diesen Forderungen aggressiv in den Weg stellen wird, wenn sie in massenhaften Klassenkämpfen erhoben werden."

Die Gründung der RAF als damalige Antwort kann heute natürlich nicht stupide wiederholt werden. Aber richtig bleibt, daß sich heute genauso allen Veränderungen, die auf eine Überwindung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit zielen, mächtige und aggressive Kräfte in den Weg stellen. Zudem ist die Erkenntnis des Zusammenhangs von struktureller Arbeitslosigkeit und möglicher Aufhebung der Arbeit nicht neu, die IG Metall beispielsweise begründet darauf seit Ende der 70er Jahre ihre Tarifpolitik. 1980 formulierte André Gorz seinen "Abschied vom Proletariat", wo er aus dem Gedanken der "möglichen Aufhebung der Arbeit" ein Modell entwickelt, das ebenso zwangsläufig wie konsequent die Grundlagen der Metropolengesellschaft, nämlich die imperialistische Arbeitsteilung des Weltmarkts, unberührt läßt.

Wenn es jedoch um mehr geht als um die andere Verteilung des geraubten Profits zur Aufrechterhaltung des zerstörerischen Konsumwahns, dann sind gesellschaftliche Umwälzungen nötig, die ein Ende des gift- und müllproduzierenden Metropolenwohlstands, eine Umwälzung der imperialistischen Weltmarkt-Arbeitsteilung mit sich bringen - und somit zwangsläufig ein Mehr an Arbeit für alle Menschen weltweit.

Die Vorstellung von der Abschaffung der Arbeit ist nur der konsequent zu Ende gedachte sozialdemokratische Gedanke von Umverteilung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse. Wenn der Zusammenbruch des Realsozialismus als Zeichen einer zu Ende gegangenen Epoche etwas gezeigt hat, dann ist es die Priorität von Eigeninitiative, von Selbstorganisation.
Statt um "Abschaffung der Arbeit" geht es um die Verfügungsgewalt: um die gleichberechtigte Selbstbestimmung aller beteiligten Menschen darüber, was und wie produziert wird.
Auch ohne eine fertige Antwort auf die Frage nach der praktischen Durchsetzung dieses Zieles wird an dem Beispiel deutlich, warum revolutionäre Politik nicht unmittelbar auf das zurückgreifen kann, was in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon vorhanden ist.

Das "Wirklichkeitsmoment" ist das in dieser Gesellschaft nicht lösbare Problem der Massenarbeitslosigkeit, aber durch die eurozentristische Vorstellung von "Aufhebung der Arbeit" wird es sich gerade nicht revolutionär überwinden lassen. Andererseits ist der Gedanke von Selbstorganisation in den real existierenden Arbeitskämpfen so gut wie nicht vorhanden. Aufgabe revolutionärer Politik ist deshalb, ihn dort hineinzutragen. Das setzt aber eine Verankerung in dieser "sozialen Gegend" voraus, die in der antiimperialistischen Linken bisher tendenziell für überflüssig oder falsch gehalten wurde. Diese Verankerung, dort wie in anderen "sozialen Gegenden", ist Korrektur eines Fehlers, ist Voraussetzung für, ist aber nicht selbst schon revolutionäre Strategie. Nicht die "sozialen Gegenden", sondern diese Verwechslung ist das "brandgefährliche", "wo der Reformismus lauert".

Dasselbe gilt für die "sozialen Prozesse in der Gesellschaft". In der zweiten Hälfte der 70er Jahre entstanden in den unterschiedlichsten Bereichen soziale Bewegungen, in denen eine Vielzahl von Erfahrungen gesammelt wurden. Sie alle sind später je für sich an eine Grenze gestoßen, nämlich an die Macht und an die Integrationsfähigkeit des Kapitals. Schon vorher gewußt zu haben, daß sie ihre Ziele gegen diese Macht nicht einfach werden durchsetzen können, rechtfertigt nicht ihre Geringschätzung durch die antiimperialistische Linke als "Teilbereichskämpfe", die von echtem revolutionärem Kampf gegen die imperialistischen Zentren eher ablenken würden. Sicher, die AKWs stehen noch, die Startbahn West ist gebaut, die Häuser sind geräumt, die Raketen stationiert - doch auch hier ist der Erfolg nicht das einzige Kriterium.
Mit der neuen Entdeckung der "sozialen Prozesse" und ihrer Bedeutung aber umgekehrt das Wissen um ihre Begrenztheit aufzugeben, wäre ein ebenso schlimmer Fehler, genauer: die Fortsetzung des alten mit umgekehrten Vorzeichen. Erst die richtige Einschätzung aller konkreten Kämpfe, sowohl in ihrer gesellschaftlichen Begrenztheit als auch in der politischen Brisanz der darin aufbrechenden Widersprüche, der entstehenden Umgangs- und Organisationsformen, der Mittel und Ziele macht es möglich, auch aus ihren konkreten Niederlagen nicht als Verlierer hervorzugehen.
Das gilt gleichermaßen für die Kämpfe der sozialen Bewegungen wie für die des antiimperialistischen Widerstands. Statt der bedingungslosen Identifikation mit den einzelnen Forderungen und den jeweiligen Parolen geht es darum, diese Eingebundenheit und Widersprüchlichkeit zu erkennen und ertragen zu lernen. (Wir empfehlen: Mao lesen, z.B. "Über den Widerspruch"!)
Denn es gibt keine einfachen, gradlinigen, unverrückbaren Siege, der revolutionäre Prozeß ist keine Entscheidungsschlacht. Erst dieses Bewußtsein setzt uns in die Lage, ein Leben lang zu kämpfen, anstatt in grandiosen Anstrengungen auszubrennen, um sich dann zurückzuziehen.
Daraus erst entsteht Identität, die auch für andere erkennbar sein wird, das ist der Schritt von Subkultur zu eigener Kultur - und endlich auch die Überwindung der vielbeklagten Unfähigkeit zu solidarisch-kritischem Streit.

VII

Heute müssen wir von Niederlage sprechen und nicht von einer Grenze:
Anders als bei der Grenze, an die die Apo 1970 gestoßen war, geht es heute nicht um eine Transformation der fortgeschrittensten Praxis in eine höher organisierte Form, sondern es geht zunächst nur um die Bestimmung der nach wie vor gültigen Analysegrundlagen und derjenigen Elemente unserer Geschichte, die in veränderten, für heute angemessenen Ansätzen und Formen weiterentwikkelt werden sollen.

Einige zentrale Ausgangsbedingungen sind immer noch dieselben wie vor 25 Jahren, wenn auch in extrem verschärfter Form: Das Problem der Entfremdung, der Verdinglichung aller menschlichen Verhältnisse, der zunehmenden Kapitalisierung und warenförmigen Durchdringung aller Lebensbereiche. Voraussetzung für die Subjektwerdung, für den Aufbau von Formen der Selbstorganisation, ist nach wie vor ein "Bruch" mit dieser umfassenden gesellschaftlichen Fremdbestimmung. "Bruch" darf aber weder

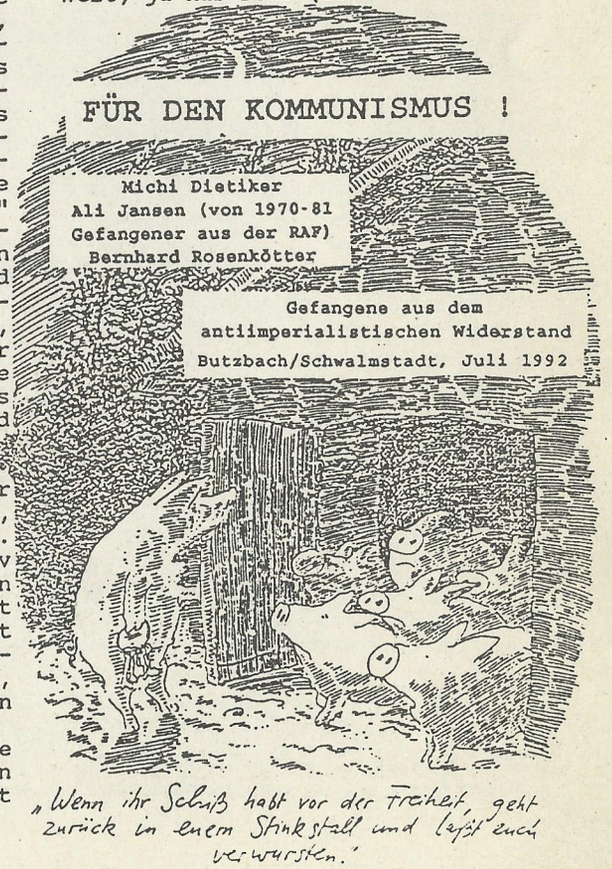
autonome Selbstgettoisierung sein, noch Bruch mit der gesamten Lebenswirklichkeit der Metropolengesellschaft durch die Identifikation mit einem illegalen Terrain, das zudem isoliert ist und nicht Fraktion einer Bewegung.
Trotzdem muß er, als Bruch in der Wertsetzung, als Bruch mit der kapitalistischen Determination, im eigenen Leben für andere erkennbar sein.
Anstelle des Holzhammerverhältnisses "Jeder muß sich entscheiden" geht es um die Suche nach Formen, in denen viele Menschen Schritt für Schritt diesen Bruch mit den Werten des metropolitanen Konsumalltags vollziehen können. Innerhalb dieses Rahmens bleiben Sabotage und bewaffnete Aktion grundsätzlich unverzichtbar. Genauso, wie es falsch ist, in der illegalen bewaffneten Aktion die Verkörperung des "Bruchs" zu sehen, die höchste Form revolutionärer Politik schlechthin, so ist es falsch, den bewaffneten Kampf mit dem "Sturm aufs Winterpalais", mit einer letzten Aufstandsphase zu identifizieren, wie Fülberth das in schlechter DKP-Tradition tut. Im Fall der russischen Revolution ist letzteres übrigens auch historisch falsch, denn trotz aller Widersprüche war der "Terrorismus" der Narodniki in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein wichtiger Vorläufer, ohne den die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Russland nicht verstanden werden kann.
Damit soll natürlich keine Analogie zur heutigen Situation zusammengeschustert werden, aber das Winterpalais-Argument fällt sogar hinter das politische Niveau der Friedensbewegung zurück, die immerhin mit Sitzblockaden schon Formen massenhaften zivilen Ungehorsams organisiert hat, und zwar bewußt als Sabotage, als Angriff auf das herrschende Gesetz, anstatt alles auf eine spätere Ausnahmesituation namens Aufstand zu verschieben.

Gleichzeitig geht es um die Suche derjenigen Wirklichkeitsmomente in der Gesellschaft, die den grundlegenden Widerspruch und seine mögliche Aufhebung beinhalten. Anders als vor 20 Jahren, vor dem Hintergrund einer breiten Bewegung mit starken revolutionären Impulsen, sind diese heute aber nicht in den gesellschaftlichen Konflikten schon aufgreifbar vorhanden. Vorhanden sind nur die Probleme, an denen sich der Widerspruch zeigt, aber die Momente seiner möglichen Aufhebung können zunächst nur abstrakt bestimmt werden: Jede Konkretion als "Lösung von unten" mündet zwangsläufig in Reformismus. Wirkliche Konkretion kann nur im praktischen Kampf erfolgen, auf der Grundlage des Bewußtseins, daß es keine Lösungen unterhalb der Revolution gibt, und daß die Richtigkeit jedes einzelnen Schrittes sich daran bemißt, ob er den Blick auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang freilegt oder verschüttet.

Statt der unbeantwortbaren Frage nach einer Gesamtstrategie oder einer Zentralperspektive geht es also um die immer weitergehende Bestimmung von Kriterien und deren schrittweise Konkretion in der Praxis.
Diese Kriterien können zunächst nur abstrakt bestimmt werden, denn die Entwicklung revolutionärer Politik verläuft dialektisch: Sie verläuft unausweichlich in dem ständigen Widerspruch von abstraktem Wertmaßstab und notwendig unzulänglicher praktisch-gesellschaftlicher Umsetzung.
Es gibt die lange Tradition eines falschen, positivistischen Verständnisses der gesellschaftlichen Widersprüche, das letztlich in allen Fehlern und Niederlagen linker Politik eine Rolle gespielt hat. Diesem Verständnis erscheinen gesellschaftliche Widersprüche als etwas Äußerliches, sie müssten nur richtig erkannt werden und linke Politik könnte dann auf der "unteren" Seite dieses Widerspruchs eindeutig, klar und in sich widerspruchsfrei Position beziehen.
Das ist keine Eigenart der alten Lehre vom Hauptwiderspruch Kapitalverhältnis, dem alles andere als Nebenwiderspruch untergeordnet wurde, es hat genauso in dem reduzierten Antiimperialismus-Begriff der 80er Jahre eine wichtige Rolle gespielt.
Tatsächlich aber ziehen sich die Widersprüche immer und unausweichlich auch durch die eigene Praxis. Es gibt keinen "Bruch", kein Programm und keine Strategie, mit dem wir uns selbst aus den widersprüchlichen Zusammenhängen von Rassismus, Sexismus und Klassenwiderspruch hinauskatapultieren könnten. Revolutionäre Politik kann nicht durch die Bestimmung einer "richtigen" Praxis oder einer "richtigen" Position aufgebaut werden, sondern nur durch ständige kritische und selbstkritische Überprüfung, Veränderung, Weiterentwicklung, erneute Überprüfung und so weiter - in einem Prozeß, in dem die Kriterien durch die Praxis zunehmend an Umfang und Deutlichkeit gewinnen.

Welche Kriterien aus unserer Geschichte zu gewinnen sind, haben wir zu skizzieren versucht. Sie bleiben vorerst relativ abstrakt. Aber nicht das Fehlen von Wirklichkeitsmomenten, nicht das Fehlen klarer Vorgaben ist das Problem, sondern das Bedürfnis nach eindeutigen Gewißheiten, nach einer widerspruchsfreien Position.
Wenn wir eine wirkungsvolle konkrete Praxis entwickeln wollen, die sich nicht selbst wieder fesselt und verdinglicht, müssen wir die Angst vor Widersprüchen, die Abneigung gegen das Abstrakte überwinden.
Hier wird der Mut zur Befreiung gebraucht.
Voraussetzung ist das Wissen um den grundlegenden Antagonismus.
Aber lebendige revolutionäre Politik kann nur aus der praktischen Kenntnis und der Verankerung in den vielfältigen gesellschaftlichen Widersprüchen entstehen, aus der Neugier auf das Leben.

"Es gibt riesige Täuschungen der Unwissenheit, Betrug an falscher Phantasie, Weihrauch über durchschaubaren Gefühlen. Doch es gibt auch rote Geheimnisse in der Welt, ja nur rote"(Ernst Bloch*).



*ebd. S. 409

GESELLSCHAFT ODER GHETTO

TEXT von LUTZ TAUFER

es gab immer widersprüche in der gefangenengruppe, und es gibt sie. so auch 1992. die ursachen sind vielfältig, aber ich denke doch, die kontraste gehen in letzter konsequenz auf die frage gesellschaft oder ghetto zurück.
es gibt unter uns welche, die ende der sech-ziger, anfang der siebziger jahre die erfahrung einer antisystemischen und emanzipativen bewegung gemacht haben, die angetrieben war, verantwortung übernehmen zu wollen für ein gesellschaftliches ganzes. aus dieser zeit ist die raf entstanden. und es gibt gefangene, die aus einer zeit kommen, in der dieses erlebnis, diese erfahrung, dieses selbstverständnis vom politischen nicht soohne weiteres zu haben war. ich denke, der unterschied liegt vor allem dort: wo jene bewegung versucht hat, abgrenzungen zu durchbrechen, ist das ghettobewußtsein darum bemüht, abgrenzungen zu errichten. die von einer gespenstischen substanzlosigkeit gekennzeichnete debatte des jahres 1992 ''revolutionär'' vs. ''reformistisch'' ist nur noch der letzte beweis dafür. in wirklichkeit geht es nicht um '' revolutionär'' oder ''reformistisch'', sondern um ghetto oder gesellschaft. ein bewußtsein gesamtgesellschaftlicher und gesamtpolitischer verantwortung kann offenbar durch diskussion und aufklärung darüber nicht erreicht, es kann nur durch praktische erfahrungen erlernt, akkumuliert werden. entweder in einer existierenden oder sich entwickelnden aufbruchsbewegung, oder, wo es das nicht gibt, in jenen gesellschaftlichen gegenden, ''wo der reformismus lauert.'' also in jenen bereichen, in denen ulrike meinhof, gudrun ensslin, andreas baader, jan carl raspe und holger meins ihre ersten politischen lernprozesse machten: in der antiatombewegung der fünfziger und sechziger jahre, in den bereichen jugendarbeit, erziehung und kultur der sechziger und siebziger jahre. müßten diese heute unter die augen unserer ''revolutionäre'' treten, sie würden mit sicherheit als ''reformisten'' entlarvt und ein für alle mal ausgegrenzt werden. sicher, sie hatten damals den faschismus im rücken, wo hinter uns heute der zusammenbruch des realsozialismus liegt. das verändert die ausgangsbedingungen. dennoch: der weg in jene gegenden, wo der reformismus lauert, ist zweifellos ein riskanter und schwieriger weg aber der weg ins ghetto ist sinnlos. was sich zwischen anfang 1989 und ende 1992 in unseren zusammenhängen an widersprüchen und denk- und handlungsblockaden entwickelt hat, ist bestimmt von dieser unaufgelösten spannung zwischen den beiden polen ghetto und gesellschaft.

wenn im jahr 1992 ein bundesminister der öffentlichkeit den gedanken in den kopf gesetzt hat, raf gefangene müßten freigelassen werden, wenn dieser simple politische tatbestand eine breite öffentliche diskussion ausgelöst hat, dann handelt es sich bei diesem vorgang um ein ereignis auf politisch-gesellschaftlicher ebene. vollkommen gleichgültig, was hinter dieser kinkel-, kgt- oder was-weiß-ich für eine initiative sonst noch stecken mag. wenn es uns nicht gelungen ist, diesen einfachen politischen tatbestand für uns zu entwickeln, weiterzuziehen, auszubauen, dann nicht deshalb, weil die raf eine reformistische erklärung abgegeben oder irgendein geheimdienstklüngel counterstrategien sich ausgedacht hat, sondern weil die gefangenengruppe und scene sich am unaufgelösten widerspruch zwischen ghetto und gesellschaft seit jahren gegenseitig blockiert und längst in die handlungsunfähigkeit manövriert hat. wenn sich die gefangenengruppe ein jahr lang nicht gerührt hat, um danach festzustellen, unser feind will uns vernichten, ist diese vorhersage von ebensolcher visionärer kraft wie wenn du sagst: wenn du barfuß im schnee gehst, bekommst du kalte füße.

michael dietiker, ali jansen und bernhard rosenkötter haben in ihrem beitrag (konkret, november 1992) richtig aufgezeigt, daß der revolutionäre kampf der raf nicht vom himmel gefallen ist, sondern daß inhalte und ziele, die mit bewaffneter politik weiterentwickelt werden sollten, bereits von der 68er-bewegung, ihrerseits eine revolutionäre bewegung, in die welt gesetzt worden waren.
aber auch diese ist nicht vom himmel gefallen! sie bereitete sich vor in jenen gegenden, in denen der reformismus lauert.

''selbst ein so sympathisch nüchterner mann wie schäuble spricht vom verlust der wertbindungen, der mitte der sechziger jahre entstand'', berichtet die süddeutsche zeitung am 7.12.1992 von einer schäuble-''rede über deutschland''. was ist es, was diesen ''nüchternen'' politiker dermaßen irritiert, ein viertel jahrhundert nach seiner zeit als einer der anführer des rings christlichdemokratischer studenten in freiburg? sicher nicht diese oder jene aktion der studentenbewegung, eher schon der zumindest partiell und temporär erfolgreiche angriff auf jene denkmuster und mentalitäten, die den kapitalismus im innersten, bis jetzt jedenfalls, einigermaßen am laufen hielten: die verlorengegangenen anbindungen an die herrschenden werte. unschwer zu begreifen, daß eine solche eindringliche offensive nicht durch rückzug ins ghetto geschieht, sondern durch jene bewegung, die in der genau entgegengesetzten richtung sich entfaltet.

wie nun aber jener eigentümliche gedankensprung, mit dem schäuble, an die denunziation von 68 anknüpfend, in seiner rede fortfährt: ''und er appelliert an das deutsche volk, sich nicht nur am konsum zu orientieren, sondern auch die freude am kind zu entwickeln''?
wie?! hat 68 hemmungslosen konsum propagiert, haben wir zielstrebig auf jene kinderfeindliche gesellschaft hingearbeitet, wie wir sie heute haben? warum redet dieser mann solchen unsinn? ich denke, wir müssen dabei zweierlei auseinanderhalten: erstens die tatsache, daß die warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (in schäubles worten: alleinige orientierung am konsum) zu einer unaufhaltsamen verwahrlosung der gesellschaft, ihrer sozialen bindekräfte und so ihrer reproduktion überhaupt führt (fehlende freude am kind), akut bedrohlich vor allem in den erfolgen neofaschistischer rattenfänger bei tausenden von kindern und jugendlichen sichtbar.
und zweitens, daß selbst einem schäuble inzwischen dämmert, was ein marx schon vor 140 jahren skizziert hat: daß nämlich unter dem fundamentalismus der ware verhältnisse zwischen menschen zu verhältnissen von sachen werden. als führender cdu-politiker kann er dieses aber nicht aussprechen, vermutlich noch nicht einmal in seinem bewußtsein zulassen, also wird es abgespalten und auf einen sündenbock projeziert. von daher die brüche in seiner argumentation.

das klima in diesem land ist in den letzten beiden jahren umgeschlagen. eine dramatische entwicklung, die in ihrem vollen ausmaß erst 1992 deutlich geworden ist. was wir heute wissen, war zu beginn des jahres noch nicht sichtbar. reaktionäre bis faschistische tendenzen, und zwar nicht nur in organisierter form in der bandbreite von spd bis hin zu bewaffneten neonazistischen trupps, haben sich breit gemacht. und längst auch das alltagsbewußtsein erreicht. werte und denkmuster der linken kommen nicht mehr oder nur in diffuser, widersprüchlicher form zum tragen. breit angelegte aktionen gegen rassismus, antisemitismus und nazismus haben stattgefunden, als koalitionen von linken, sozialdemokratischen und bürgerlichen kräften. ihre traditionelle rolle als motor solcher mobilisierungen hat die linke eingebüßt. schlimmer noch: da demonstrieren millionen gegen faschismus und militanten rassismus, ohne zuvor mit der herrschenden wertskala gebrochen zu haben. und doch muß auch daran erinnert werden: bei allen grausamen verirrungen war es in der bisherigen geschichte die linke, die kontinuierlich dafür garantiert hat, daß um menschliche und soziale emanzipation gekämpft wird. ein anderes politisches kontinuum, das auch nur ähnliches für sich in anspruch nehmen könnte, fällt mir, in deutschland jedenfall, nicht ein. wenn es nach dem zweiten weltkrieg in diesem land eigen-ständige demokratisierung gegeben hat, so war das nicht der us-import dollars & democracy, es war die 68er-bewegung, die das, was der faschismus nach dem judentum innerstaatlich am grausamsten verfolgt und nahezu ausgemerzt hatte, die linke, ihre werte, kultur und kontinuität, wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west.

und wenn heute eine re-faschisierung läuft, dann breitet sie sich aus in jenem politisch-kulturellen vakuum, das diese linke in ihrem rückzug aus einer gesamtgesellschaftlichen verantwortung und neusetzung von werten und einstellungen hinterlassen hat.

die welt, nicht zuletzt die westlichen systeme, befinden sich in einem sich beschleunigenden prozeß der implosion, der vermutlich von ähnlicher dimension sein wird wie der übergang vom mittelalter zur neuzeit. und insofern ist der satz vom ende der geschichte wahr. aber die verwechslung einer neuen zeit mit der mensch und natur in ihrer weiterexistenz bedrohenden apokalypse namens wareagesellschaft zeigt nur, wie sehr die mächtigen selbst in perspektivischer ratlosigkeit befangen sind. das macht sie nicht ungefährlicher, im gegenteil. ''aktionismus statt politik'', bilanziert die süddeutsche zeitung die bonner politik des jahres 1992. aber ihre versuche, die bedrohlicher und unbeherrschbarer werdende situation unter aufbietung aller mittel und brutalitäten, unter abwurf auch noch des letzten moralischen ballasts, doch noch einmal zu stemmen, ist der historischen situation gegenüber genauso blind wie der ''blick über kimme und korn.'' dieser situation ein ''revolutionäre projekt'' entgegenzustellen, das auch nach einjähriger debatte über das stadium guter absichten und böser unterstellungen nicht hinausgekommen, halte ich nicht für einen angriff auf diese verhältnisse, sondern für einen rückzug von ihnen.

meine güte! wer wollte bezweifeln, daß diese verhältnisse, wie sie sich destruktiver und katastrophenhafter kaum darstellen könnten, radikal umgewälzt werden müßten! aber die erschießung von sogenannten eliten hat nichts verändert, und umgewälzt schon gar nichts. weder hat die erschießung von zimmermann die politik der deutschen rüstungsindustrie oder auch nur die von mtu in eine andere richtung bringen können noch die erschießung von braunmühls die nahostpolitik der bundesregierung. wenn das wort vom revolutionären kampf einen materiellen, also nach prüfbaren gehalt hat - und es ist ein wort, das nicht nur von veränderung, sondern von heftigster veränderung spricht -, dann war die wirkung der bewaffneten aktionen im einzelnen wie in ihrer gesamtheit weniger als reformistisch. ob eine politik revolutionär ist oder nicht, bestimmt sich am ende wirklich nur darüber, ob sie die verhältnisse in richtung revolution gebracht oder zumindest verändert oder prozesse in diese richtung initiiert hat.

''die raf war die ganzen 22 jahre über immer eine relativ kleine gruppe'', so die illegalen in ihrer august-erklärung. die geschichte der raf ist die geschichte einer gruppe, die in 22 jahren niemals größer als 20 oder 30 leute war. und dies hängt damit zusammen, daß jene linken, die seit 22 jahren vom revolutionären kampf reden, sorgfältig darauf geachtet haben (von ausnahmen abgesehen), persönlich sich in sicherer distanz zum bewaffneten kampf zu halten. darin liegt für mich die realexistierende distanzierung von bewaffneter politik! und sicher nicht in einer erklärung, die karl heinz dellwo vor kurzem für einige raf-gefangene abgegeben hat (um das, was in den verfahren von uns gesagt werden würde, öffentlich zu machen). ich halte es für eine schon recht eigenartige, um nicht zu sagen spießermäßige haltung, von andern zu verlangen, die sollten gefälligst ihr leben aufs spiel setzen, und selbst achtet man genau darauf, den eigenen hintern im warmen zu halten. von ein oder zwei militanten demos im jahr abgesehen. wenn überhaupt! ich kritisiere diese ''revolutionäre'' nicht, weil sie nicht in die illegalität gehen. aber ich kann mich eines gefühls der geringschätzung nicht erwehren, wenn diese ''revolutionäre'' noch nicht mal den mumm zu der sich nun schon seit vielen, vielen jahren aufdrängenden feststellung aufbringen: wenn sie selbst nicht die kraft und die courage aufbringen, bewaffnet zu kämpfen, wenn ihre genossinnen und freundinnen, ihre freunde und genossen um sie herum diese kraft und diese courage nicht aufbringen, wenn diese geschichte sich 22 jahre lang wiederholt und wiederholt und wiederholt - daß sich dann die subjektive schranke des einzelnen, in die illegalität zu gehen, zu einer objektiven schranke für bewaffneten kampf verdichtet hat: daß es eben nicht geht. und daß die leute, die es machen können, in diesem land schlicht und einfach nicht existieren.

nahezu ein halbes jahrzehnt ist es her, daß die gruppe der rafgefangenen öffentlich erklärt hat, zum gespräch mit gesellschaftlichen gruppen bereit zu sein. voraussetzung wäre natürlich gewesen, daß die gefangenen tatsächlich als gruppe sich mit gruppen aus der gesellschaft würden auseinandersetzen können. die vorstellung, wie sie damals, 1988, von sozialdemokratischer seite ins spiel gebracht worden war, einzelne wenige gefangene für ein paar stunden raustreten zu lassen zur diskussion, raustreten zu lassen aus langjähriger isolation, glich eher einer erfolgskontrolle jenes haftregimes, das heute, wo die stasi es eingesetzt hatte, als isolationsfolter strafrechtlich verfolgt wird. mit sicherheit war diese vorstellung von einer ''diskussion'' einer partei würdig, die in den 70er jahren die eskalation tatkräftig und systematisch hochgezüchtet hatte, um sich 1992 im schulterschluß mit der csu wiederzufinden. vier jahre nach den ''diskussions''-erklärungen der gefangenen vom august 88 mußten wir in diesem jahr eine menge energie darauf verwenden, um zu verhindern, daß bernd rößner dorthin kommt, wohin ihn bundesanwaltschaft und ihr psychiatrischer gutachter haben wollten: in die geschlossene abteilung einer psychiatrischen anstalt. noch immer gibt es raf-gefangene, die haftbedingungen ausgesetzt sind, so etwa brigitte mohnhaupt in aichach, die mit dem herbst 77 sehr viel, mit der in diesem jahr vom bundeskanzler annoncierten normalisierung aber überhaupt nichts zu tun haben. während die gefangenen auf einen politischen weg setzen, klettert die bundesanwaltschaft noch immer durchs dickicht der 70er jahre, setzt auf psychiatrie und psychiatrische diagnose. die gefangenen wollen den weg des subjekts, der gemeinsamen diskussion drinnen/draußen und dazu die zusammenlegung, staat und justiz wollen den weg der vereinzelung, des abschwörens, den weg der unterwerfung. die staatsschutzkonstrukte, mit denen über 20 jahre lang versucht worden war, isolation zu rechtfertigen und die zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand zu verhindern, haben sich längst in luft aufgelöst. von zellensteuerung, infosystem, 7000 kassibern redet heute kein mensch mehr. trotzdem die mitteilung der bundesjustizministerin vor ein paar monaten, es werde keinerlei zusammenlegung geben. warum? dazu die frankfurter rundschau am 5.9.1992:

> vor allem aber fürchten sie einen möglichen ''katalysatoreffekt''- ein solches meeting aller raf-gefangenen ''würde dann ja beschlüsse fassen und erklärungen abgeben, zu themen wie bewaffneter kampf, ökologie, altersarmut und strategien, die man verfol gen will.''

laut duden ist ein katalysator ein ''stoff, der durch seine anwesenheitchemische reaktionen herbeiführt oder in ihrem verlauf beeinflußt.''
hauptaufgabe des jahres 1992 für uns war nicht, diesen minister oder jenen geheimdienstklüngel als unmoralisch oder unehrlich zu entlarven, um daraus eine legitimation für jenes ominöse revolutionäre projekt zu saugen, das ansonsten keine erkennbaren eigenschaften besitzen würde, hauptaufgabe des jahres 1992 und vor allem der beiden jahre zuvor wäre es gewesen, den mit den erklärungen aus '88 und dem hs 89 begonnen weg zu handlungsmöglichkeiten und bewegungsspielräumen innerhalb der gesellschaft auszubauen. der erste schritt in diese richtung konnte wirklich nur sein: auflösung der altbestimmungen revolutionärer politik, weil eine neubestimmung nicht möglich ist, solange die vorstellungen von revolutionärer politik dermaßen penetrant im bild der 80er jahre fixiert sind. ich bin in der letzten zeit häufiger kritisiert worden. nicht deshalb, weil ich an jener revolutionären debatte nicht teilgenommen habe, an deren ende wir nun endlich wissen, daß der imperialismus seine gegner vernichten will, sondern wegen meines pizzabeitrags. und zwar konkret deshalb, weil ich die 80er jahre ausgespart hatte. ich habe das getan, weil ich das wort von der selbstbestimmung ernst nehme.

vor einiger zeit bekamen wir den erschrockenen bericht einer gefangenen, die entlassen worden war. sie berichtete von gesprächen im kleineren kreis und/oder auf veranstaltungen, wo es aus den leuten nur so rausplatzen würde. vom ''fronttrauma'' sei immer wieder die rede gewesen, einige seien in die psychiatrie gekommen, die besten seien davongelaufen. wer tatsächlich glaubt, diesen noch immer unangetastet belassenen betonklotz 80er jahre, ihre entfremdungen und entpolitisierungen, diesen traumatischen status quo, über den selbst die radikale linke tief zerstritten war, der tiefe verletzungen hinterlassen hat, zur grundlage machen zu können irgendeiner weiteren politik, egal ob als kampf um zusammenlegung oder freilassung oder als diskussion mit allen gesellschaftlichen gruppen oder als zu begründendes ''revolutionäres projekt in der gesellschaft'', der muß sich fragen lassen, ob er überhaupt politikfähig ist. und wer meint, um diese folgen unserer

politik brauche sie sich nicht zu kümmern, sollte vom kampf gegen patriarchat und rassismus schweigen.

nachdem der hungerstreik 1989 von einem erfolg in sachen gesellschaftliche mobilisierung gekennzeichnet war, auch wenn die zentrale forderung nach zusammenlegung nicht hatte durchgesetzt werden können, starb dieser wichtige impuls wieder ab, nachdem von uns nichts kam. sicher ist es sehr schwer, insbesondere für gefangene, die allein sind, in einer solchen diskussion zwischen drinnen und draußen orientierung oder aktiver teilnehmer zu seine um dir einen überblick über die eigene geschichte und die politische und gesellschaftliche entwicklung zu verschaffen, brauchst du muse und gelassenheit, unter dem täglichen druck von isolationshaft ist dies nur schwer möglich. immerhin hat es im jahr 1992 diskussionsbeiträge von gefangenen aus raf und widerstand gegeben, von solchen, die einzeln sind, von solchen, die in gruppen sind. ich denke aber, wenn gerade jene gefangene, die sich ganz besonders eng mit dem frontkonzept und so der politik der 80er jahre verbunden wissen, bis heute dazu schweigen, liegt das zumindest nicht allein an den haftbedingungen. mit der doktrinären gewißheit, alles richtig gemacht zu haben und in zukunft alles richtig zu machen, hat man und frau sich eines abgeschnitten: das leben und kämpfen im bewußtsein von der ständigen unfertigkeit unserer sache und so die neugierde auf weiterentwicklung. karsten, dessen "fünf blicke eines insulaners" grade im angehörigeninfo erschienen sind, schrieb kürzlich: "wirklich konstruktiv sind doch nur die differenzen, unklarheiten, und die arbeit daran."

es gibt heute gewisse mystifikationen. da ist etwa die rede vom verlorenen jahr 1992. du könntest den eindruck gewinnen, die jahre davor seien jahre voller kampf und initiative gewesen, und dieser bundesjustizminister, oder schlimmer noch, irgendein geheimdienstklüngel, habe diesem brausen jäh einhalt geboten. aber bitte! umgekehrt wird ein schuh draus. die öffentliche ankündigung, rafgefangene sollten freigelassen werden, haben gefangenegruppe und scene aus einem zweijährigen dornröschenschlaf aufgeschreckt, jedenfalls, was unsere angelegenheiten betrifft rolf heißler wußte seinem revolutionären publikum bereits am 11.1.92 zu enthüllen, worum es bei der ganzen sach geht: "die einen, bei denen sie physische und psychische vernichtung aufgrund der bedingungen weit genug vorangetrieben sehen, lassen sie raus." womit wohl vor allem irmgard möller, günther sonnenberg, bernd rößner und ich gemeint waren und zwotens gemeint war: wer rauskommt, mit dem stimmt was nicht. damit traf rolf sicher den geschmack des publikums, hatte es doch die monate zuvor unsere versuche, die freilassungsfrage zu thematisieren mit der naßforschen gegenfrage beantwortet, ob wirs denn im knast nicht mehr aushielten. wobei diese menschliche entfremdung ihre verlängerung in einer begrifflichen entfremdung fand. sturm wurde gelaufen gegen eine anerkennung des staatlichen gewaltmonopols, als ob mit der hinnahme jahrzehntelanger gefangenschaft als eine art naturzustand das staatliche gewaltmonopol nicht nur anerkannt, sondern mit solchen fragen, ob wirs denn im knast nicht mehr aushielten, gradezu propagiert würde!

spätestens mit dem hungerstreik 1989 bestand die hauptaufgabe darin, die überfällige bilanz des bewaffneten kampfs zu verbinden mit der suche nach einer gesamtlösung einerseits und einer neuen perspektive andererseits. aus der erkenntnis der tatsache, daß der bewaffnete kampf an eine definitive grenze gestoßen war und diese definitive grenze sich vor allem in einer völligen reduzierung der bewegungsspielräume in der gesellschaft sich manifestierte, eine tatsache, die für jede und jeden erkennbar sein mußte, auch ohne zusammenlegung - mußte folgern, daß für eine rückgewinnung politischer handlungs- und bewegungsspielräume die altbestimmungen revolutionärer politik aufgelöst werden müssen, um herz und verstand für deren neubestimmung freizubekommen. diese beiden ziele, neubestimmung und gesamtlösung, waren in der tat überfällig. sie waren notwendig, und zwar völlig unabhängig von kinkel-, kgt- oder sonstigen initiativen. wenn welche kritisieren, daß die illegalen und/oder gefangene auf die kinkel-initiative in der erfolgten yeise reagiert haben, ist an dieser kritik sicher was dran. selbstverständlich wäre es besser gewesen, wenn wir, vor allem die gefangenengruppe in diesem prozeß den ersten schritt gemacht hätten, ohne auf eine staatliche initiative reagieren zu müssen. und sicher wäre es klüger gewesen, die durcharbeitung unserer geschichte wäre von uns, den gefangenen gekommen statt von der raf.
nachdem aber die gruppe in den jahren 89 bis 91 diesen überfälligen prozeß nicht in die hand genommen hatte, und nachdem im januar 1992 plötzlich eine breite öffentlichkeit zu uns da war, mußte selbstverständlich diese gelegenheit ergriffen werden, um das beste daraus zu machen. verweigerung ist in 99 von hundert fällen falsch. so auch hier.

mitte januar hatte die celler gefangenen den entwurf einer gemeinsamen erklärung vorgelegt, der nach folgenden überlegungen konzipiert war:
1) wir, die gruppe der gefangenen, müssen schnell reagieren! die öffentlichkeit wird sich nicht ein jahr lang mit dieser frage beschäftigen. jetzt ist das eisen heiß, jetzt muß es geschmiedet werden. und zwar unabhängig davon, was hinter dieser kinkel-initiative steckte. was zählte, war zuerst die öffentliche debatte dazu. in die mußten wir schnellstmöglich eingreifen. die grundlage dazu konnte nur eine gemeinsame erklärung der gefangenengruppe sein.
das ghettobewußtsein indes ("wir - sie"), in dem die gesellschaft und somit der rhytmus politischer prozesse in der gesellschaft überhaupt nicht mehr vorkommt, erschöpft sich in der gewißheit, "ihnen" jederzeit die richtigen forderungen stellen und "denen, die mit uns kämpfen" jederzeit eine erklärung übers angehörigeninfo zuschicken zu können. man hat zeit.
2) wurde im zur diskussion gestellten erklärungsentwurf gesagt: notwendig ist a) eine gesamtlösung und b) ein bruch mit der vernichtungspolitik der letzten 22 jahre.
angesprochen wurde aber auch auf unserer seite die bereitschaft, uns zu bewegen, ohne dabei in irgendwelche details zu gehen.
das ist es wohl, was wir hier falsch eingeschätzt haben. grundlage für eine solche bewegung unsererseits hätte sein müssen ein erarbeiteter begriff unserer geschichte und daraus, und aus der bewertung der heutigen situation abgeleitet, eine zumindest grobe vorstellung, wie es weitergehen könnte. kurz: politische aussagen, mit denen wir uns in teilen der gesellschaft hätten bewegen können. die aber waren nicht vorhanden.

sechs wochen später, als die öffentliche diskussion längst woanders war, kam schließlich als ersatz für obige erklärung der gefangenengruppe eine erklärung der rechtsanwälte, in der mitgeteilt wurde, was seit dem kursbuch 31 über isolationshaft aus dem jahr 1973 tausendfach mitgeteilt worden war.

in diesem vakuum, das wir aus dem 1989 angestoßenen prozeß hinterlassen hatten, geschah nun zweierlei:
1) die von uns nicht definierte 22-jährige geschichte der raf und der gefangenen wurde von der gegenseite definitorisch umgegossen in begriffe wie reue, opfer, gewaltfrage, straffreies leben, einzelfallprüfung usw., und im öffentlichen bewußt-sein festgeklopft. es war von unserer seite aus kaum jemand da, der sich eingemischt hätte. die gegenseite präsentierte der öffentlichkeit ausgerechnet die verbitterte witwe eines 1970 in hamburg von gerd müller erschossenen polizisten. gerd müller war einer der ersten kronzeugen, auf seine aussage hin wurde irmgard möller, damals kurz vor ihrer entlassung stehend, mitte der siebziger zu lebenslang verurteilt, und müller kam kurz darauf frei. es war niemand da, der hier und bei vielen anderen schweinereien eingegriffen hätte.
2) eine realitätsferne debatte über reformismus und revolutionären kampf der begriff revolutionärer kampf, wie er 1992 hin- und hergeschoben wurde, war nicht ausdruck von klarheit, er war vielmehr eine mystifikation, nach der sich all jene drängten, die der klärung offener fragen aus dem weg gehen wollten. nehmen wir dieses hannoveraner-papier. im sommer hatten wir einen aus dieser gruppe bei uns hier, in einer gesprächsrunde. von der im späteren papier zum ausdruck kommenden härte war in dieser diskussion nichts zu spüren. kritische anmerkungen zum april-text, sparsam eher. offenbar ist es einfacher, uns aus sicherer entfernung "leckt uns am arsch" zuzurufen. was berichtete der freund aus hannover über die eigenen gruppenaktivitäten? eine müde sich dahinschleppende geschichte im besetzten sprengel-gelände und etwas anti-expo-mobilisierung. mit einem wort: "stresemannstraße". wovon sie sich am ende ihres textes so laut distanziert haben. ich kann ja durchaus nachvollziehen, wenn sie sagen, wir machen diese geschichten seit zehn jahren, wir haben die schnauze voll, wir wollen woanders hin. dann hätte

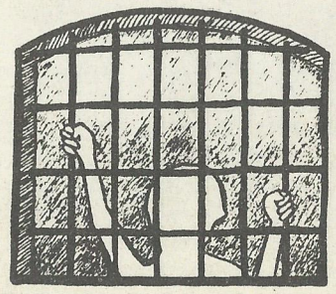
man drüber diskutieren können. wenn sie allerdings einen solchen anderen, meinetwegen revolutionären weg, mit demselben stumpfen sinn begehen, mit dem sie in ihrem papier gefangenen gegenübertreten, die zwei jahrzehnte ihres lebens für die sache gegeben haben, werden sie bei dieser neuen revolutionären praxis genauso scheitern wie bei der alten.

bei all diesem gerede über revolutionäre politik ist in diesem jahr nichts, aber auch gar nichts herausgekommen. nirgendwo haben die, die da mit diesen breiten ansprüchen daherkommen, es gebracht, auch nur im theoretischen die konturen einer solchen politik erkennbar zu machen, vom praktischen mal ganz zu schweigen. hingegen hat diese diskussion aussagen produziert, denen ich widerspreche ich erinnere an einen satz im konkret-text von miachel dietiker, ali jansen und bernhard rosenkötter, wonach unter den bestehenden verhältnissen es keine lösungen geben solle. ja, um alles in der welt, sollen wir den ausländischen, jüdischen, behinderten kindern, frauen und männern, sollen wir den schwulen zurufen: liebe leute, tut uns leid, unter den bestehenden verhältnissen kann es keine lösungen geben, guckt, wo ihr bleibt?! tut mir leid, aber diese kerzentragenden wohlstandsbürger sind mir, bei allem gehörigen mißtrauen, lieber als große ansprüche, von denen niemand sagen kann, wie sie umsetzbar sein sollen.

1992 war also bestimmt von zwei auseinanderdriftenden ebenen: auf der einen ebene wurde das ganze abgehandelt als eine frage von reue, opfer, juristischem verfahren, auf der anderen seite wurden entlarvt:
a) ein minister und ein countergremium als welche, die uns bekämpfen wollen und b) die illegalen, die von allen illegalen in der geschichte der raf die meisten erfahrungen haben, und jene gefangene, die von allen am längsten dabei sind als welche, die nicht kämpfen wollen, als welche, die reformistischen, wo nicht sozialdemokratischen vorstellungen frönen, also als solche, die das imperialistische system für eine grundsätzlich korrekte veranstaltung halten, an der es allenfalls hie und da etwas zu verbessern gilt.

es war im jahr 1992 und davor aber nicht darum gegangen, zu entlarven, was andere tun, es war darum gegangen, selbst etwas zu tun.
die versäumnisse der jahre 89 bis 91 als auch die ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen prozessen im abgelaufenen jahr haben die möglichkeiten erweiterter handlunsspielräume, egal ob für zl oder fl oder was auch immer, stark reduziert. und so natürlich für eine gesamtlösung. nachdem die gefangenengruppe nicht zu einer gemeinsamen aussage und gemeinsamem handeln im sinn einer gesamtlösung gekommen ist, blieb nur übrig, sich der untätigkeit anzuschließen - oder außerhalb dieses rahmens schritte zu unternehmen. dies war der bereich zwischen der erklärung von irmgard möller im april über die interviewe, der kampf um die freilassung von bernd bis hin zur erklärung von karl heinz, die er für jene gefangene abgegeben hat, die die absicht hatten, anträge zu stellen; ohne daß diese anträge im allgemeinen oder die aussagen in karl heinz' erklärung im besonderen in der gruppe umstritten gewesen wären. außerhalb dieses rahmens schritte unternehmen hieß nicht, teillösungen anzustreben, aber die freilassung einer reihe von gefangenen hätte die dinge, als normative kraft des faktischen, via öffentlichem bewußtsein in die richtige bewegungsrichtung stoßen können.

unsere seite ist im recht, die gegenseite im unrecht. aber das innehaben einer hervorragenden moralischen position ist das eine, die schaffung eines politischen kräfteverhältnisses das andere. nachdem der bewaffnete kampf keine option mehr sein konnte, hätte der weitere weg meinetwegen so aussehen können, daß die erklärungen der raf kritisiert worden wären, aber sie hätten konstruktiv kritisert werden müssen. das revolutionäre konnte nicht darin bestehen, in den raf-erklärungen schwachstellen aufzuspüren, das revolutionäre wäre gewesen, an Lösungen für die objektiv bestehenden problemen zu arbeiten. das ist sicher härter, mühsamer und oft riskant, denn es geht nicht, ohne eigene entscheidungen an diesem oder jenem punkt zu treffen. die illegalen hatten mit den beiden strängen, die sie in ihren texten entwickelt haben, auch wenn viele fragen offen geblieben sind, grundsätzlich das richtige gespür: erstens, sagen sie, haben sich die äußeren, objektiven und globalen bedingungen verändert, zwotens haben wir fehler gemacht. die gespenstisch substanzlose debatte des jahres 1992 über revolutionären kampf und reformismus, nicht selten von angeberei geprägt, eine debatte, der sich einige gefangene kritiklos angepaßt haben, hat nur nochmal in wirklich schriller weise die notwendigkeit deutlich gemacht, daß revolutionäre zu sich selbst ein kritisches verhältnis haben müssen. oder wie erklärt sich, daß wir im deutschland des jahres 1992 mutig bekennende revolutionäre wie nie seit zwanzig jahren hatten, sich aber so wenig getan hat wie schon arg lange nicht mehr? worauf warten diese leute? wenn sie doch von der gewißheit des revolutionärea kampfs dermaßen durchdrungen sind, wenn sie soviele sind, warum tun sie nicht das nächstliegende, und nehmen die dinge in die hand? die richtungsangabe der raf, sich selbst und die eigene geschichte kritisch zu reflektieren, war richtig, sie abzuwürgen ein eigentor. und sie kamen, diese erklärungen. wo es bei der raf hieß, das objektive hat sich, das subjektive muß sich verändern, hieß es nun: verändert haben sich 1) die äußeren bedingungen, die globalen, und 2) die innerstaatlichen. die fehler und falschen bewußtseinsinhalte sollten später diskutiert werden, "und dann richtig".
während einige versucht haben, auf der ausreichenden grundlage der raf -erklärungen vor allem in richtung gesellschaft aufzubauen, hat ein anderer teil seine energie investiert, die erklärungen der raf zu demontieren. die endmoräne dieser entwicklung zeigt sich in einer reihe gutachterlicher stellungnahmen zu den öffentlichen äußerungen der raf und einiger gefangener aus dem bereich der radikalen linken. plus die mitteilung in interim und anderen breitenwirksamen blättern, daß die forderung nach freilassung unterstützt würde. das wars dann aber auch. auf den punkt gebracht im hannoveraner-papier, das man so zusammenfassen könnte: wir tun nichts, ergo sind wir ganz radikal. hier kommt das bis heute unangetastet belassene front-denken zu seinem klarsten ausdruck: "das wichtigste ist, daß du die politik richtig findest."



und hier ist auf den kopf gestellt, was bei einer durcharbeitung unserer geschichte hätte wiederentdeckt werden können für ein revolutionäres projekt der zukunft:

> man ist eine gruppe von genossen, die sich entschlossen hat, zu handeln, die ebene der lethargie, des verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden strategiediskussionen zu verlassen, zu kämpfen. aber es fehlt noch alles - nicht nur alle mittel; es stellt sich auch jetzt erst heraus, was einer für ein mensch ist.
>
> (ulrike im berliner prozeß 1974)

wie gesagt: moralisch gut dastehen, ist das eine. die schaffung eines politischen kräfteverhältnis ein anderes. mit den kronzeugenprozessen hat bonn via bundesanwaltschaft das signal kontinuierlicher härte in eine justiz eingespeist, die dafür mit sicherheit empfänglich ist - konnte sich diese justiz doch noch nie mit dem gedanken anfreunden, mit dieser oder auch jener vergangenheit zu brechen.

es gibt jetzt die beiden wege:
der eine ist der blick über kimme und korn, die politik der letzten 22 jahre, die legitim sein soll. punkt. mit dieser botschaft können wir in der gesellschaft menschen erreichen. schätzungsweise tausend oder zweitausend. diese leute würden tun, was sie im letzten, vorletzten und vorvorletzten jahr getan haben. im letzten jahr haben sie eine demo in bonn gemacht und eine reihe von gutachterlichen stellungnahmen. an das, was sie in unserem kontext die beiden jahre davor getan haben, kann ich mich nicht erinnern. ich weiß, daß es viele gibt, die unter dieser situation leiden und nach auswegen suchen. ich spüre das in nicht wenigen briefen, in denen gedacht und im nachdenken entscheidungen getroffen werden. es kommen aber auch, seltener, briefe, die voll heftigster kritik sind, ohne daß darin die geringste spur eigener suche zu entdecken ist. wer unter der gegebenen situation leidet, bei dem kann es gar nicht anders sein, daß er oder sie sich auf die socken macht.. und dabei hat sie oder er mit sicherheit was rausgekriegt. und das wird sich niederschlagen, wo eine/r seine gedanken aufschreibt. wer glaubt, zusammen mit ein paar hundert leuten, die sich zumeist selbst nicht kennen, die regierung in bonn zu einer politischen

entscheidung für eine gesamtlösung zwingen zu können, der muß erklären, warum er das glaubt.

die andere option. sie ist erheblich unübersichtlicher als "wir - sie". sie ist in dem maß in den letzten jahren unübersichtlich geworden wie die gesellschaftliche und politische situation unübersichtlich geworden ist. die erfolgsaussichten sind, erstmal jedenfalls, nicht überwältigend. aber die suche außerhalb des ghettos ist die einzige, die einen sinn macht. insbesondere dann, wenn es nicht allein um eine perspektive für ein paar gefangene geht, sondern um eine perspektive, die etwas mit gesamtgesellschaftlicher dimension zu tun hat. langfristig also um die neubestimmung revolutionärer politik. diese neubestimmung können wir nicht als schnell zusammengeschriebenes programm auf den markt werfen. um zu einer revolutionären entwicklung zu kommen, müssen wir eine menge akkumulieren. und diese akkumulation besteht aus vielen kleinen schritten und kämpfen und auseinandersetzungen, aus vielen in der praxis gemachten erfahrungen, aus lernprozessen in der auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen bereichen. solange wir uns, gefesselt im armseligen verhältnis "wir - sie", befinden, verurteilen wir uns selbst zur bewegungslosigkeit. es hat vor allem im frühjahr anlässe genug gegeben, uns in bewegung zu setzen, und grade w e n n eine kgt sich neue strategien hat einfallen lassen, wäre dies doch noch ein zusätzlicher grund gewesen, diese interventionsmöglichkeiten in der öffentlichen debatte wahrzunehmen.
sollten wir in einer solchen arbeit, in einem solchen kampf eine neue grundlage, eine neue "kritische masse" schaffen, die mit den prozessen in der gesellschaft korrespondiert, dann können wir wieder über ein revolutionäres projekt reden. dann ist substanz da, über die wir weiter nachdenken müssen. bis jetzt ist diese debatte wirklich nur placebo.

januar, 1993

DISKUSSIONSBEITRAG der ANTIIMPERIALISTISCHEN WIDERSTANDSZELLE NADIA SHEHADAH

"in der notwendigkeit des antagonismus, in den wir uns, unsere politik kämpfend stellen, also seine gewalt und ihren komplexen zwang für den einzelnen, ist freiheit, befreiung möglich." (andreas baader, gefangener aus der raf, stammheim, jan.76)

wir haben in den vergangenen jahren versucht, mit militanten aktionen unterschiedlichster art politisch zu intervenieren, und wollen das weiter tun.
wir halten es jetzt (5.9.1993) für den richtigen zeitpunkt, uns wieder grundsätzlich zu fragen militanter politik in der brd zu äußern, nachdem wir dies im letzten jahr mit den erklärungen vom 22.4./22.5.1992 getan haben.
die entwicklung in der brd nach rechts hängt auch damit zusammen, daß diejenigen, die sich als linksradikal begreifen, im allgemeinen wenig wert darauf legen, sich über ihren politischen anspruch im klaren zu sein. ein ausdruck davon ist u.a. die geringe anzahl an relevanten publikationen/zeitschriften, wie z.b. der interim, in denen einigermaßen kontinuierlich über systemantagonistische politik berichtet und diskutiert werden kann. auch dadurch reproduziert die linke ihr ghettodasein.
für die herrschenden medien sind aktionen/erklärungen aus dem militanten widerstand entweder als krimimaterial vermarktbar oder nicht zu gebrauchen. was das bedeutet, haben wir in der vergangenheit z.b. an der berichterstattung über unseren angriff auf das "rechtshaus" in hamburg (21.11.1992) gesehen: die sensationsmedien haben ihrem publikum details zum "sachschaden von 1,8 millionen dm" und von den "ermittlungen gegen eine eigenständige terroristische vereinigung" erzählt, und sonst nichts.

wir verstehen unsere erklärung jetzt auch als beitrag zu dem diskussionsprozeß, in dem alle "erstmal voneinander begreifen müssen, was jede/r sieht und denkt, und warum", wie es brigitte mohnhaupt (gefangene aus der raf) ausgedrückt hat. hoffentlich wird diese diskussion in zukunft mehr von einem solidarisch-kritischen verhältnis zwischen allen, die sich für die weiterentwicklung militanter politik in der brd verantwortlich fühlen, geprägt sein, als das bisher der fall war.
wir begreifen uns als militante autonome. "autonomos" bedeutet, wörtlich übersetzt, "nach eigenen gesetzen lebend". uns ist klar, daß wir diesem anspruch nicht einmal ansatzweise genügen können.
wenn wir uns als kommunist(inn)en bezeichnen, dann müssen wir sofort sagen, was wir damit meinen, weil der begriff des kommunismus durch die realität in den "realsozialistischen staaten" und die politik einer reihe von sich "kommunistisch" nennenden gruppen (zu recht) in verruf gebracht wurde/wird. "der kommunismus ist für uns nicht ein zustand, der hergestellt werden soll, ein ideal, wonach die wirklichkeit sich zu richten haben wird. wir nennen kommunismus die wirkliche bewegung, welche den jetzigen zustand aufhebt. die bedingungen dieser bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden voraussetzung."(marx,1845). in den stalinistischen systemen dagegen war der "marxismus" lediglich die legitimationsideologie für die herrschaft einer parteiclique, also ein instrument der unterdrückung. es wäre andererseits aber auch unhistorisch und falsch, unerwähnt zu lassen, daß es kommunist(inn)en waren, die von pa-

ris (1871) über petrograd (1917) bis peking (1968) dafür gekämpft haben, daß eine gesellschaft entsteht, in der die ausbeutung des menschen durch den menschen beendet wird. diese historischen versuche haben in niederlagen geendet. nach dem scheitern der pariser kommune hat auch der ansatz von 1917 nicht weitergeführt. "in rußland konnte das problem nur gestellt werden. es konnte nicht in rußland gelöst werden." (rosa luxemburg, 1919). der versuch von chinesischen kommunist(inn)en ende der 60er jahre ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie gegen die "kommunistische" regierung militant versuchten, die etablierten strukturen anzugreifen. für sie war einfach klar, daß der kommunistische kampf permanent ist. dem "großen vorsitzenden" ging das alles viel zu weit.

"das ziel ist der kampf. der kampf, der kampf erzeugt - und das geht nie gegeneinander, das geht nur zusammen... zusammen ist die aufhebung der konkurrenz und aller zwänge und ansprüche, die daran hängen. zusammen - würd ich schon sagen - ist die keimform des kommunismus, des unmittelbaren verkehrs der produzenten, worin das geld negiert ist. es ist weg, und neue verkehrsformen treten an seine stelle - die sind aber nur im kampf, im krieg gegen den imperialismus zu entwickeln." (ulrike meinhof, gefangene aus der raf, märz 76)

jede analyse einer konkreten situation kommt dann auf die füße, wenn die ausbeutungsverhältnisse begriffen werden. es ist dagegen wenig hilfreich, wenn die genoss(inn)en aus der raf von "den menschen" sprechen und sie "dem staat" gegenüberstellen. in der diskussion der linken hat sich in den letzten jahren die erkenntnis durchgesetzt, daß von einer "triple oppression" gesprochen werden muß, d.h. die gegenwärtige realität ist gekennzeichnet durch patriarchale, rassistische und kapitalistische unterdrückungs- und ausbeutungsverhältnisse. die gesellschaft ist von diesen widersprüchen durchzogen. die politik des staates (als überbau begriffen) zielt ab auf die aufrechterhaltung des herrschenden systems, ist also eine funktion der herrschaft von patriarchat, rassismus und kapitalismus. wenn wir von imperialismus im weiteren sinne sprechen, meinen wir damit die überlagerung/verflechtung dieser 3 herrschaftsverhältnisse. illusionen über die "tiefste krise des zusammenbrechenden kapitalistischen systems" (raf, 6.7.93) bewegen hier nichts. bei realistischer betrachtung der situation in der brd muß vielmehr festgestellt werden: "die politischen möglichkeiten des imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen noch in ihrer faschistischen variante erschöpft, seine fähigkeit, die von ihm erzeugten widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken, nicht am ende." (konzept stadtguerilla, raf, 1971). wir stimmen den genoss(inn)en aus der raf zu, wenn sie die "scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch" (raf, 30.3.93) kritisieren. uns ist wichtig, daß die aufbrechenden sozialen widersprüche weder in ihrer brisanz noch in ihrer gesellschaftlichen begrenztheit unterschätzt werden. am beispiel des arbeitskampfs von bischofferode wird einerseits deutlich, daß es sich um einen ökonomistischen konflikt handelt, andererseits steckt in der verteidigung der arbeitsplätze gegen die kapitallogik eine erhebliche brisanz. revolutionäre politik muß darauf abzielen, selbstorganisierungsprozesse zu fördern; angesichts der ökonomischen schwierigkeiten und der korruptheit der gewerkschaftsbonzen scheint uns antikapitalistische politik ein bereich zu sein, der in den letzten jahren von der revolutionären linken viel zu wenig beachtet worden ist. es tat uns weh zu sehen, wie in der vorbereitung zum 1.mai richtige ansätze in dieser diskussion unter die räder kamen, als der konflikt mit den held(inn)en von der folklorefront (gonzalo-t-shirts + mao-luftballons) begann alles zu überlagern.

michael dietiker, ali jansen und bernhard rosenkötter (gefangene aus dem antiimperialistischen widerstand) sprechen in ihrem wichtigen text vom juli 1992 von der "notwendigkeit, im kampf einen sozialen sinn zu entwickeln, der diese transzendiert." wenn wir sagen, daß der soziale aneignungsprozeß im antiimperialistischen kampf real wird, vernachlässigen wir dabei nicht die unterschiedlichkeit der menschen, die von ihrer subjektiven unterdrückung ausgehen und sich dagegen wehren. wir sind aber davon überzeugt, daß sich soziale gegenmacht von unten nur wird durchsetzen können, wenn zusammen gekämpft wird.

"wenn wir von befreiungskampf sprechen, meinen wir den kampf gegen alle diese 3 arten von unterdrückung. wir sprechen nicht von 3 verschiedenen stadien oder 3 verschiedenen kämpfen; nein, wir sprechen von einem einzigen kampf! ich sagte bereits, daß freiheit unteilbar ist. du kannst dich nicht frei nennen, solange noch die eine oder die andere dieser unterdrückungsformen weiterbesteht." (neville alexander)

wenn wir von imperialismus im engeren sinne sprechen, verstehen wir darunter die ausbeutung der mehrheit der menschen im trikont aufgrund der imperialistischen internationalen arbeitsteilung. als ergebnis der 500 jahre kolonisierung/ausbeutung ist die situation für die mehrheit der menschen im trikont im vergleich zu der der mehrheit der menschen in den metropolen so fundamental verschieden, daß die neubestimmung revolutionärer politik hier zur farce werden muß, wenn das nicht berücksichtigt wird. diejenigen, die hier in der brd widerstand leisten, müssen sich völlig darüber im klaren sein, daß die mehrheit der brd-gesellschaft von der imperialistischen arbeitsteilung profitiert und sich dessen auch mehr oder weniger bewußt ist. wenn die raf die realität hier am 30.3.93 mit "24-stunden-alltag von leistung und konkurrenz" sowie "leben, in dem es keinen platz für kreativität und lebenslust gibt" beschreibt, trifft das die realität der mehrheit(!) der menschen hier nicht. die meisten menschen in der brd haben vieles, v.a. materielle dinge, an dem sie freude haben und das sie verteidigen werden. dies ist für das funktionieren des systems in den metropolen von zentraler bedeutung. und es geht sogar noch weiter: das system in den imperialistischen zentralen "kann es sich leisten, soziologisch und ideologisch räume für formen der selbstverwaltung freizugeben (die allerdings von jeder entscheidung in grundsatzfragen ausgeschlossen bleiben). räume für die meinungsäußerung und das abreagieren, die bis ins unendliche besetzt werden können", wie es ein kommunistischer militanter in frankreich mal ausgedrückt hat. die radikalität und schärfe, mit der der antiimperialistische kampf hier in der brd zu intervenieren hätte, müßte sich ganz wesentlich aus dem widerspruch trikont - imperialistische zentralen bestimmen.

insbesondere in den metropolen gibt es keinen quasi-automatischen zusammenhang zwischen dem bestehen von unterdrückungs-/ausbeutungsverhältnissen (kapitalismus, patriarchat,...) und der existenz revolutionärer bewegungen. auch hier in der brd führen v.a. subjektive prozesse zum bruch mit dem system. jan-carl raspe (gefangener aus der raf) hat 1974 in seinem fragment zur vertikalen klassenanalyse, die situation im metropolitanen kapitalismus betreffend, erkannt, "daß die spaltung nicht quer durch das volk verläuft, sondern innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen klassen - sozusagen vertikal." das, was für den widerstand gegen kapitalismus/rassismus/patriarchat in jedem land gilt, gilt erst recht im internationalen zusammenhang: widerstand funktioniert nur als zusammen kämpfen. die französische feministin francoise d'eaubonne hat im oktober 76, den widerstand gegen das patriarchat in den metropolen betreffend, festgestellt:

"es besteht die dringende erfordernis - ganz besonders für die frauen - , sich als teilhaber der 'gegengewalt' zu begreifen, die für das weltproletariat (und nicht für das 'lokale') notwendig ist, ohne jedoch etwas von ihren spezifischen strukturen des antipatriarchalen kampfes aufzugeben; ganz im gegenteil."

wir wollen jetzt was sagen zu unseren erklärungen vom 22.4.92/22.5.92: für uns wurde im laufe des jahres 91 klar, daß eine einfache fortsetzung unserer bisherigen politik als militante autonome politisch nicht mehr viel bringt. wir waren ziemlich ratlos, so wie viele andere auch, und haben angefangen, grundsätzlich über militante politik in der brd nachzudenken. was uns besonders beschäftigt hat, war die tatsache, daß selbst der angriff auf rohwedder durch die guerilla politisch kaum etwas weitergebracht hatte. wir fanden die aktion legitim und in der erklärung dazu kam (zum ersten mal seit jahren wieder) zum ausdruck, daß sich die guerilla um ein verständnis der situation der unterschiedlichsten menschen hier bemüht (räumung der mainzer str., veränderungen in der ex-ddr etc.). andererseits war auch diese erklärung keine "konkrete analyse der konkreten situation" (lenin). wir haben uns dann ausführlich mit verschiedensten texten von bewaffneten/militanten gruppen auseinandergesetzt. dabei haben wir festgestellt, daß insbesondere die längeren texte aus der anfangszeit der raf auch heute noch für die militante linke gebrauchswert haben. auch durch die beschäftigung mit texten der gefangenen aus pce(r)/grapo wurde uns klarer, daß wir noch viel genauer überlegen müssen, wenn hier in der brd militante kommunistische politik entwickelt werden soll.

als die raf dann ihren schritt vom 10.4. machte, fanden wir das als ihre eigene entscheidung nicht falsch. die politische wirkung war trotzdem eine katastrophe: ihre erklärung konnte nur als ein deeskalationsangebot an den staat als reaktion auf das angesehen werden, was in den medien als "kinkel-initiative" rumgeisterte. anstatt den schwerpunkt auf die einforderung von diskussion mit der gesamten linken über die neubestimmung revolutionärer politik in der brd zu legen, war die wesentliche aussage der erklärung eine andere: es wurde dort die frage an die staatsapparate gestellt, ob diese in zukunft freiwillig politischen raum für "vernünftige" lösungen an eine "gegenmacht von unten" abzugeben bereit wären. die meisten in der linken haben die situation dann so interpretiert, als ob selbst militante aktionen die "neue" chance für die vermeintlich "vernünftigen" lösungen nur verspielen würden. wir haben mit unserer erklärung "der kampf geht gemeinsam weiter." vom 22.4. die ganze entwicklung in richtung neubestimmung militanter/bewaffneter politik zu lenken versucht. es war uns wichtig darauf hinzuweisen, daß es nach dem schritt der raf in der verantwortung der gesamten linken liegt, wie es weiter geht. insbesondere hatten wir gehofft, daß sich in der diskussion über die passagen, die wir aus den älteren raf-texten zitiert haben, neue chancen für die politische bestimmung militanter aktionen ergeben. die herrschenden medien dagegen haben die erklärung vom 22.4. als anregung zu weiterem krimistoff verstanden und entsprechend aufbereitete meldungen verbreitet (v.a. die taz hat sich damals eine unverantwortliche interpretation zusammengesponnen). insofern, als wir die eigendynamik der medien unterschätzt haben, liegt der fehler der erklärung vom 22.4. ganz bei uns. mit der längeren erklärung vom 22.5. haben wir dann den falschen eindruck, der entstanden war, zu korrigieren versucht.

rückblickend betrachtet war es für uns während des ganzen beschissenen jahres 1992 ein schock, miterleben zu müssen, wie wenig genoss(inn)en in militanten aktionen noch einen sinn sahen. es waren in dieser zeit v.a. genoss(inn)en mit nicht-deutschem paß, die uns politisch wirklich tief verstanden haben.

"diese neue innerlichkeit und einiges zeug der 'alternativen', das ist ein ausdruck des subjektivismus: rückzug, ohnmacht, kein begriff von der entwicklung und vom kampf, versenken in eine imaginäre welt bei gleichzeitiger passiver anwesenheit in den 'realitäten'. es ist also kein bruch und das gegenteil von subjektivität - das ist auch der boden des pessimismus und der aufgabe und dementsprechend als 'handlungsanleitung zum überleben' das passive selbstversenken in sich selbst.
eine ursache dieser ganzen scheiße ist meiner ansicht nach das denken innerhalb der grenzen, die die unmittelbare erfahrung in den brd-provinzen setzt und damit der scheinbaren abwesenheit radikaler sozialer bewegungen. mensch ist gelähmt von dem potential des gegners - staat/kapital - und ist nicht in der lage, die konkreten internationalen zusammenhänge und entwicklungen wenigstens zu begreifen." (sigurd debus, 19.7.80)

die brd als führungsmacht in europa setzt in letzter zeit verstärkt zum sprung zur imperialistischen weltmacht an. die herrschende clique aus politik und wirtschaft weiß, daß dazu der sitz der brd als ständiges mitglied im uno-sicherheitsrat gehört. auf dem wwg in tokio haben kohl/kinkel nicht nur diesen anspruch vorgetragen, sondern gleich dazu auch das vetorecht gefordert. auch die von kriegsminister rühe im november 92 herausgegebenen verteidigungspol. richtlinien sind auf die aktivitäten hin konzipiert, die die brd als imperialistische weltmacht der zukunft kennzeichnen werden: als "vitales interesse" wird dort z.b. formuliert, daß die brd als globaler akteur den "ungehinderten zugang zu märkten und rohstoffen in aller welt" sichert. besonders zu achten, heißt es dort ferner, ist auf die stabilität des imperialistischen weltsystems, denn "jede form internationaler destabilisierung setzt migrationsbewegungen in gang, begünstigt radikalisierungsprozesse und fördert die gewaltbereit-

schaft." da die angestrebten out-of-area-kampfeinsätze der bundeswehr in der brd-öffentlichkeit nicht einfach von heute auf morgen durchzusetzen sind, übernimmt der brd-militärapparat im namen der uno zur zeit immer größere aufgaben, die als "friedenserhaltend" und "humanitär" deklariert werden. jüngstes ergebnis dieser entwicklung ist die beteiligung an der intervention in somalia mit 1700 soldaten. es ist schon ein besonderer zynismus, wenn außenminister kinkel bei internen beratungen die strategische bedeutung des durch kolonialmächte jahrhundertelang ausgeplünderten afrikanischen kontinents als sprungbrett der brd zur imperialistischen weltmacht herausstellt. das verhältnis somalias zur brd ist seit der gsg9-killer-aktion 1977 in mogadischu ein "besonderes": diktator barre, dessen militärapparat zuerst vom imperialistischen ost-, dann vom imperialistischen westblock zum (im verhältnis zur bevölkerungszahl) größten in ganz schwarzafrika aufgerüstet wurde, ließ sich ab 1977 den bullenapparat von der brd ausrüsten/ausbilden, den er im krieg gegen die eigene bevölkerung gut gebrauchen konnte. wenn kinkel gefragt wird, warum brd-soldaten in somalia stationiert sind, hört sich das so an: "man darf nicht vergessen, daß in somalia 350000 inzwischen an hunger gestorben sind und mehrere millionen menschen von direkter nahrungsmittelhilfe abhängen." (welt, 19.7.93). die tragödie in somalia als mittel zum zweck.

"der kampf um befreiung der politischen gefangenen weltweit ist eines der konkreten politischen felder für den aufbau einer neuen internationalistischen front, von der die in westeuropa ein teil ist." (rolf heißler, gefangener aus der raf, jan.93)

wir haben am 22.5.92 gesagt: "für kinkel sind gefangene nur mittel zum zweck." und von der geiselfunktion der gefangenen für sein befriedungskalkül gesprochen. nur wenige haben damals die kgt-"initiative" im gleichen sinne eingeschätzt (was uns bis heute ziemlich zu schaffen macht). christian klar (gefangener aus der raf) hat genau vor einem jahr in stammheim gesagt: "im angeschlagenen rhythmus haben sie sich errechnet, das geiselmaterial reicht ihnen für die nächsten 10 jahre. also die nächsten 10 jahre (selbst)disziplinierung militanter politik in deutschland ?" genau das erhoff(t)en sich die staatsapparate von der "kinkel-initiative". und die raf hat die haltung vieler, die auf den staat mit der frage gestarrt haben, was der wohl als teil seiner "initiative" als nächstes machen wird, bestärkt, indem sie ihren schritt vom 10.4. mit der freilassungsforderung verknüpft und erklärt hat: "jetzt ist die staatliche seite gefragt, wie sie sich verhält." wie die und ihre justizorgane sich dann verhalten haben, ist ja bekannt. ganz besonders deutlich wurde das, als das olg düsseldorf die freilassung von karl-heinz dellwo, hanna krabbe und lutz taufer ablehnte, die sich was von der vermeintlichen "kinkel-initiative" versprochen hatten. am 7.4.93 setzte der bgh noch eins drauf und verkündete u.a.: "die auffassung des verurteilten, eine untersuchung durch einen psychiater verletze seine würde als politisch handelnder mensch, ist abwegig. ...zu prüfen ist auch, ob die zahlreichen und ausgedehnten hungerstreiks des verurteilten dystrophisch bedingte hirnschädigungen verursacht haben..." ist eine zynischere verspottung von gefangenen eigentlich noch vorstellbar ?

am 27.6.93 hat die kgt dann mit hilfe der gsg9-killertruppe demonstriert, daß ihre "initiativen" auch sehr materiell werden können: wolfgang grams erschossen, birgit hogefeld in isolationshaft. als in den dann folgenden wochen vorübergehend einige kritische fragen bezüglich der killertruppe laut werden, sagt kinkel in demselben gespräch mit der "welt", aus dem wir oben schon, die somalia-intervention betreffend, zitiert haben: "mir ist zuwider, wie die gsg9 niedergemacht wird", spricht von der "ausgestreckten hand des staates" und erklärt, daß ihm "politik nach wie vor große freude macht"...

wir haben in der erklärung zu unserer aktion in solingen (am 18.8.1993, da wo einer gewohnt hat, der jetzt für die gsg9 arbeitet) zum einen für diejenigen, die die art des gsg9-auftritts von bad kleinen überrascht hat, den gsg9-einsatz 1977 in mogadischu in erinnerung gerufen; zum anderen versuchen wir in dem text dort, ausgehend von der situation in solingen, den rassismus der mehrheit der brd-gesellschaft zu charakterisieren.

helmut pohl (gefangener aus der raf) hat im letzten monat noch einmal die forderung nach der zl bis zur freilassung bekräftigt. es muß jetzt von viel mehr menschen, als das im vergangenen verlorenen jahr der fall war, konzentriert daran gearbeitet werden, daß die zl jetzt durchgesetzt wird. anstatt die zeit mit irgendwelchen "amnestie-projekten" und forderungen an den apparat, die fahndungen einzustellen, zu verschwenden, besteht z.b. die notwendigkeit, den politischen preis für verurteilungen in kronzeugenprozessen hochzutreiben: gegen ingrid jakobsmeier läuft der prozeß zur zeit in stammheim, und gegen rolf-clemens wagner wird das olg frankfurt ab oktober prozessieren. und es muß jetzt endlich durchgesetzt werden, daß irmgard möller nach mehr als 2 jahrzehnten knast freigelassen wird !

helmut pohl hat in seiner erklärung gesagt: "die bewaffnete aktion und die militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen konfrontationen und in allen möglichen formen stattfinden." jede/r hat eben nur 2 möglichkeiten: entweder den imperialistischen "normal"zustand hinzunehmen oder dagegen aufzustehen.

für die freiheit der gefangenen aus raf, widerstand und antifa - die zusammenlegung der gefangenen, die das als übergang bis dahin wollen, jetzt durchsetzen !
sofortige aufhebung der totalisolation von birgit hogefeld !
für den sozialen aneignungsprozeß, der real wird im antiimperialistischen kampf - für den kommunismus !
gewalt - und die realitäten im imperialistischen "normal"zustand sind gewalttätige - kann nur mit revolutionärer gegengewalt beantwortet werden.
für eine neue etappe militanter politik hier in der brd als teil des internationalen kampfes um befreiung !
wir grüßen das kommando katharina hammerschmidt !
nur so kann es laufen: zusammen kämpfen !

5.9.1993, antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah

WIR GRÜSSEN DIE
KÄMPFENDEN GEFANGENEN
ZUSAMMENLEGUNG SOFORT
IN GROSSE GRUPPEN